

Abonnements-Bedingungen:
Wochenschrift 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Eingeladene 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit Anstich der Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg.
Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat
Eingeladene in die Post-Zeitungs-
Preisklasse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeheilene Annon-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kranken„pflege“ in Plögensee.

Nach langem Jögern haben einige der leitenden bürgerlichen
Blätter sich entschlossen, die Greuel des preussischen Strafvollzuges,
die in unserm Blatte aufgedeckt wurden, zu besprechen. Da die
Angelegenheit den Reichstag beschäftigt wird, sind die hartnäckig
geübten Schweigeverbote doch ausichtslos geworden, und die
Fürchtbarkeit der Thatfachen erschüttert schließlich auch verhärtete
Gemüter. Freilich, die konservative „Leipziger Zeitung“,
das Blatt der sächsischen Regierung, zeigt bereits, wie die freund-
nachbarliche preussische Regierung es anstellen mag, um das Ent-
setzensvolle glimpflich zu übersehen. Von niemand, wird in der
„Leipziger Zeitung“ geredet, werde gelegentlich, „daß unser Straf-
vollzugsweise manches zu wünschen übrig läßt und daß, wie bei
allen menschlichen Einrichtungen, so auch in Gefängnissen Miß-
stände vorhanden sind“. Aber diese Zustände seien „nicht
zum zehnten Teil so schlimm, wie dies die Sozialdemokratie
aus einzelnen Fällen konstruieren möchte“. So ist der Weg ge-
funden, um die erschütternden Befehnisse in den Gefängnissen und
Strafanstalten umzuwandeln in eine Anklage gegen — socialdemo-
kratische „Fremdmänner“! Sonst ist, soweit bisher Zeitungs-
äußerungen vorliegen, so widerwärtig sich abfinden mit Zuständen,
die selbst vom konservativsten Standpunkte aus unerträglich sind,
nicht versucht worden. Vielmehr vermögen liberale wie Centrums-
blätter nicht umhin, die Bedeutung unsrer Mitteilungen anzuer-
kennen und Abhilfe zu fordern. So sagt die „Königliche
Zeitung“, nachdem sie aus unsern Veröffentlichungen zitiert:

Die Frage ist also, was soll, was kann unter diesen be-
klagenswerten Umständen geschehen. Denn Abhilfe muß da ge-
schaffen werden, und zwar bald. Die Gerechtigkeit und vor allem
die Menschlichkeit verlangen es. Die traurigen Erfahrungen, die
wir mit den Reformen der Justizgesetzgebung nur seit Jahren
machen, geben und keine Aussicht, daß wir auf dem normalen
Wege der Gesetzgebung in absehbarer Zeit zu einem Reichs-Straf-
vollzugsweise gelangen werden. Wir haben vor kurzem mit
großem Bedauern feststellen müssen, daß gewissermaßen eine Ver-
schiebung der Strafprozessreform eingetreten ist. Daß ferner noch
nicht die ersten Vorarbeiten der Strafrechtsreform vollendet sind,
ist bekannt. Und doch ist erst ein Strafvollzugsweise zu denken,
wenn diese Gesetze erlassen sind. Unter diesen Umständen ist mit
allem Nachdruck zu fordern, daß die schon bestehenden Vorschriften
aufs strengste beobachtet werden und daß gegen Zuwiderhandlungen
rücksichtslos eingeschritten wird. Wenn die Mangelvollkommenheit
zufolge, über Verhältnisse zu entscheiden, die ein solches Eind
im Gefolge haben können, dem liegt auch die Pflicht ob, mit pein-
licher Vorsicht über die Ausübung dieser Mangelvollkommenheit
zu wachen, und wir zweifeln nicht, daß das nunmehr auch ge-
schehen wird.

Weiter giebt die „K. Z.“ den dankenswerten Hinweis auf die
Bestimmung der Strafprozess-Ordnung, daß die Vollstreckung von
Freiheitsstrafen aufzuschieben ist, wenn der Verurteilte in Geistes-
krankheit verfällt oder wenn nahe Lebensgefahr zu besorgen ist.
Statt von dieser Bestimmung den nötigen Gebrauch zu machen, läßt
man Menschen unter furchtbaren Leiden traurig zu Grunde gehen,
wofür der nachfolgend erzählte Fall ein weiteres Beispiel giebt.

Karl Rudolph war im Juli 1902 in Plögensee eingeliefert
und hatte wegen Diebstahl ein Jahr zu verbüßen. Der Mann war
40 Jahre alt, Familienvater und nicht vorbestraft. Einige Monate
vor dem Ende der Strafzeit besiel ihn ein Ohrenleiden. Er
melde sich zum Arzt, Medizinalrat Dr. Pfleger besah das
eiternde Ohr und überließ die weitere Behandlung dem Lazarett-
aufseher Heine. Obwohl der Erkrankte sich an jedem Arzttag
vorkommen ließ, war es immer dieser Lazarettaufseher, der
das Ohr durch Ausspülung zu kurieren suchte. Gründliche
medizinische Kenntnisse geben einem solchen Aufseher ab.
Der Aufseher Heine hat dafür große Routine im Anlegen von
Zwangsjacken und in der Applikation solcher Mittel, die ein mehr
oder minder starkes Hilsegeschrei der Patienten zu bewirken pflegen.
In derselben massiven Form wurde denn auch der bedauernswerte
Rudolph durch mehrere Wochen behandelt. Der wußte vor
Schmerzen nicht aus und ein und klagte seinen Mitgefangenen
ständig, daß ihm beim Ausspülen des Ohrs durch plummes Hinein-
stoßen der harten Gummispitze jedesmal neue Verletzungen zugefügt
würden. Das Leiden wurde immer schlimmer, und erst am
16. Juni 1903 erfolgte die Aufnahme des Rudolph in das Anstalts-
lazarett. Ob die Plögenseeer Medizinalräte zuvor den Kranken gar
nicht angesehen hatten oder die Schwere des Leidens nicht zu ahnen
vermochten, steht dahin. Rudolph verlangte nun aber seine Ver-
schiebung in der Charité, da die Lazarettbehandlung ihm Vertrauen
nicht einflößen konnte.

Den weiteren Verlauf des Falles zeigen diese Aktenvermerke:

(Aus dem ärztlichen Verordnungs-
buche:

Rudolph, Karl, ist an einem Ohrenleiden erkrankt und muß
einmal in die Charité vorgeführt werden.
Plögensee, den 18. 6. 03. gez. Dr. Pfleger.

An die königliche Direktion der Charité zu Berlin.

Plögensee, den 19. 6. 03.

Der Gefangene Karl Rudolph wird der Charité-Direktion, Ab-
teilung für Ohrenklin., mit der ergebensten Bitte vorgeführt, den-
selben auf sein Ohrenleiden untersuchen und gest. mitteilen lassen
zu wollen, ob bezw. welche Behandlungsweise angezeigt erscheint.
Die Direktion.

J. B.

gez. Denzner.

Rudolph, Karl, bedarf der Aufnahme in die Ohrenklin. Un-
abweisbar!
Charité, 20. 6. 03. gez. Dr. Lange.

Poliklinik für Ohrenkrante
der königl. Charité. Berlin, den 20. Juni 1903.
An die königliche Direktion des Strafgefängnisses
Plögensee.

Der v. Rudolph leidet an schwerer Mittelohr-Eiterung (rechts),
die zur Entzündung des Warzenfortsatzes und zu äußerst bedrohlichen
Allgemeinerscheinungen geführt hat. Die Vornahme einer
größeren Operation ist unabweisbar.

(Unterschrift unleserlich.)

Die Bemühungen der Charité-Arzte waren erfolglos; Rudolph
fiel bereits am 25. Juni.

Das ist Krankenbehandlung, wie sie in Plögensee verstanden
und geübt wird. Man begreift, daß die Gefangenen, welche er-
kranken, alles aufbieten, um eine Vorführung in die Charité und
dort Rat und Hilfe zu erlangen. Die ärztliche Hilfeleistung in den
Gefängnissen und Strafanstalten bedarf einer gründlichen Prüfung
durch die Fachmänner und schleunigster Verbesserung.

Zu beachten ist auch die lange Frist, die zwischen der Anordnung
des Arztes und der wirklichen Vorführung des kranken Rudolph in
die Charité lag. Am 18. wurde die Vorführung vom Arzt an-
geordnet, am 19. wird erst das Schreiben der Direktion ausgefertigt,
am 20. wird erst die Aufnahme in die Ohrenklinik bewirkt; zwei-
mal vierundzwanzig Stunden verstreichen, ehe der schwer-
kranke überhaupt vor den Spezialarzt gelangt. Eine unverzügliche
Ueberführung in die Charité hätte ihn vielleicht noch retten können,
aber was die Vernachlässigungen durch den Arzt herbeigeführt, das
wurde durch den schleppenden Gang des bürokratischen Verfahrens
vollendet.

Ueber die Schlacht am Yalu

liegen noch folgende Meldungen vor:
Toko, 2. Mai. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Als
die Japaner sich gestern morgen der zwischen Kulientcheng und
Toschoko am rechten Jho-Fluss sich hinziehenden Hügelreihe be-
mächtigten, leisteten die Russen zum zweitenmal auf einem Hügel
nordöstlich Kulientcheng Widerstand. Die Japaner gingen
auf drei Wegen vor und besetzten die Linie
zwischen Antung und Luiskulari (?). Die japanische
kaiserliche Garde umfachte die Russen von drei Seiten und nahm
gegen 8 Uhr abends nach erbittertem Kampfe
Mann gegen Mann die russische Stellung. Die
Japaner erbeuteten 20 Geschütze mit Bespannung und Munition
und nahmen über 20 Offiziere sowie eine große Anzahl Soldaten
gefangen. Die Russen zogen sich nach Föngwangtscheng
zurück.

Söul, 2. Mai. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Nach
der Schlacht bei Kialientse verfolgte die japanische Kavallerie
und Infanterie die Russen über die Hügel in der Richtung auf
Föngwangtscheng. Es scheint, daß während der Ver-
folgung Mannschaften gefangen genommen und
Kanonen erbeutet wurden.

Diese Nachrichten beziehen sich offenbar nicht auf eine zweite
Schlacht, sondern auf die entscheidenden Schlachtstadien jener Kämpfe,
über die die gestrigen Nachrichten bereits berichtet hatten.

Eine Schlacht bei Gensan?

London, 3. Mai. („Bureau Laffan“.) Aus Petersburg
meldet „Standard“: 3000 Russen näherten sich am Sonntag Gensan;
eine gleich starke japanische Streitmacht trat ihnen entgegen. Es
entpann sich ein heftiges Gefecht, in welchem beide
Parteien erhebliche Verluste erlitten. Die Japaner
zogen sich schließlich nach Gensan zurück. Zwei hohe
russische Offiziere wurden verwundet. — In London nimmt
man an, daß diese Meldung, falls sie den Thatfachen
entspricht, sich auf die Operation der Kavallerie
des Generals Rennenkampf bezieht, der einen
Plankenangriff auf die Japaner beabsichtigt haben soll.

Die Nachricht stammt aus russischer Quelle und entbehrt noch
völlig der Bestätigung durch Japan. Sie ist deshalb ungläubhaft,
aber auch schon deshalb, weil es räthselhaft wäre, wie von Gensan
aus so rasch gerade nach Petersburg Nachricht über ein solches
Gefecht gelangen sollte. Auf dem Landweg ließe sich die Nachricht
unter keinen Umständen so rasch melden, Nachrichten zur See müßten
aber erst die japanische Censur passieren haben.

Diese offenbar erfundene Meldung soll also jedenfalls nur dem
Zwecke dienen, die Nachricht von dem japanischen Siege am Yalu
abzuschwächen und einen Kurzsturz zu verhindern.

Wunder unwahrscheinlich klingen folgende russische Nachrichten
über einen mißlungenen

„Brander“-Angriff auf Port Arthur:

Petersburg, 3. Mai. Hier verlautet aus Port Arthur, daß
8 japanische Brander und 2 Torpedoboote, als
sie in der vergangenen Nacht herankamen, um Minen zu legen,
sämtlich in den Grund gebohrt wurden. Eine amtliche Bestätigung
liegt jedoch nicht vor.

Tientsin, 3. Mai. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Die
russischen Behörden erhielten heute nachmittags die Nachricht, daß
neun japanische Handelschiffe mit äußerster
Kraft auf die Hafeneinfahrt von Port Arthur
losgedampft wären mit der Absicht, die Einfahrt
zu sperren! Sie wären durch die russischen Forts zum
Sinken gebracht worden. Die Einfahrt ist frei.

Auch hier bleibt eine japanische Bestätigung abzuwarten, so be-
greiflich es ja wäre, daß Japan abermals versucht hätte, die Hafeneinfahrt
von Port Arthur zu sperren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai.

In der Range der Agrarier.

An demselben Tage, da die Junler im Landtage gnädigen Sinnes
die „Kompensationen“ schlochten und höhnisch die Gegenleistung
des Kanals verweigerten, wollten sie im Reichstage durch ein drastisches

Mittel die Regierung zur Erfüllung ihrer handelspolitischen Wünsche
zwingen.

Schon beim Etat des Reichschahamtes gab es ein kleines
Vorspiel. Herr Dr. Dröschner, der von der Wahlprüfungs-
Kommission heute verabschiedete konservative Vertreter von Schwerin,
forderte eine Zollakademie, die die „Zöllner“ in die Geheimnisse des
neuen Tarifs einweihen sollte. Freisinnige Abgeordnete hatten
seiner Zeit diesen Vorschlag in der Budgetkommission als Verallung
des Zolltarifs eingebracht; aber weil er „zu dumm“ ist, soll er
jetzt, wenn es nach den Wünschen der Konservativen geht, ausgeführt
werden.

Die Hauptschlacht wurde aber bei der Zuschußankleibe
geschlagen. Von den 59 1/2 Millionen, die durch sie gedeckt werden
sollten, hat die Budget-Kommission 42 Millionen durch
Erhöhung der Einnahmen abgestrichen. Die übrigen 17 1/2 Millionen
werden zusammen mit den schon (nach dem Etatsentwurf der Re-
gierung vorhandenen) 26 Millionen in ungedeckte Matrifularbeiträge
umgewandelt d. h. den Einzelstaaten als Zuschuß zu den Reichs-
ausgaben auferlegt. Natürlich sträubten sich die Regierungen mit
allen Mitteln gegen diese unangenehme Notwendigkeit. Der
Schahsekretär suchte die Rechte durch die schönsten
Argumente zur nachträglichen Bewilligung der Zuschuß-
ankleibe zu veranlassen. Er versprach ihnen, daß beim
nächsten Etat schon, wenn möglich, der Zolltarif in Kraft sein solle,
appellierte an ihr Reichsgefühl, daß sie nicht durch weitere Belastung
der Einzelstaaten die Reichsverbrossenheit in diesen Jahren sollten,
suchte sie dadurch zu rühren, daß er auf die durch die neu beschlossene
Kriegsinvaliden-Pension entstandene bedeutende Mehrbelastung des
Reichsetats hinwies und malte schließlich den roten Teufel an die Wand:
Die Sozialdemokratie wolle den bundesstaatlichen Charakter des Reiches
zerstören und einen wirklichen Einheitsstaat aus Deutschland machen,
und die bürgerlichen Parteien möchten ihr in diesem — natürlich
vaterlandsfeindlichen — Streben nicht Vorschub leisten. Nach dem
Reichschahsekretär traten die Bundesratsbevollmächtigten
für Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen-
Weimar auf den Plan, um teils trotzig mit Verminderung der
Ausgaben für die Landwirtschaft zu drohen, teils durch wich-
tigste Bitten den tieferen Griff in die bundesstaatlichen
Kassen abzuwehren. Die Rechte blieb unerbittlich. Graf Schwerin-
Ludwig, Herr von Kardorff und Herr Camp sagten,
daß sie auf die Regierung einen Druck ausüben wollten,
und daß, wenn der Reichsfinanzler nicht bis zur dritten Lesung eine
bindende Erklärung über das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs ab-
gäbe, sie auch in der dritten Lesung bei ihrer jetzigen Stellung
beharren würden. Der Reichschahsekretär hat und sieht,
aber nur ein weißer Haube fand sich; Herr Rettich, der das Land
des Ochsenkopfes mehr liebt als selbst den Zins-Marck-Zoll, trat ihm
bei, die übrigen Agrarier blieben fest und wollen an Pöllen nichts
zahlen.

Daneben gab es eine ganz scherzhaftige Debatte zwischen Herrn
Gothein von der Freisinnigen Vereinigung und den genannten Agrariern,
denen Herr Dr. Arndt mit seinem „Witz“ und „seiner Sach-
kenntnis“ zu Hilfe eilte, über die Beziehungen der „Socialliberalen“
zur Sozialdemokratie, über die Obstruktion und über eine Landtags-
rede des Abg. Gothein, bei der Herr Camp als Schiedsrichter
den Genossen Webel vorschlug. Das Centrum schwieg, und
der nationalliberale Abg. Dr. Paasche sprach die Sehnsucht
nach dem rettenden Cylinder des Herrn Dr. Spaun aus,
für heute aber wurden die Beschlässe der Budgetkommission aufrecht
erhalten und die Zuschußankleibe beseitigt. — Der Rest des Etats
wurde ohne wesentliche Debatte beendet. Mit Annahme des Etats-
gesetzes war die zweite Lesung erledigt. Am Mittwoch
will das Haus die Totalsteuervorlage und das Gesetz zur
Entschädigung für ungeschuldig erlittene Untersuchungshaft beraten.

Der Kanalpoße dritte Auflage.

Der Gegenschah zwischen der westlichen Industrie und der öst-
lichen Landwirtschaft ist für die Wege der preussischen Politik
entscheidend, wenn er einseitigen auch immer wieder durch das
gemeinsame Bündnis gegen das Proletariat verdeckt wird. Die
gegenteiligen Interessen der Industrie und Landwirtschaft werden
einmal dadurch „versöhnt“, daß die Herrschenden sich gegenseitig
Vorteile auf Kosten der Arbeiter zuschanzen. Und was die Politik
der Verteilung noch an Gegenschlägen übrig läßt, wird
durch die Solidarität gegenüber der Sozialdemokratie nach Möglichkeit
beseitigt. Dennoch wirken unter der Oberfläche die gegenteiligen
wirtschaftlichen Tendenzen fort und ringen immer wieder zum
Ausbruch. Die Poße der großen preussischen Kanalvorlage
erklärt sich aus diesem Zwiespalt. Sie zeigt eine Regierung, die
mit der Industrie wirtschaftlich gehen möchte und doch nicht von der
Junfermacht loskommen kann. Sie zeigt eine Bourgeoisie, die
politisch nicht zur Nacht gekommen ist, während sie wirtschaftlich
dem Junkertum weit überlegen ist. Diese Widersprüche bildeten die
Geschichte der Kanalvorlage, die seit 1899 spielt und jetzt abermals
aus der Versenkung emporsteigt. Im preussischen Abgeordneten-
hause, wo der gemeinsame Gegner, das Proletariat, nicht anwesend
ist, fühlen sich die beiden Interessenten unter sich und markieren
deshalb ihren Gegenschah mit größerer Offenherzigkeit als sonst.

Man erwartete am Dienstag beim Beginn der Beratung der
Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus
Senfaktionen. Die Tribünen waren überfüllt, im Hause schwirrte es
höchst beschlußfähig. Aber Graf Willow war nicht erschienen, um die
Einleitungsrede zu halten; man sagt, weil er Geburtsstag und den
Kaiser zum Gaste hatte.

Also mußte Herr v. Budde, der soeben zum „Minheren“ eines
erlauchten Geschlechts Befördert, beginnen. Herr v. Budde hatte schon
in seiner bürgerlichen Vorzeit die erste Kanalvorlage verteidigt. Seit-



dem hat sie sich stetig verändert. Sie ist völlig verjüngert. Die Kanalrebellien haben einen Haufen Kompensationen durchgesetzt, der Mittelkanal selbst ist auf das Fragment eines Rhein-Hannover-Kanals zusammengeklümpelt, und auch dieses Fragment kann leicht aus dem nur äußerlichen Zusammenhang mit den andern Entwürfen herausgelöst werden. Auch die Zonart der Regierung ist seit Budde's erster, damals strategisch arbeitenden Kanalrede durchaus anders geworden. Nichts mehr von Forderungen, Beschlüssen, Drohen. Die Junker haben die Regierung gelehrt, wie sie mit ihnen zu reden habe. Heute verlegt sich folglich der Herr v. Budde auf demütiges Bitten und Betteln. Im übrigen redete er 1 1/2 Stunden „sachlich“, das heißt trostlos langweilig.

Um so munterer war die Opposition. Im Hause hat sich seit 1890 kaum etwas geändert. Centrum und Konserervative reden natürlich auch ein wenig milder als früher, sie verprechen zu prüfen, nach einer Einigung zu streben, aber diese Einigung besteht — das scheint schon jetzt klar — darin, daß die Regierung erstens noch mehr Konzessionen macht und zweitens auf den Rhein-Hannover-Kanal abermals verzichtet. In dieser „einigenden“ Tendenz sprach sich sowohl der Centrumsmann, der Kölner Rechtsanwalt Behnhoff (Vormund des Prinzen Auerberg) als auch der alte Führer der Konservativen Graf Limburg-Stürm. Der erstere hielt eine sehr lange, scheinbar rein sachlich-technische Rede, der letztere begnügte sich mit einer kürzeren Erklärung, beide aber ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie den Kanal weiter als Hauptstamm in der Hand behalten wollen. Herr Behnhoff begann sogar schon wieder das alte Spiel, weitere Kompensationen zu verlangen, diesmal für Schlesien.

Die Mehrheit billigte zunächst ihre Minimal-Bedingungen, die erst erfüllt werden müssen, ehe man sich überlegen will, ob der Rhein-Hannover-Kanal überhaupt in Erwägung gezogen werden könnte. Kündigung der Handelsverträge, das ist die erste Forderung — kein Kanal, kein Kanal! Sodann verlangt man noch etliche andre Geschenke, wie die Fluh-Abgaben.

Abgesehen davon, daß der Merkantil-konservativ-agrarischen Mehrheit das Kanalprojekt dazu dient, um auf die Reichsregierung in handelspolitischer Hinsicht einen Druck auszuüben, ist sie auch wirklich Gegner des Kanals aus antiindustrieller Verlehrsfeindlichkeit. Es war höchst charakteristisch, daß der Centrumsredner erklärte, der Entwurf sei überhaupt nur deshalb diskutabel geworden, weil die in den früheren Entwürfen geforderte Verbindung zwischen Weser und Elbe fehle; der Vorzug dieses Projekts vor dem früheren bestehe gerade darin, daß es keine Wasserbindung zwischen dem Westen und dem Osten herstelle.

Für die reaktionäre Mehrheit ist jeder Kanal ein Einfallsthor für konkurrierendes Getreide, sodann ist er deshalb Teufelswerk, weil er direkt und indirekt die Industrie fördert. Förderung der Industrie aber bedeutet: Abzug der Arbeiter vom Lande, Leutenot, höhere Löhne, — Sozialdemokratie. Zudem Centrum und Konservative aus diesen Motiven ihrer Abneigung gegen Wasserstraßen kein Hehl machen, zeigen sie mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß es keine stärkere Hemmungerscheinung der Entwicklung von Preußen-Deutschland giebt, als dieses Merkantil-konservativ-agrar-Indikat.

Wie fröhlich wieder die Kanalrebellien sind, zeigte sich übrigens an einem kleinen Zwischenfall. Nachdem Graf Limburg-Stürm unter gespannter Aufmerksamkeit gesprochen, nahm ein Regierungs-Kommissar das Wort. Sofort verließ ein großer Teil der Mitglieder lärmend den Saal; die Zurückbleibenden aber plauderten laut in Gruppen, lachten und scherzten. Der unglückliche Kanal-Kommissar sah sich vergebens hilflos nach dem Präsidenten um, damit er ihm Ruhe verschaffe. Herr v. Kröner aber rührte sich nicht und der Kommissar gab schnell den Kampf mit der Urache auf, indem er seinen Widerlegungsversuch abbrach.

Die heutige Debatte schloß mit einem „wohlwollenden“ Tanz zwischen Ja und Nein, den der Freikonservative Kewoldt ausführte. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

#### Die französischen Gemeinderatswahlen.

Paris, 2. Mai. (Eig. Ber.) Die Ergebnisse des ersten Wahlganges liegen zur Stunde noch nicht vollständig vor. Und bei den zahlreichen Stichwahlen wird eine genaue Beurteilung des Gesamtergebnisses selbst in den Städten erst nach dem zweiten Wahlgang, der am nächsten Sonntag stattfindet, möglich sein. Doch läßt sich bereits im großen ganzen sagen, daß der Regierungsbloc gut abgeschnitten hat.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf Paris, auf den Kampf der Sozialisten und Radikalen gegen die nationalistische Gemeinderatsmehrheit. Resultat des ersten Wahlganges: 27 Nationalisten aller Farben, 27 Sozialisten und Radikale, 26 Stichwahlen. Die endgültigen Ergebnisse zeigen auf beiden Seiten keinen Gewinn und keinen Verlust. Sämtliche 54 Erwählte sind bisherige Gemeinderats-Mitglieder. Erst die Stichwahlen werden über den Sieg entscheiden. Immerhin dürfen die linksstehenden Zeitungen mit größerem Rechte auf den Sieg hoffen bezw. (wie einige Organe bereits thun) den Sieg verüben, als die nationalistiche Presse, deren Siegesfanfare übrigens recht unsicher klingen. Eine, wenn auch geringe Mehrheit der Stichwahlen und damit des Gemeinderates scheint dem sozialistisch-radikalen Kartell sicher zu sein. Es versteht sich nämlich von selbst, daß die Sozialisten und Radikalen im zweiten Wahlgang gegenseitig straffe Disziplin halten werden. Einige Verzichtleistungen radikaler Kandidaten zu Gunsten von in der Hauptwahl meistbegünstigten Sozialisten und umgekehrt sind bereits perfekt geworden. In Frankreich ist nämlich die Zahl der Kandidaten in der Stichwahl ebenso unbeschränkt wie in der Hauptwahl. Ebenso werden die Sozialisten verschiedener Richtungen einander begünstigen. So hat bereits der jauresistische Kandidat Journière seinem glücklicheren Rivalen Le Grandais, der den revolutionären Sozialisten mehr oder minder nahesteht, nebst der Verzichtleistung auch seine aktive agitatorische Unterstützung zur Verfügung gestellt. Peyleres hat auch der jauresistische Abgeordnete des Wahlkreises Rouanne gethan, der im ersten Wahlgang für seinen Freund Journière kämpfte.

Die Niederlage der nationalistischen Gemeinderatsmehrheit, die an einigen wenigen Mandaten hängt, ist also wahrscheinlich, trotzdem der nationalistiche Wischnach sich ebenfalls ansieht, im zweiten Wahlgang geschloßen vorzugehen.

Was die Stimmenzahl betrifft, so wäre die nationalistiche Mehrheit bereits zertrümmert worden, wenn die empörende Ungleichheit der Pariser Wahlbezirke nicht die großbürgerlichen Wähler mit einem ungeheuerlichen Pluralvotum ausstattete. Schon 1900 betrat die nationalistiche Gemeinderats-Mehrheit eine Minderheit der Wähler. Jetzt hat sich die Stimmenzahl weiter zu Gunsten der Linksparteien verschoben. 1900 musterten diese letzteren 220 257 gegen 158 574 nationalistische Stimmen, jetzt aber 267 980 gegen 192 368 Stimmen. Die Stimmenmehrheit zu Gunsten der Linken stieg also von 67 683 auf 75 612. Gleichzeitig stieg die Zahl der eingeschriebenen Wähler gegenüber 1900 von 549 812 auf 505 078 und die Zahl der Abstimmenden von 413 590 auf 471 088. Der Prozentsatz der Abstimmenden ist demnach selbst im Vergleich mit der hohen Stimmbeteiligung von 1900 weiter gewachsen. Von dieser absoluten und relativen Zunahme der abgegebenen Stimmen, die am besten die Festigkeit der Schicht verdeutlicht,

haben aber die Linksparteien am meisten profitiert. Sie haben an die Urne 41 673 Wähler mehr als 1900 geschickt gegen ein nationalistisches Mehr von 33 794 Wählern.

Zunächst der Linksparteien sind es die Sozialisten, die in Bezug auf Stimmen wie auf Mandate an der Spitze des Aufstufens gegen die Nationalisten stehen, wie sie 1900 in der Defensive sich am stärksten gezeigt haben. Von den 27 Stichwahlen gehören 16 oder 17 den Sozialisten und nur 11 oder 10 den Radikalen oder Linksradikalen. Das „oder“ erklärt sich daraus, daß einer der Gewählten, Piperaud, bald als (unabhängiger) Sozialist, bald als Linksradikal bezeichnet wird. Von den gewählten Sozialisten kommen 8 auf die P. S. F. (Jauresisten), 3 oder (mit Piperaud) 4 auf die Unabhängigen (seiner Partei angehörenden), 3 auf die Alamanisten und 2 auf die P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten, deren es nur eben so viel im früheren Gemeinderat gab). Da die Sozialisten insgesamt 19 Mandate zu behaupten hatten, so sind für sie einige Mandatsgewinne wohl zu erwarten.

In der Provinz kündigt sich der Erfolg des Bloes erheblich glänzender an, als in der Hauptstadt. In Lyon behauptet sich mit gefestigter Mehrheit der radikale Gemeinderat mit dem jauresistischen Bürgermeister, Prof. Angouner, an der Spitze. Marseille wird vom ministeriellen Sozialismus zurückerobert, Toulouse wird in der Stichwahl für den Bloc zurückgewonnen werden (bis 1900 war es sozialistisch). Lens, Roanne, Carmaux, Narbonne bleiben ministeriell-sozialistisch. Dagegen kommt der jauresistische Gemeinderat von Saint-Etienne in eine nicht ganz sichere Stichwahl.

Die Guesdisten kommen in Lille in eine ungünstige Stichwahl, nachdem sie seit 1898 den dortigen Gemeinderat besessen haben. Nach den vorläufigen Angaben haben sie einen Stimmenverlust erlitten. In Roubaix hat Terrillonig Poitte bereits 15 Kandidaten seiner Liste, darunter er selbst, durchgebracht, und es stehen noch 21 Stichwahlen bevor.

Im übrigen werde ich auf die Ergebnisse der Provinzwahlen zurückkommen, da die bisherigen Meldungen ganz unvollständig sind. Insbesondere stehen noch aus die Nachrichten aus zahlreichen Orten, wo bisher die P. S. de F. (Guesdisten und Blanquisten) den Gemeinderat beherrschten.

### Deutsches Reich.

Es giebt noch Wunder. Vor Beginn der Tagesordnung nahm am Dienstag Herr v. Budde, der Eisenbahnminister, im Abgeordnetenhaus das Wort, um es als eine aus den Fingern gefogene Legende zu bezeichnen, daß die plötzliche Dreimillionen-Gabe für die Eisenbahnen mit dem Streik in Ungarn zusammenhänge. Vielmehr sei die Sache längst erwogen gewesen. Am 18. (1) April sei bereits die Vorlage dem Kaiser zur Genehmigung gelangt worden und erst am 19. sei der Streik unvermutet ausgebrochen.

Wie wunderbar der Zufall spielt! Welch Glück, daß — wie Herr v. Budde versichert — angerechnet ein paar Stunden vor dem Streik die Vorlage abgefaßt worden ist! Sonst wäre der „Alibi-beweis“ unmöglich gewesen.

Immerhin unterließ es Herr v. Budde das allein zwingende Verweismittel anzuwenden, nämlich den Wortlaut der telegraphischen Ermächtigung Wilhelm II. mitzuteilen. Und ebenso läßt er nicht genaugen auf, warum er gelegentlich der dritten Etatslesung in so feierlicher Weise auf das kaiserliche Telegramm hinwies, das doch gar keine Bedeutung gehabt hätte, wenn es sich nur um eine gewöhnliche Unterzeichnung eines Regierungsentwurfs gehandelt haben soll. Unter allen Umständen ist Herr v. Budde selbst der Anstifter der Legende, — wenn es eine Legende ist.

Dem Landtags-Abgeordneten Meuß, der allzu offen die Abneigung gegen das gleiche und geheime Wahlrecht ausgesprochen hatte, hat die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses nahegelegt, seinen Austritt aus der Fraktion erklären zu wollen. Und wie ist es mit der nationalliberalen Parteizugehörigkeit des erklärten Wahlrechtsfeindes?

#### Im Wahlkreise Frankfurt-Lebus

wird in der kurzen Frist bis zu dem auffällig früh festgesetzten Wahltermin am 18. d. M. ein sehr lebhafter Wahlkampf entbrennen. Seitens der bürgerlichen Parteien ist Herr Wassermann hauptsächlich aufgestellt worden und hat die Kandidatur bereits angenommen. Herr Wassermann, der im vorigen Jahre aus seinem früheren Wahlkreise Jena flüchten mußte und dann durch unsern Genossen Ged in Karlsruhe besiegt wurde, will sein Heil einmal an der Ober versuchen; in der eifrigen Suche nach einem Wahlkreis nomadisiert Herr Wassermann bald durch das ganze Reich.

Die konservative Presse außerhalb des Wahlkreises ist sehr wenig erbaunt von der Kandidatur des Herrn Wassermann. Da die Konservativen im vorigen Jahre eine größere Stimmenzahl als die Nationalliberalen hatten und da der Kreis seit langen Jahren konservativem Besitz war, ist es begreiflich, daß der konservativen Führerschaft die Zustimmung der örtlichen Parteileitung zur Kandidatur Wassermanns nicht behagt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt übrigens, daß die Zustimmung nur von den städtischen Konservativen des Kreises gegeben sei, der Bund der Landwirte habe sich keine Stellung noch vorbehalten; sie bedauert den Beschluß und bleibt der Ueberzeugung, daß die Konservativen damit der Partei und ihren Grundfragen keinen guten Dienst gethan haben, habe doch Herr Wassermann in seinem früheren Wahlkreise ein ausdrückliches Mißtrauensvotum von den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte erhalten; „für eine Wassermannsche Kandidatur werden die Bündler, die Bauern und Handwerker kaum zu erwärmen sein“. Auch die „Staatsbürger-Zeitung“ ist unzufrieden mit der Kandidatur Wassermanns.

Die „Kreuz-Zeitung“ und die Proklamation der japanisch-sozialistischen Arbeiterpartei. Das einst vom Freiherrn v. Hammerstein geleitete Organ für Gott, König, Vigotterie und Brotwunder fühlt sich in seiner Seelenharmonie mit der russischen Jarenberthschaft durch die in der letzten Mai-Nummer des „Vorwärts“ abgedruckte Proklamation der japanischen an die russischen Sozialdemokraten tief verletzt. Es bezeichnet die japanische Erklärung als ein Schriftstück durch und durch machiavellistischer Natur, das lediglich den Zweck verfolge, mit „heuchlerischen und gleisnerischen Phrasen“ die russischen Sozialisten zum Kampf gegen die russische Regierung zu begen. „Auf welche Weise“ heißt es in dem schönen Leitartikel, den die „Kreuz-Zeitung“ der Proklamation widmet, „die bieberen japanischen Genossen den Kampf gegen den heimischen Militarismus und Patriotismus führen wollen, ist eine offene und für die Japaner recht nebenläufige Frage. Daß sie sich zu einem Protest gegen die japanische Kriegsführung verstehen und gegen den japanischen „Imperialismus“ mit entsprechender Schärfe Front machen werden, ist ja auf keinen Fall anzunehmen. Die japanischen Genossen werden bei ihrem angeblichen Versuch, das Beste zu thun, stehen bleiben; denn sie glauben jedenfalls, bereits das Beste insofern gethan zu haben, als sie den russischen Genossen den Weg wiesen, auf dem sie bei der jetzigen Gelegenheit dem „despotischen Regiment“ des Jarenismus einen kräftigen Stoß versetzen und dadurch, den Japanern zu Hilfe kommen könnten.“

Diese Auffassung der „Kreuz-Zeitung“ ist leicht begreiflich. „Man sucht niemand hinter dem Ofen“, sagt ein altes Sprichwort. „Wenn man nicht selbst dahinter gefahren hat.“ Da unter den Motiven des ehrsamten Wäters Oumaniat und Gerechtigkeit nicht zu finden sind, nimmt es einfach an, daß auch bei den japanischen Genossen diese unzulässigen Requiriten nicht zu finden sind. Seine Auf-

fassung ist also nur eine Beurteilung der japanischen Sozialisten nach dem eignen Maß. Wie genau kannte doch Flora Gah ihre Leute, als sie Herrn v. Hammerstein schrieb: „Kommodianten seid Ihr alle!“

Das amtliche Wahleresultat in Wittenberg ergiebt für Porzig (L.) 18 088, für Buchwald (Soz.) 17 427 Stimmen. 1903 erhielt unter Genosse 18 695, v. Widdau (Ed. d. Edts.) 14 498, Hartmann (fr. Vp.) 2093 Stimmen.

Die verlorenen sonach 1208 Stimmen, während die Segner 592 Stimmen gewonnen. Daß die Freisinnigen für den Konservativsten gestimmt haben, wird allseitig bestätigt. Etliche „demokratische“ Organe regen sich darüber auf. Wir halten das für selbstverständlich. 1903 haben die Freisinnigen bei den Stichwahlen mehr als zwei Duzend Mandate an die äußerste Reaktion ausgeliefert. Da ist es schon einfacher, wenn sie gleich in der Hauptwahl für den Agrarier stimmen.

Eine Zusammenstellung von Urteilen der Parteipresse werden wir morgen bringen.

Die „Germania“ und die Freiheit. Zu den häßlichsten Vorfällen menschlicher Dummheit gehört es, wenn die „Germania“ sich im Namen der Meinungsfreiheit gegen die Sozialdemokratie ereifert.

Als Centralorgan des Centrums, dieser politischen Organisation der katholischen Kirche, muß sie principiell für die Unfreiheit der Meinung eintreten. Die katholische Kirche duldet nur die von ihr selbst approbierten Ueberzeugungen, weshalb beispielsweise so ziemlich sämtliche großen Denker und Dichter bis zum heutigen Tage für die Gläubigen verboten sind. Das Centrum beansprucht nicht nur, was selbstverständlich ist, daß die ihm anhängenden Parteigenossen kirchliche Anschauungen haben, es verlangt auch, daß die Zwangsorganisation des Staates, aus der niemand ausbrechen kann, mit der Gewalt ausgerüstet wird, bestimmte Ideen, Lehren, Kunstschöpfungen zu verbieten.

Trotzdem entrüstet sich die „Germania“ in einem ihrer berühmten Leitartikel über die Unbuddsamkeit der Sozialdemokratie, weil die Zeitung des vierten Berliner Wahlkreises einen Bonlott-Beschluß gegen die „Montagszeitung“ Vernieins gefaßt hat.

An sich hat natürlich jede Partei das Recht und die Pflicht, Unternehmungen abzuweisen, die ihr schädlich scheinen. Wir wissen nicht, ob die „Germania“ beispielsweise ihre Anhänger zur Vertreibung eines Blattes auffordern würde, das gegen die katholische Kirche auftritt. Das würde man ihr gar nicht abnehmen, denn eine Partei besteht eben aus einer freiwilligen Organisation Gleichdenkender und Gleichhandelnder. Die Gemeingefährlichkeit des Merkantilismus besteht nur darin, daß er die Staatsgewalt zum Vollstrecker seiner dogmatischen Engstirnigkeit zwingen will. Seine feige Lächerlichkeit aber bewahrt sich darin, daß er seinen Gläubigen sogar verbietet, gemeinerliche Schriften zu lesen, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die seit jeher der Meinung ist, daß die Menschen um so überzeugtere Sozialdemokraten werden, je mehr sie ihre Gegner studieren.

Die „Germania“ also hätte am wenigsten das Recht, die Sozialdemokratie anzuklagen, wenn der Beschluß der Zeitung des vierten Berliner Wahlkreises selbst allgemeiner Parteibeschluß wäre. In diesem Falle aber ist das ganze Gerede schon deshalb überflüssig, weil der Beschluß bisher keine Billigung, wohl aber Widerspruch gefunden hat. Vernieins „Montags-Zeitung“ ist weder vom Parteivorstand noch von den Berliner Vertrauensleuten boykottiert worden, sondern es ist lediglich festgestellt worden — schon um der Verantwortlichkeit der Partei willen — daß das Blatt ein Privatunternehmen des Herausgebers ist, wie es deren in der Partei mehrere gegeben hat und noch giebt.

Die „Germania“ sollte doch wahrhaftig ihren kümmerlichen Verstand dazu verwenden, sich aus der Affaire des Leo-Hospizes mit größerem Geschick herauszuklügen, als ihr bisher gelungen ist. In geschäftlichen Angelegenheiten gehört eben immer noch mehr Verstand als zum Schimpfen.

„Der Zeitungs-Verlag“, Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger, dessen Vorsitzender Dr. Max Jänede ist, veröffentlicht eine Zuschrift des Postoder Zeitungsverlegers Boldt. Aus dieser Zuschrift geht hervor, daß Herr Boldt auf allen Gebieten dem Zwei-Seelen-Schiffen huldt. Er giebt nicht nur ein konservatives und ein liberales Organ — wenn auch zu verschiedenen Tageszeiten — heraus, sondern er beansprucht auch als Vorsitzender eines Pachtclubs thun zu dürfen, was er als Zeitungsverleger nach den Grundfragen seiner Ständesorganisation als ehelos brandmarken muß.

Herr Boldt giebt nämlich zu, daß er gegen unsern Genossen Groth sowie den Deuder und Retteur der „Westenburgerischen Volkszeitung“ ein Zeugniszwangsverfahren veranlaßt hat, damit diese das Redaktionsgeheimnis verlegen und über die Verfasserschaft eines Artikels Auskunft geben könnten. Aber Herr Boldt will das lediglich als Privatmann, als Vorsitzender des Pachtclubs gethan haben.

Sehr charakteristisch für den Ständebegriff der Ständesorganisation ist es nun, daß der „Zeitungs-Verlag“ zu dieser Haltung anscheinend höchst befriedigt auftritt:

„Der Zeitungs-Verleger Boldt steht also in Sachen des Zeugniszwangs gegen Redakteure usw. auf dem Boden der Anschauungen des V. D. Z. V. und der Ausführungen seines Vorsitzenden in der Reichstags Sitzung vom 15. Januar.“

Selbst wenn das blutige Hohn sein sollte, wäre es eine unzulässige Zulassung des schweren Bruchs der Principien des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Es scheint, daß die Organisation in Ehrensachen nicht so empfindlich ist, wie in materiellen Fragen.

Herr Boldt, der Zeitungsverleger, aber mühte nun auch seiner Zeitung eine feste Geltung verschaffen und sich in seinen Blättern dagegen empören, daß der Vorsitzende eines Pachtclubs anständige Redakteure, Deuder und Retteure zum Vertrauensbruch zu zwingen unternehmen habe. Wenn man denn schon zwei Seelen hat, sollte man doch wenigstens nicht die eine an die andre verraten sondern beide gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen lassen.

#### Die Raubzüge nach Südwesafrika

Sollen, wie halb offiziös mitgeteilt wird, 1500 Mann betragen. Und zwar sollen entsandt werden: 500 berittene und 500 unberittene Mann, zwei bespannte Feld-Batterien mit zugehöriger Mannschaft, sowie 150 Mann zur stärkeren Besetzung der Stationen im Süden des Schuggebietes. Wenn man hierzu noch einigen Ersatz für die bereits vorhandenen Truppenteile rechnet, so wird die Kopfstärke des gesamten neuen Transportes auf rund 1500 Mann kommen. Es sei anzunehmen, daß diese weiteren Hilfsmittel vom Gouverneur Leutwein als erforderlich für die baldige Niedersetzung des Herrero-Aufstandes bezeichnet und erbeten wurden.

Ob dieser Raubzug, mit dem die Zahl der nach Südwesafrika entsandten Truppen 4500 Mann betragen wird, der letzte sein wird, ist fraglich. Da man in unterrichteten Kreisen — wie gestern das „Berl. Tageblatt“ meldete — auf eine Kriegsdauer von (mindestens) 6 bis (wahrscheinlich) 12 Monaten rechnet, gehörte die Entsendung eines weiteren Truppenaufschubes keineswegs zu den Unmöglichkeiten. Auch ohne solche weiteren Verstärkungen wird uns das Kolonialabenteuer eine ganz enorme Summe kosten! —

#### Offiziös Scherl.

Wie bei allen unsern weltpolitischen Abenteuer, wie bei dem China-Krieg, der Venezuela-Blockade, so ist auch bei dem südwesafrikanischen Krieg der offizielle Nachrichtenendienst ein verblüffend langsamer und schleppender. Ueber die Kriegsoptionen, speziell den Verlauf der Gefechte, erfährt man nur das allerdürftigste. In manchen Fällen werden interessante Vorkommnisse überhaupt unterschlagen, so zum Beispiel der Verlust des Maschinengewehrs der Kolonne Glasenapp bei Okavari. In diesem Fall war der „Vorwärts“ in der Lage, diesen Verlust mehrere Wochen früher mitteilen zu können, als — nicht nur die offiziösen Organe, sondern auch als die Regierungspresse.



Was aber besonders auffällt, ist, daß die offiziellen Organe ihre Nachrichten gewöhnlich dem — Blatte des Herrn August Scherl entnehmen müssen! So erzählt heute wieder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ das Neusee über den Gesundheitszustand der unter Quarantäne gestellten Kolonnen-Gelapenapp aus dem „Lokal-Anzeiger“! Brüche der „Lokal-Anzeiger“ nicht die Nachricht, daß die Typhus-Epidemie in Djihaena zwar noch nicht zum Stillstand gekommen sei, aber doch infolge der günstigen Verpflegungsmöglichkeit der Kranken — von denen zur Zeit 40 in Windhut und 45 in Djihaena liegen — einen günstigen Verlauf nehme, so würde die Öffentlichkeit hierüber überhaupt nichts erfahren haben!

Das ist denn doch ein bei aller Lächerlichkeit empörender Zustand! Wenn man dem Volke derartige Miesentropfen für die so traurigen Kriegsabenteurer zumutet, dann sollte die Regierung wenigstens alle Nachrichten prompt in amtlicher Form der Öffentlichkeit mitteilen. Statt dessen verschafft man mehr und mehr einem berechtigten Zeitungsindustriellen das Monopol des offiziellen Nachrichtenwesens!

Ob man ohne die Billigung August Scherls keine „Weltpolitik“ machen kann?! —

**Liberaler Wahlrechtsverschlechterer.** Aus Königsberg wird uns geschrieben: Der Magistrat, der aus fast lauter „liberalen“ Herren besteht, hat beschlossen, den Arbeitern das Stadtverordneten-Wahlrecht noch mehr zu verschlechtern. Es sollen alle diejenigen in die Wählerliste nicht mehr aufgenommen werden, die zwar ein Einkommen von 600—800 M. haben, aber infolge einer großen Anzahl Kinder oder aus anderen Gründen keine Steuer zu zahlen brauchen. Dadurch würde Tausenden von Familienvätern das Wahlrecht genommen werden.

Seit Jahren verlangt die Arbeiterschaft, daß der Magistrat, soweit es gesetzlich zulässig ist, den Arbeitern das Wahlrecht verbessert, und nun kommt dieser Beschluß! In Königsberg ist es den Arbeitern ohnehin schon sehr schwer, sich einen Einfluß im Stadtparlament zu verschaffen. 19 000 Reichstagswähler haben nicht das Stadtverordneten-Wahlrecht, weil sie ein Einkommen von weniger als 600 Mark haben. Außerdem hat man eine famose Bezirkseinteilung geschaffen. In den einzelnen Bezirken sind 2—3 Stadtverordnete zu wählen. Die Straßen sind so geschickt zusammengelegt, daß die Arbeiter stets von den Stimmen der Wohlhabenden überstimmt werden können. Wenn man dagegen kleinere Bezirke, so daß jeder Bezirk einen Stadtverordneten zu wählen hätte, schaffen würde, dann würden auch einige fast reine Arbeiterbezirke entstehen und die Arbeiter hätten mehr Einfluß. Seit Jahren hat die Parteipresse in Königsberg diese Forderung der Gerechtigkeit wegen erhoben, doch der „liberale“ Magistrat hat sie anscheinend kaum beachtet.

Dagegen hat der Magistrat der „Gerechtigkeit wegen“ den Stadtverordneten ferner eine Vorlage gemacht betreffs Veränderung des Ortsstatuts für die Gewerbegerichts-Wahlen. Es soll das Proportional-Wahlrecht eingeführt werden. Der Magistrat ist vom „Gerechtigkeitgefühl“ so durchdrungen, daß er es nicht mehr länger mit ruhigem Gewissen ansehen kann, daß die paar „Kirche“ und „Christlichen“ ohne Mandate sind.

Dem letzteren Vorgehen des Magistrats steht die Arbeiterschaft ziemlich kühl gegenüber. Sie fürchtet auch die paar „Kirche“ nicht. Dagegen wird die Arbeiterschaft die kommunale Wahlenteilung nicht so ruhig hinnehmen. Sie wird dagegen mit allen Mitteln protestieren.

### Ausland.

#### Loubets Romreise und die Parteien.

Paris, 30. April. (Fig. Ver.) Der Wiederhall, den Loubets Romreise hier findet, ist ebenso weit entfernt von einem harmonischen Zusammenklängen der nationalen Seele, wie der ohrenbetäubende Lärm der inneren Parteikämpfe. Bei einem so eminent politischen Volke wie die Franzosen kann es nicht anders sein. Der enge Zusammenhang zwischen innerer und auswärtiger Politik ist da jedem politisch Tätigen klar bewußt. Der heftige Parteikampf, der im demokratischen Lande direkt um die Regierungsgewalt geht, muß notwendig auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergreifen. Dem Philister und den philisterhaften, weil niedergehenden und an sich selbst verzweifelnden Parteien mag das als ein böses Zeichen des nationalen Verfalls erscheinen. In Wirklichkeit zeugt die parteiisch gespaltene Beurteilung der äußeren Politik vielmehr von einer hohen politischen Entwicklungsstufe des Landes. Es ist ja bekannt, daß in rückständigen Ländern die äußere Politik die Geister am wenigsten trennt, weil sie nämlich das geheimnisvolle Privilegium einer weichen Regierung bleibt.

In der dritten Republik wurde das Auswärtige ein Menschenalter hindurch als ein Mährchen behandelt — infolge der besonderen Stellung der 1871 besiegten Länder. Bis zum Beginn der 90er Jahre hatte Frankreich übrigens fast keine auswärtige Politik. Militärisch und diplomatisch geschwächt, stand es isoliert da. Als dann in künftigerart arrangierten Uebergängen die Annäherung, die Freundschaft, die Alliance mit Rußland kam, bejahte sich erst recht das krankhaft gesteigerte, weil gekränkte Nationalgefühl in dem alles andre hinterlassenden Glauben an die Jarenfreundschaft. Die Sozialisten wagten es zuerst, die nationale Harmonie zu stören, indem sie die Alliance mit dem Jarenreich namens der Demokratie und des Sozialismus ablehnten bezw. vom französisch-nationalen Standpunkt unter die kritische Lupe nahmen. Sie wurden deshalb von den herrschenden Parteien namens des einen und unteilbaren Patriotismus in Acht und Bann getan. Die den Herrschenden aller Länder geläufige Kampfpfaffe von der nationalen Gemeinschaft wurde hier parteipolitische Haupttrumpf. Bei der speziellen Lage Frankreichs seit 1871 konnte ja das Interesse der herrschenden Klassen besonders wirksam unter dem Mantel des nationalen Interesses verpackt werden. Der Schwindel erreichte seinen Höhepunkt unter dem Kabinett Méline, welches das Jarenbündnis sogar gegen die bürgerlichen Radikalen zu verwerten suchte.

Damit aber hat die Reaktion den Bogen überspannt. Selbst den bürgerlichen Radikalen mußte endlich die Einsicht ausdämmern, daß die Auffassung vom nationalen Interesse mit dem Massen- und Partei-Interesse wechselt. Andererseits gewann mit der Zeit eine mächtigere Einschätzung des Jarenbundes immer mehr die Oberhand. Insbesondere wurden die an ihn geknüpften Nevanche-Illusionen zerstört. So wurde zum erstenmal seit 1871 für alle Parteien die Möglichkeit einer freien Beurteilung der auswärtigen Politik geschaffen, wie es dem Wesen eines demokratischen Landes entspricht.

Bei Lichte besehen, sind die in den letzten Jahren um die auswärtige Politik geführten Kämpfe gerade eine Folge der wieder normal gewordenen, weil erstarkten internationalen Stellung Frankreichs, ein sprechendes Anzeichen der Genesung des nationalen Selbstgefühls. Die neuesten Erfolge der französischen Diplomatie, das Abkommen mit England und die enthusiastische Wiederveröhnung mit Italien, die Frankreichs Prestige so sehr erhöht haben, müssen die letzten Reste der inneren Unfreiheit gegenüber der auswärtigen Politik beseitigen. Von nun an ist die freie Entfaltung der partei-gegenständlichen Auffassungen des nationalen Interesses eine feste Errungenschaft des französischen öffentlichen Lebens.

Von dieser Errungenschaft machen gegenwärtig den ausgiebigsten Gebrauch gerade die reaktionärsten Parteien, die früheren eifrigsten Hüter der nationalen Solidaritätspflicht gegenüber dem Auslande. Sie enthalten damit vor aller Welt das heuchlerische Spiel, das sie so lange mit der patriotischen Phrase getrieben haben.

Nichts ist offenkundiger als die Vorteile, die Frankreich in jeder Beziehung aus der intimen Annäherung mit Italien erwachsen. Nichts ist ungewisser als die Popularität des neuen Verhältnisses

in Italien. Im Gegensatz zum offiziellen Dreibund-Verhältnis ist die Wiederveröhnung der „lateinischen Schwesterationen“ diesseits wie — noch heißer! — jenseits der Alpen vom Volke beglückt und begrüßt worden. Der Empfang Loubets in Italien erinnert ganz an die enthusiastischen französischen Kundgebungen von dazumal zu Ehren des russischen Bundesgenossen. Dessen ungeachtet suchen die Merikalen und ihre vielfarbigen politischen Geschäftsträger aus dem nationalistischen Lager nicht nur die Bedeutung der franko-italienischen Wiederveröhnung herabzusetzen, sondern auch direkt ins Gegenteil umzudeuten. Und warum? Weil Loubets Romreise das Merikale Interesse schwer verlegt. Dieser Grund wird in der ausgesprochen Merikalen Presse offen angegeben. Der Besuch des Chefs eines katholischen Landes in der vom Hause Savoyen „usurpierten“ Hauptstadt bedeute die offizielle Anerkennung des am Papsttum 1870 begangenen „Raubes“. Diese schwere Herausforderung an die Adresse des Vatikan bringe Frankreich um das wertvolle historische Privilegium der „ältesten Tochter der Kirche“. Davon werde unter anderem Deutschland profitieren, dessen Regierung ja ohnehin sich dem Vatikan angenähert habe. . . . Es fehlt auch nicht in der Merikalen Presse an beleidigenden Ausfällen gegen die italienische Unausrichtigkeit, die es fertig bringe, sich in Liebeserklärungen an Frankreich zu ergeben, trotzdem Italien dem Dreibund treu bleibe. Die innere Entkräftung des Dreibundes, die gerade durch die italienisch-französische Freundschaft dokumentiert und weiter gefördert wird, wird gestilltlich verschwiegen.

Die Merikal-nationalistische Presse hat sich dankenswert offener gezeigt als die Merikal-nationalistischen Parlamentarier. Von diesen hat nur ein knapps Duzend es gewagt, gegen die italienischen Reiseliede zu stimmen. Die Journalisten lernen eben keine Furcht vor den Wählern. Sie dürfen frank das nationale Interesse unter das Interesse der Kirche stellen, indem sie jenes mit diesem identifizieren. —

### Schweden.

**Gegen die Verwirklichung der Volksschule.** Das Volksschulwesen ist in Schweden bekanntlich noch immer der Kirche unterstellt und im Schulrat ist der Geistliche der Vorsitzende. Dieser Tage wurde in der Zweiten Kammer des Reichstages über einen Antrag verhandelt, das Volksschulwesen zu einer Angelegenheit der Gemeindeverwaltungen, und die Schulräte zu selbständigen Körperschaften zu machen, die ihren Vorsitzenden selbst wählen. Der Kammerauschuß, der sich mit dem Antrag befaßt hatte, schlug vor, ihn abzulehnen und erklärte unter anderem in der Begründung, die Volksschule sei nicht nur eine bürgerliche Anstalt, sondern „auch eine Anstalt für christliche Kindererziehung und zugleich eine notwendige Vorstufe für die Konfirmationsschule“. Zwei Mitglieder des Ausschusses hatten sich gegen diese Motivierung reserviert, zwei andre sich für den vorliegenden Antrag erklärt. — Die Kammer entschied mit 112 gegen 82 Stimmen im Sinne des Vorschlags der Auschlußmehrheit, jedoch ohne die Begründung zu billigen. Die Begründung, die die Auschlußmehrheit ihrem Vorschlage beigefügt hatte, wurde mit 105 gegen 87 Stimmen abgelehnt. —

## Partei-Nachrichten.

### Ein Juchthändler.

Am 2. Mai wurde aus dem Juchthaus in Dreiebergen in Mecklenburg der Parteigenosse Harder aus Ramin bei Neubukow entlassen, wo er zwei Jahre als „Meineidiger“ zubringen mußte. Harder ist einem jener unbegreiflichen oder vielmehr unter gewissen Umständen nur zu begreiflichen Urteile zum Opfer gefallen, wie sie den Kampf einer um Befreiung ringenden Klasse so zahlreich begleiten.

Den Lesern wird der Prozeß vielleicht noch in Erinnerung sein, bei dem ein Zeller Pfaffenjunge eine Rolle spielte. In Ramin hielt eines Sonntags im Februar 1901 Genosse Herzfeld im Auftrage des Rechtschutzvereins der Landarbeiter eine juristische Sprechstunde in einer Gastwirtschaft ab. Bei dieser Gelegenheit soll der Wirt während der Kirche ein Einheimische Speisen und Getränke verabfolgt haben. Ein Prozeß gegen den Wirt war die Folge. Der Wirt wurde freigesprochen. Harder, vom Amtsanwalt als Zeuge geladen, soll nun dabei die für die Sache nebenfällige Aussage, daß er einen Zeller Pfaffenjunge bei einem Bekannten gesehen habe, bevor er in die Wirtschaft gegangen sei, der Wahrheit zuwider abgegeben haben. Die Staatsanwaltschaft behauptete, Harder habe die Suppe erst bekommen, als er aus dem Wirtshaus zurückkehrte. Gegen Harders Angabe, die wie gesagt für den Ausgang des Prozesses gegen den Wirt ganz gleichgültig war, standen nur die wiederholt geänderten Angaben einer Greisin, während alle Umstände dafür sprechen, daß Harder auch in diesem Nebenpunkte die Wahrheit gesagt hat.

Er wurde wegen Meineids unter Anklage gestellt und von den Geschworenen, meist Oubteifer und Pöbeler, schuldig gesprochen. Der Amtshauptmann von Neubukow sagte als Zeuge aus, Ramin sei ein „Schlupfwinkel“ der Sozialdemokratie und die Arbeiter Ramins erkreuten sich keines guten Rufes. Darauf erfolgte die Beurteilung Harders zu zwei Jahren Juchthaus, die er nun verbüßt hat. Dem tröstlichen Worten, die die „Mecklenburgische Volkszeitung“ dem Entlassenen widmet, schließen wir uns aus voller Ueberzeugung an. Auch wir halten Harder für das unschuldige Opfer eines Vorurteils.

### Die historische Dialektik aus der Kischersfabrik.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte jüngst aus einer Kischersfabrik ein belächeltes Bild über den japanischen Krieg bezogen, der diesen Fabriken heute reiche Ausbeute giebt, wie gestern das letzte Eisenbahnunglück, der Brand von Kalesund, die berühmtesten Ringkämpfer, wie morgen vielleicht das neueste Luftschiff oder der Ausbruch eines Vulkanes. Fabrikmäßig wie die Bilder hergestellt werden, wird dazu eine „Beschreibung“ geliefert; der Unterschied ist höchstens der, daß der Zeichner der Bilder sein Geschäft gelernt haben muß, während der Autor der Beschreibung das „Schreiben“ meist herzlich schlecht gelernt hat. Die Beschreibungen, meist im Pindwiderstil, sind in der Regel unbrauchbar. Der „Leipziger Volkszeitung“ war nun das Mißgeschick passiert, mit einer solchen Beschreibung richtig hineinzufallen, in der die moderne Kriegstechnik als ein Kulturideal erschien. Sie, die kritische, druckte die für 6 M. mit samt dem Wilde aus der Fabrik bezogene Beschreibung kritisch ab.

Wir machten uns den Scherz, die prinzipienfeste Redaktion, die uns so oft befehlt, auf ihren Reizfall aufmerksam zu machen. Die fürchterlichen Folgen konnten wir freilich nicht ahnen. Auf dem etwas weiten Umweg über Steglitz setzt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Montagsnummer als Antwort auf unsern Scherz einen historischen politischen Exkurs in die Welt, in der es nur so wimmelt von Wissenschaft. Und wurde ganz schwarz vor den Augen über so viel Wissenschaft in der Kischersfabrik und beschämt leisten wir dem Beschreibungsfabrikanten Abbitte. Kant, Rousseau, Hegel, Marx, Engels, historische Dialektik, Idealismus, Materialismus, Manufakturismus, Vertikal-Sutiner, Lina Morgenstern und noch einiges purzelt da übereinander, und wir erfahren, daß kein Geringerer wie Friedrich Engels der Verfasser der Kischersbeschreibung sein könnte. Welche Parodie auf den historischen Materialismus; eine dem Niveau der Amtsblätter angepaßte Schmiererei wird zu dem feinsten Extrakt methodischer Weltanschauung, weil sie durch irgend eine Nachlässigkeit in die Spalten der „Leipziger Volkszeitung“ geraten ist, die natürlich nicht zugeben kann, daß sie nachlässig gewesen ist.

Am meisten hat uns dabei belustigt, daß auch diese Wissenschaftsanwände wie die bisherigen durch eine Verwechslung der persönlichen Adressen durch die „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßt worden ist, an der ausschließlich der Mangel an „belletristischen

Witze“ Schuld ist, zu dem sich die „Leipziger Volkszeitung“ jüngst selbst bekannte.

Die Landeskonferenz der Parteigenossen Hessens wird am 30. und 31. Juli in P f u n g s t a d t abgehalten.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— In vier Monaten Gefängnis wurde Genosse D i t t e r als verantwortlicher Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund verurteilt, weil durch eine Notiz des Blattes ein Arzt und dessen Ehefrau schwer beleidigt worden ist.

— Wegen Beleidigung durch die Presse hatte sich vor dem Schöffengericht in Chemnitz Genosse M a z S a n e i d e r, Redakteur der „Volksstimme“, zu verantworten. Er hatte in einer Notiz in Nr. 45 der „Volksstimme“ auf den persönlichen Verlehr zwischen dem Vorsitzenden des Textilindustriellen-Verbandes, Kommerzienrat Vogel, und einer dortigen Textilfirma aufmerksam gemacht und das Verhalten der Fabrikanten gegen die Arbeiterschaft scharf kritisiert. Das paßte den Herren nicht, sie stellten Strafantrag und im öffentlichen Interesse wurde Anklage erhoben, der sich die angeblich Beleidigten als Nebenkläger anschlossen. Genosse Schneider wurde nach kurzer Verhandlung der öffentlichen Beleidigung für schuldig befunden und zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

— In 100 M. Geldstrafe wurde der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“, Genosse J a n d e r in Frankfurt a. M., verurteilt, weil er einen Arzt durch den Vortourf pflichtwidrigen Verhaltens gegenüber dem kranken Kinde armer Eltern beleidigt haben soll. Es wurde zwar als festgestellt angesehen, daß der Arzt den Eltern gegenüber sehr unhöflich aufgetreten ist, aber der Vortourf pflichtwidrigen Verhaltens wurde nicht als erwiesen angesehen.

## Sociales.

### Ärzte und Krankenkassen.

Was die „freigewählten Kassenärzte“ in Berlin unter freier Arztwahl verstehen, lehrt die Tagesordnung der nächsten Mitglieder-versammlung des Vereins der „Freigewählten“. Aus ihr geht nämlich hervor, daß der Vorstand dieses Vereins die Mitglieder Geh. Sanitätsrat Dr. Koepfel, Dr. Lohs und Dr. Paul aus dem Verein ausgeschlossen hat. Die drei Herren legen gegen ihren Ausschluß Berufung ein und darüber wird die Versammlung verhandeln.

Die drei Herren sollen aus dem Verein ausgeschlossen werden, weil sie als Vorstandsmitglieder des Vereins Berliner Kassenärzte für diesen Verein mit verschiedenen hiesigen Kassen fünfjährige Verträge auf der Grundlage der beschränkten freien Arztwahl abgeschlossen haben. Der Ausschluß bedeutet, daß diese drei Kassen aus Mitgliedern solcher Kassen, die mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte in Verbindung stehen, nicht mehr „frei gewählt“ werden dürfen. Die drei Herren haben ihre Berufungspflichten in keiner Weise verletzt, es wird ihnen keine Vernachlässigung der Pflichten gegen Kranke oder gegen die Kassen zum Vortourf gemacht, es wird ihnen auch nicht vorgeworfen, daß sie ihre Kunst nicht verstanden oder sonstwie vertrauensunwürdig sind; sie haben nur dem Gebote der Freigewählten nicht Folge geleistet, den Kassen ein schädliches, von ihnen nicht gewünschtes System aufzuzwingen und deshalb sollen sie nun nicht mehr solche Kranke behandeln dürfen, die zu ihnen Vertrauen haben. Deshalb sagt man auch dem System der freien Arztwahl als Hauptvorwurf nach, daß bei ihm jeder Kranke den Arzt seines Vertrauens wählen kann, und das soll ja auch nach dem jüngsten Leitartikel der „Medizinischen Reform“ ein wesentlicher Geisfaktor sein. Die „Medizinische Reform“ meint vermutlich einen Geisfaktor für die Schmerzen des Kassenstandes; sicher nicht einen Geisfaktor für kranke Kassenmitglieder.

In Leipzig finden neue Verhandlungen der Kreishauptmannschaft mit dem Kassenvorstande statt, über deren Inhalt und Resultat noch nichts bekannt ist. Am 1. Mai waren 83 Bezirksärzte thätig.

In Solingen hat der Vertreter der Aufsichtsbehörde, der jetzt Kassenvorstand und Generalversammlung in einer Person ist, die Beiträge erhöht und die Familienbehandlung aufgehoben. Von einer Entrüstung der Ärzte über die Beseitigung der Familienbehandlung haben wir noch nichts gehört.

### Arbeiterfahrg.

Die Welt-Konfektionsfirma D. Lewin am Hausvogteiplatz in Berlin wurde auf Veranlassung einer Gewerbeinspektions-Assistentin vom Polizeipräsidenten aufgefordert, in ihrer Betriebserweiterung Oberwasserstraße 10 ausreichende Ankleideräume und Waschanrichtungen gemäß § 120 b der Gewerbe-Ordnung zu beschaffen. Die Verfügung ging an die drei Inhaber, die drei Kaufleute Lewin. Nach Ablauf der Frist revidierte die Gewerbeinspektoren wieder. In einem Raum, wo sieben Arbeiterinnen beschäftigt waren, hatte man eine Ede durch eine Gardine abgetrennt und dahinter Haken angebracht. Die Inspektoren fanden dies unzulänglich, da noch Hüte und Jacken umherlagen und sich hinter der Gardine auch höchstens zwei Personen zugleich umkleiden könnten. Dann war in dem Raum eine Waschkübel mit schäumigem Wasser vorhanden; eine andre Waschkübel sollte noch irgendwo stehen. Auch solche Waschanrichtungen werden der Inspektoren unzureichend. Die drei Inhaber wurden deshalb wegen Uebertretung der Gewerbe-Ordnung vom Landgericht zu Geldstrafen von je 50 M. verurteilt. Das Landgericht war derselben Ueberezeugung wie die Inspektoren, und führte außerdem noch aus: Von einem „ausreichenden“ Ankleideraum müsse mindestens verlangt werden, daß sich die Arbeiter bezw. Arbeiterinnen in höchstens zwei Schichten darin umkleiden könnten, damit sie nicht unnötig lange aufgehalten würden. Der Beschluß, der nur zweien Raum vierte, genüge danach nicht für sechs oder sieben Arbeiterinnen. Auf die Einwendung der Angeklagten, in der Konfektionsbranche sei das Umkleiden nicht üblich, brauche nicht eingegangen werden, da die Firmeninhaber gegen jene polizeiliche Verfügung, die auf Grund des § 120 b erlassen sei, keine Rechtsbeschwerden eingelegt hätten. Aber auch sonst hätten sich die Angeklagten fügen müssen. Wenn sich hier auch nur einzelne umgekleidet haben mögen, so sei an sich das Umkleiden doch gesundheitlich notwendig. Ein ordentliches weibliches Wesen in der Konfektionsindustrie werde auch stets bemüht sein, sich umzukleiden. — Und was die Waschanlagen anlangte, so möge dahingestellt bleiben, ob noch ein zweites außer dem mit schäumigem Wasser angefüllten vorhanden war: jedenfalls sei eine „Waschanrichtung“ oder „Waschanlage“ im Sinne des Gesetzes und der polizeilichen Verfügung hier nicht vorhanden gewesen, denn dazu gehöre eine Einrichtung, die stündig das Waschen benutzten und das Einlassen reinen Wassers ermögliche, und die fehlte hier.

Die gegen das Urteil eingelegte Revision, zu deren Rechtsfertigung die Firma zwei Rechtsanwälte ins Feld schickte, bemängelte unter anderem auch, daß die drei Inhaber haftbar gemacht seien, obwohl nur einer von ihnen mit der Oberleitung der beschäftigten Personen betraut sei und außerdem ein verantwortlicher Geschäftsführer nebst Vertreter vorhanden wäre.

Der Strafantrag des Kammergerichts verwarf jedoch die Revisionen aller drei Angeklagten und führte aus: Da die Verfügung des Polizeipräsidenten rechtskräftig geworden sei, so wäre von ihr auszugehen. Wenn der Vordersichter sie nun auflegte, wie er es that, dann sei das tatsächlicher Natur, und es sei vom Revisionsgericht nur darauf zu sehen, ob ein Rechtsirrthum bei dieser Auflegung unterlaufen sei. Das sei aber nicht der Fall. Die Waschanlage der Frauen gesondert und nicht mit der der Männer verbunden sein sollte, sei selbstverständlich. — Gegen die Verurteilung aller drei Firmeninhaber sei deshalb nichts einzuwenden.



Weil es sich bei der polizeilichen Verfügung mit um die Ausführung einer bestimmten Maßnahme und nicht um die dauernde Überwachung des Betriebes handelte.

**Unzulässige Bestimmung einer Arbeitsordnung.** Der Unternehmer Matthes hat in seiner Arbeitsordnung folgende eigenartige Bestimmung: „Jegende welche Kündigungsfrist gilt nicht. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann nur Sonnabends erfolgen, doch ist seitens des Arbeiters dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter, und seitens des Arbeitgebers bezw. seines Stellvertreters dem Arbeiter vorher davon Kenntnis zu geben. Der Arbeiter, der rechtsmässig sein Arbeitsverhältnis auflöst, geht seines Lohnes für eine Woche verlustig.“ Unzulässig eines Rechtsstreits gegen Herrn Matthes, der durch Mängelmaßnahme seine Erledigung fand, beschuldigte sich die Kammer VIII des Berliner Gewerbegerichts auch mit den obigen Bestimmungen der Arbeitsordnung. Ueber die Stellung der Kammer dazu sagte nach Erledigung des Streiftalles der Generalsekretär Dr. Meier folgendes: Daß der den Vertrag lösende Teil der Parteien dem andern vorher Kenntnis davon zu geben habe, sei eine Klauselvorschrift, die am besten aus der Arbeitsordnung verschwände. Sie sei auch überflüssig, da auch bei Kündigungen unzuverlässig Kontraktbruch vorläge, wenn der Arbeiter abends stillschweigend fortginge und am nächsten Tage käme, um sich Bücher und Geld oder auch nur die Bücher zu fordern, oder wenn er dann gar nicht wiederkäme. Die Arbeitsordnung sei der Arbeitsvertrag. Auch bei Kündigungsauflösung ende das Arbeitsverhältnis erst mit dem Ablauf des Arbeitstages, an dem die Lösung erfolge. Die Lösung müsse aber ausgesprochen werden und die Absicht der Lösung klar sein. Somit sei, wer nach stillschweigender Entfernung der Absicht erst am nächsten Tage deutlich mache, indem er etwa nach seinen Büchern komme usw. usw., noch für diesen Tag gebunden, trotz des Kündigungsauflösung. Und arbeite er nicht an dem eigentlichen Lösungstage zu Ende, dann liege eben Kontraktbruch vor. — Nun liege aber auch die Bestimmung der Arbeitsordnung vor, wonach seines Lohnes für eine Woche der Arbeiter verlustig gehe, der das Arbeitsverhältnis rechtswidrig löse. Diese Bestimmung sei unzulässig, da bei Kündigungsauflösung als feste Woche gemäß § 124 b der Gewerbeordnung höchstens der tatsächliche Tagelohn für einen Tag in Frage kommen könne. Der Anspruch auf größeren Schaden müßte von dem, der ihn erhebt, aber genau nachgewiesen werden. Auf jeden Fall sei diese Wochebestimmung der Arbeitsordnung rechtlich unhaltbar.

### Gerichts-Zeitung.

**Eine Familientragödie unter Erbkassagen.** In Düsseldorf machte vor einem Jahre eine „Standalassaire“ von sich reden. Der Wollwebstuhl-Fabrikant v. S. w. hatte mit der Frau des Ingenieurs C. d. ein Liebesverhältnis unterhalten, das von beiden in einer Privatbelegungsstunde eidlich in Aktde geklebt wurde. Als es dann aus diesem Unklar zum Reineidsprozesse kam, vergiftete sich Frau C., während der Offizier zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Schwager der Selbstmörderin, ein Arzt Dr. G. u. b. d., hatte der Verheiratete eine Verschlingung ausgestellt, wonach die Frau an Herzschwäche verstorben wäre. In diesen Tagen stand Dr. G. u. b. d. vor Gericht unter der Anklage, ein falsches amtliches Attest ausgestellt und seiner Schwägerin die Mittel zum Selbstmord verschafft zu haben. Das Gericht fällt jedoch einen Freispruch. Aus der Verhandlung seien einige Einzelheiten hervorgehoben. Der ehemalige Wollwebstuhl-Fabrikant, der aus dem Zuchthause vorgeführt wurde, trat als Zeuge auf. Als der Vorsitzende darauf hinwies, daß der Mann nicht bereidigt werden könne, erklärte der Staatsanwalt, daß dem Freiherren bei seiner Verurteilung wegen Meineids die Eidfähigkeit nicht abgesprochen worden sei, und daraufhin wurde der Zeuge auch bereidigt. Dann trug der Staatsanwalt gegen den Arzt auf 1 Woche Gefängnis an, obwohl gegebenenfalls bei diesem Delikt die Mindeststrafe 1 Monat Gefängnis beträgt. Auf diesen Antrag vom Vorsitzenden aufmerksam gemacht, bedauerte der Staatsanwalt eine so hohe Strafe beantragen zu müssen.

Wir sind die letzten, die sich nicht vor der erschütternden Tragödie dieser Tragödie beugen und wir finden daher auch des Bedauerns des Staatsanwalts vollumfänglich begreiflich. Nächst die Kollegen dieses Herrn im allgemeinen solche Konstellation auch dann menschlich zu würdigen wissen, wenn einmal Prozesse mit politischem Anstrich in Betracht kommen. Haben wir's u. a. doch schon erlebt, daß Staatsanwälte die beschworenen Aussagen ehrenwerter Zeugen aus keinem andern Grunde in Zweifel zogen, als weil diese Zeugen Socialdemokraten waren.

**Wegen Verleitung des Vorstandes der Kerkelkammer der Provinz Brandenburg** stand gestern der praktische Arzt Dr. Ferdinand Goldstein vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Dr. Goldstein vertrat im September 1902 den erkrankten praktischen Arzt Dr. Kempe zu Oberberg i. M. Er fand sich in einem Hause, in welchem er zu einer erkrankten Frau gerufen worden war, durch ein nach seiner Meinung unvollständig behandeltes Verhalten des praktischen Arztes Dr. Podewitz verlegt, und als Dr. Kempe vom Bezirkskommissioner erfuhr, wandte er sich an das Obergericht der Kerkelkammer, welches zunächst nach geschickter Vorchrift ein Vermittelungsverfahren anordnete und den Sanitätsrat Dr. Köhler zu Charlottenburg damit betraute. Dieses Vermittelungsverfahren war erfolglos, daran knüpfte sich dann das Ermittelungsverfahren, welches gleichfalls resultatlos blieb und mit Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Podewitz endete. Der Angeklagte veröffentlichte darauf eine Broschüre unter dem Titel: „Ein Beitrag zur ärztlichen Ehrengerichtbarkeit in Berlin“, in welchem er den Sachverhalt unternahm, daß das erste Erkenntnis sich aus einer Reihe schwerer Rechtsirrtümer zusammensetze, und in dem zweiten Erkenntnisse geradezu ungläubige Verlegungen von Recht und Gesetz vorlägen. Die Broschüre kam zu dem Schlusse, daß eine Revision des Gesetzes betreffend die ärztlichen Ehrengerichte im Sinne einer Beschränkung der richterlichen Befugnisse der Kerkelkammer notwendig sei. — Durch den Inhalt der Broschüre fühlten sich die Mitglieder der Kerkelkammer beleidigt. Ein früherer Termin in dieser Angelegenheit schloß damit, daß versucht werden sollte, durch Vermittelung des Verteidigers des Angeklagten, Rechtsanwalt M. v. d. R. u. b. d., versucht werden sollte, eine Zurücknahme des Strafantrages herbeizuführen. Dies ist nicht gelang. Im gestrigen Termin trat Sanitätsrat Dr. Köhler als Nebenkläger auf; Sanitätsrat Dr. Wieselthaler und Dr. Kempe waren als Zeugen geladen. Der Angeklagte bestritt jede beleidigende Absicht und versicherte, daß er mit der Broschüre nur bezweckt habe, auf die Abstellung eines offensibaren Mißstandes hinzuwirken. — Der Staatsanwalt beantragte 500 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts M. v. d. R. u. b. d. dahin an, daß dem Angeklagten an sich der Sachverhalt § 103 zur Seite stehe, er hielt aber die Schuldforderungen für überschritten und verurteilte den Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe.

**Bürjorge.** Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Anklage wegen Vergehens gegen das Fürsorgegesetz zu Grunde, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Zu dem Angeklagten hatten sich der Kaufmann Karl Geier und die Schneider W. u. b. d. e. e. e. Geier hatte vor etwa einem Jahre die 17-jährige Kartha R. kennen gelernt und hatte ein Liebesverhältnis mit ihr angeknüpft. Das Mädchen beging eine Straftat und führte außerdem einen Lebenswandel, daß die Verheiratete es einer Erziehungsanstalt übergab. Die R. war dem Angeklagten Geier mit so leidenschaftlicher Liebe getrieben, daß sie es in der Anstalt nicht aushalten konnte, sie flüchtete und stellte sich bei dem Geliebten ein. Dieser weigerte sich anfangs, sie aufzunehmen; als die R. aber erklärte, daß ihr dann weiter nichts übrig bleibe, als sich einem sinnlosen Lebenswandel zu ergeben, da sie sonst keine Zukunft habe, ließ G. sich bewegen, sie mit Zustimmung seiner Wirtin, der

mitangeklagten W. u. b. d. e. e. bei sich zu behalten. Dies wiederholte sich später noch einmal nachdem der Aufenthalt der R. ermittelte und sie der Anstalt wieder überwiesen worden war. Der Staatsanwalt wies auf die häufigen Vergehens gegen das Fürsorgegesetz hin, wodurch den Behörden so außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden. Er beantragte gegen Geier zwei Monate Gefängnis, gegen die beiden Mitangeklagten je 50 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Justizrat Broner, führte aus, daß der Angeklagte sich in einer Art Zwangslage befunden habe. Er mußte befürchten, daß das Mädchen, welches er später zu heiraten die Absicht hatte, die Erziehung wahr machen und sich dem Kasten in die Arme werfen würde, wenn er es von sich stoße. Außerdem sei das Fürsorgegesetz noch so neu, daß es in die breiten Schichten des Volkes noch nicht hineingebracht sei, man habe dafür noch kein richtiges Verständnis. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und verurteilte Geier zu 150 M., die beiden Mitangeklagten zu je 20 M. Geldstrafe.

**Der Ulmer Bilse-Prozess.** Vor dem Ulmer Schöffengericht fand heute der Verleumdungsprozess statt, den der Oberst a. D. D. Hüger, jetziger Badekommissar von Bad Königshorn bei Ulma i. W. gegen den früheren Lokalredakteur der „Ulmer Zeitung“, Richard Schönfelder, angestrengt hatte. Die Vertretung des Klägers führt Rechtsanwalt Dr. Hartmann-Ulm. Der Klage liegt ein Artikel der „Ulmer Zeitung“ zu Grunde, die den Oberst a. D. Hüger, der bei Gelegenheit des Bilse-Prozesses mit seinen Verdächtigungen über ihm widerfahrte angebliche Rechtsbeugungen der militärischen Gerichte und Ehrengerichte wiederum an die Öffentlichkeit getreten war, einen „Ulmer Bilse“ und „eine Querulantenseele“ nannte. Seine Verdächtigungen hatte Oberst a. D. Hüger in einer im Jahre 1902 erschienenen sensationellen Broschüre niedergelegt, betitelt: „Meine Erlebnisse in der Militärrichter- und Offiziers- Ehrengerichts-Flüge“. Darin schildert Hüger anscheinlich den mehrjährigen Kampf, den er als Kommandeur des erwähnten Regiments teils mit seinen Untergebenen, teils gegen seine Vorgesetzten und gegen militärische Gerichtsbarkeit hat führen müssen. In der heutigen Verhandlung, der weder Oberst Hüger, noch der beklagte Redakteur Schönfelder beimohnten, erklärte der Rechtsbeugungsbesitzer des Beklagten, daß dieser den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen, daß Oberst Hüger eine „Querulantenseele“ und ein zweiter Bilse sei, antreten wolle.

Das Gericht beschloß nach längerer Erörterung, zunächst zu seiner Orientierung die erwähnte Broschüre des Obersten Hüger zu studieren und zu diesem Zweck wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Verfammlungen.

**Holzarbeiter-Verband.** Am Mittwoch hielt die Zählstelle Berlin eine Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Kassenbericht für das 1. Quartal erstattet, aus dem folgendes ersatzenswert ist: Die Hauptkasse verzeichnet eine Einnahme von 63 748,10 M., eine Ausgabe von 62 184,84 M. und einen Bestand von 1 563,26 M. — Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 325 892,39 M. (einschließlich des Bestandes von 200 073,93 M.). Die Ausgabe betrug 31 880,70 M., es bleibt ein Bestand von 274 011,69 M. — An Unterstützungen der verschiedensten Art wurden im ganzen 30 756,60 Mark ausgegeben, davon entfallen 29 537,35 Mark auf die Lokalkasse, welche sich auf die einzelnen Unterstützungsabteilungen folgendermaßen verteilen: Für Streik 8381 M., an Arbeitslose 18 590,05 M., an Gemahregelte 257,95 M., für Werkstattsperrten und Vorkontrollen 2078,35 M. — An andre streikende Gewerkschaften sind 9250 M. gezahlt worden. — Glücke, der den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete, konstatierte einen erfreulichen Fortschritt der Organisation. Gegenüber dem 4. Quartal vorigen Jahres sind im 1. Quartal dieses Jahres 9000 Beiträge mehr gezahlt worden. Die Mitgliederzahl ist um etwa 1000 gestiegen, so daß die Zählstelle Berlin gegenwärtig rund 10 000 Mitglieder hat. Auch der Kassenbestand ist trotz vermehrter Ausgaben von 200 000 M. im 4. Quartal vorigen Jahres auf 274 000 M. im 1. Quartal dieses Jahres gestiegen. Weiter ist hervorzuheben, daß auch die Zahl der erfolgreich verlaufenen Werkstattstreiks zugenommen hat. Aus dem Bericht des Arbeitsvermittlers ist zu entnehmen, daß von 1770 Arbeitgebern 2340 Adressen eingingen, von denen 1805 Stellen besetzt wurden. — Aus der Bibliothek wurden 4017 Bände entliehen. — Zu erwähnen ist noch eine Mitteilung Glöckers, wonach die Verhandlungen mit dem Verband der Maschinenarbeiter wegen seines Zusammenschlusses mit dem Holzarbeiter-Verbande vorläufig gescheitert sind. — Da eine Neuordnung der Streit-Unterstützungslage notwendig erscheint, so beauftragte die Versammlung den Vorstand, der Vertrauensmänner-Versammlung hierüber eine Vorlage zu unterbreiten.

**Deutscher Buchbinder-Verband.** Die Zählstelle Berlin hielt am 25. April im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung „Geschäftsbericht“ wurde vertagt, um Zeit zur Beratung der Anträge zum Verbandstag zu gewinnen. Jedoch teilte der Bevollmächtigte V. d. R. u. b. d. mit, daß die Mitgliederzahl der Zählstelle auf 5073 angewachsen ist. Den Kassenbericht vom verlaufenen Quartal verlas der Kassierer Bytomski. Die Abrechnung mit der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 18 631,74 M. Unter den Ausgaben sind 8388,05 M. für Arbeitslosen und 780,50 Mark für Streikunterstützung. Die Lokalkasse hatte, einschließlich des alten Bestandes von 5995,85 M. 9573,98 M. Einnahmen, die Ausgaben betragen 2899,84 M.; es verbleiben also 6673,34 M. Kassenbestand. Der Extrafonds ist bei einer Einnahme von 1498,40 M. und Ausgaben von 180,30 M. darunter 100 M. für die ausgesperrten Töpfer auf 16 026,84 Mark angewachsen. — Die General-Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. In die Ortsverwaltung wurden Friederici und Herzog als Beisitzer gewählt. Als Gewerkschaft wurden Vergmann, Schade und Lemmer gewählt. Dann erfolgte die Beratung von Anträgen zu dem Anfang Juli in Dresden stattfindenden Verbandstag. Einstimmig wurde von der Generalversammlung ein Antrag gutgeheißen, den eine allgemeine Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung, sowohl hinsichtlich der täglichen Unterstützungsätze als auch der Maximalsummen der Unterstützung bezweckt. Ebenso wurde ein Antrag, wonach die Maßregelungs-Unterstützung mindestens zwei Drittel des Minimallohnes betragen soll, einstimmig gutgeheißen. Ferner stimmte die Versammlung einem Antrag zu, wonach in Zukunft erst auf 300, statt auf 200 Mitglieder ein Delegierter zum Verbandstag gewählt werden soll. Ein Antrag, wonach auf je 300 w e i b l i c h e Mitglieder ein w e i b l i c h e r Delegierter gewählt werden sollte, wurde deswegen abgelehnt, weil in dieser Hinsicht keinerlei Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern gemacht wird, den weiblichen Mitgliedern also bei den Delegiertenwahlen, wie bei allen andern Wahlen innerhalb des Verbandes das gleiche Recht zusteht wie den männlichen. Außerdem wurde noch über verschiedene Anträge zum Statut beraten, die sich wesentlich auf innere Verhältnisse der Organisation beziehen. — Ein Antrag, den Ely des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen, ist bereits in der vorigen Mitgliederversammlung beraten und gutgeheißen worden.

**Die Präsiante Berlin des Verbandes der Müßepollere** hielt am Mittwoch, 30. April, ihre Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Der Kassenbericht ergab inklusive Bestand eine Einnahme von 33 155,85 M., eine Ausgabe von 7770,95 M.; mithin bleibt ein Bestand von 25 375,90 M. Im Arbeitsnachweis waren in den Monaten Januar, Februar und März 1152 Arbeitslose eingeschrieben. Adressen wurden 1005 abgegeben, erledigt wurden 813, nicht erledigt 192. — Differenzen fanden in 12 Werksstellen statt und wurden bis auf zwei zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Hinzu kommen nach die Werksstellen von Heim u. Berlin und Schuster u. Berlin, wo die Differenzen erst in letzter Zeit zum Ausbruch kamen. Der Streik bei Frankel ist noch nicht beigelegt. Die Kontrollanten waren

wieder mangelhaft ausgefüllt. Zum Teil hatte man sich gar nicht an der Aufstellung der Statistik beteiligt, was vom Vorstehen beklagt wurde. Der neue Vorsitzende Wilhelm Nitschke wohnt Berlin, Nopernstraße 5. An Anträgen wurden angenommen: 1. Die Wahl der Delegierten zum Delegiertenkongress behalten die Berliner Bezirke ebenfalls bei, und zwar wählt jeder Bezirk nach Anzahl seiner Mitglieder Delegierte. 2. Die Unterstützungen werden von jetzt ab freitags von 8-9 Uhr ausgezahlt; die nähere Ausführung bleibt dem Vorstand überlassen. Als Ausschuhmitglied wurde an Stelle Nitschkes Ely als Vertreter in der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes Max Meißer gewählt. Uebam gab G. Reuter einen eingehenden Bericht vom Heimarbeiterschuß-Kongress und forderte die anwesenden Kollegen auf, sofern sie in unserm Beruf Mängel in der Heimindustrie antröfen, ihm dies unverzüglich mitzuteilen.

**Kummelsburg.** Der hiesige Wahlverein hielt seine Generalversammlung am 25. April ab. Laut Bericht des Vorstandes war im letzten Quartal eine Einnahme von 648,98 M. und eine Ausgabe von 416,94 M. zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 232,04 M. vorhanden ist. Mitglieder wurden aufgenommen 29, ausgeschieden sind 17, davon 3 durch den Tod, 3 sind ausgeschieden wegen Verlustes gegen die Parteiprinzipien. Die Bibliothek wurde von 104 Mitgliedern benutzt. Nach Erledigung des Geschäftsberichtes hielt Genosse Dieffeng ein kurzes Vortrag über den Wert politischer Organisationen. Unter verschiedenen teils Präzise mit, daß die Kaiserfeier der vereinigten Gewerkschaften von Kummelsburg und Strauß im Schönerichschen Lokal vormittags 11 Uhr stattfindet, die der Partei ebenda nachmittags 2 Uhr. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Gewerkschaften bei dem Genossen John, Karlsruherstraße, eine Auskunftsstelle errichtet haben. In dieser Auskunftsstelle wird gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in allen Rechtsfragen unentgeltlich Rat erteilt.

### Verhandlungen mit der Bäcker-Zunng.

Zu Dienstagnachmittag hatte die „Bäcker-Zunng zu Berlin“ ihren Gesellen-Ausschuß zu Verhandlungen eingeladen. Der Gesellen-Ausschuß hatte beauftragt von der Versammlung am Dienstag, den 28. April, den Auftrag erhalten, unter bestimmten Voraussetzungen mit der Zunng Verhandlungen anzubahnen. Die Zunngen hatten in ihrer letzten Antwort gesagt, daß sie bereit seien, über „berichtigte Wünsche“ mit dem Gesellen-Ausschuß zu verhandeln. Der Gesellen-Ausschuß stellte nun zwei Fragen:

1. Welche von unsren Forderungen hält die Zunng für „berichtigt“?
  2. Welche Garantien bieten uns die Zunngen, daß die von ihnen als „berichtigt“ anerkannten Forderungen auch eingehalten werden?
- Die nun vorgenommene Abstimmung der Zunngs-Vorstandsmitglieder ergab, daß von den elf Forderungen nur eine einzige (die Schaffung von drei freien Nächten im Jahre) als „berichtigt“ anerkannt wurde. Auf die zweite Frage erklärten sie, daß sie für die Einhaltung und Durchführung auch dieser einzigen Forderung keinerlei Garantie übernehmen könnten. Wahrscheinlich ein herzlicher Trost für die Bäckergefallen. — Während dieser Verhandlungen tagte die stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des Verbandes. Diese beschäftigte sich in der Hauptsache mit der derzeitigen Situation und den Vorbereitungen für alle Eventualitäten. Wegen der vorgerückten Stunde wurde, da der Gesellen-Ausschuß noch immer verhandelte, die Sitzung abgebrochen und die aus den Verhandlungen zu ziehenden Konsequenzen dem Vorstande überlassen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Erzesse gegen die Juden.**  
**Lemberg, 3. Mai. (U. S.)** Das „Tagblatt“ meldet, daß am Sonnabend in der besarabischen Stadt Bender große Erzesse gegen Juden stattgefunden haben, in deren Verlauf drei Männer und zwei Frauen getötet und viele andre Personen schwer verletzt wurden. Militär mußte die Straße wieder herstellen.  
**Kreuz Angriff der Japaner auf Port Arthur.**  
**Petersburg, 3. Mai. (Melbung der Russischen Telegraphen-Agentur.)** Aus Port Arthur wird unter dem heutigen Tage gemeldet: Im 1 Uhr nachts wurden fünf japanische Torpedoboote bemerkt. Gegen sie wurde sofort von den Batterien und den Kriegsschiffen „Gisak“, „Gremjatschki“ und „Dwojaskni“ das Feuer eröffnet. Die Torpedoboote wurden gezwungen, auf die hohe See zurückzugehen. Dann bemerkte man am Horizont japanische Schiffe, die von Süden kamen. An der Spitze fuhr ein Sperschiff gegen den Hafeneingang. Es wurde um 1 Uhr 20 Minuten in den Grund gehohet. Um 1 Uhr 45 Minuten gingen noch zwei Sperschiffe vor. Auch diese wurden in den Grund gehohet. Um 2 Uhr 25 Minuten näherten sich nochmals drei Sperschiffe, von denen drei durch russische Minen in die Luft gesprengt wurden. Der „Kobold“ nahm an dem Kampfe teil. Um 3 Uhr 40 Minuten gingen wiederum drei Sperschiffe vor. Eins davon stieß auf eine Mine, das zweite sank am Ufer, das dritte ging durch die russischen Geschosse verloren. Zu Anfang des Kampfes hatte sich Admiral Nekejew mit dem Chef des Generalstabes, dem Flagkapitän und dem Personal des Generalstabes auf einer Schaluppe des Dampfers „Sebastopol“ an Bord des „Dwojaskni“ begeben.

**Tosio, 3. Mai. (B. L. U.)** General Auroski meldet: Der Feind leistete, als wie ihn am Nachmittage des 1. Mai verfolgten, heftigen Widerstand und erschöpte die Zahl unser Leute und Verwundeten um 300 Mann. Der Feind foht bis zuletzt tapfer; schließlich ergaben sich zwei Compagnien der russischen Artillerie, die bereits den größten Teil ihrer Leute und Pferde verloren hatten, und hielten die weiche Flagge. Gefangen genommene Offiziere behaupten, der Divisionsgeneral Kaschalin, der das 11. und 12. Infanterieregiment und ein Artillerie-Bataillon befehligte, sei gefallen. Ebenso seien viele andre hohe Offiziere getötet oder verwundet. Viele russische Flüchtlinge lehrten darauf um und ergaben sich; die Gesamtzahl der Gefangenen beträgt 80 Offiziere und 300 Unteroffiziere und Gemeine.

**Polizeiliche Störung der Kaiserfeier.**  
**Buenos Ayres, 3. Mai. (U. S.)** Bei der Kaiserfeier der Sozialisten kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Zwei Personen wurden getötet, 27 verletzt.

**Wien, 3. Mai. (U. S.)** Nach Privatmeldungen aus Warschau soll dort ein hoher Offizier unter der Anführung, die russischen Mobilisierungspläne an Japan verkauft zu haben, verhaftet worden sein.

**Paris, 3. Mai. (B. L. U.)** Der Direktor des Instituts Pasteur Duclaux ist heute gestorben.

**London, 3. Mai. (U. S.)** Nach den neuesten hier eingetroffenen Meldungen aus dem japanischen Hauptquartier sollen die Russen **D a l y g e r u t** und die dortige Eisenbahn zerstört haben.

**Rio de Janeiro, 3. Mai. (Melbung der „Agence Havas“.)** Es verankert, daß ein Mobilisierungsbefehl auf die brasilianischen Truppen ergangen ist und alle Streitkräfte des ersten Militärkorps an den Punkten der Grenze zusammengezogen wurden, die von den Peruanern besetzt worden sind.



Reichstag.

82. Sitzung, Dienstag, den 3. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Hr. v. Stengel. Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat für das Reichshayamt fortgesetzt.

Gemäß ihren Beschlüssen zur neuen Finanzreform hat die Budgetkommission den Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer aus den Ueberweisungen an die Bundesstaaten gestrichen und den Ertrag der Reichspost- und der Branntweinmaterial-Steuer den Ueberweisungen zugesetzt.

Diese budgetmäßigen Folgen der Kommissionsbeschlüsse über die neue Finanzreform werden debattellos genehmigt. Beim Kapitel der Kontrolle der Zölle und Verbrauchssteuern fragt

Abg. Dröschler (L.) den Schatzsekretär, ob das Institut der Stationkontrollen dazu ausreiche, eine gleichmäßige Handhabung des Zollabfertigungsverfahrens in allen Bundesstaaten zu gewährleisten. Der praktische „Zöllner“ läßt über diese Kontrolle. Viel sicherer wäre es, wenn durch Reichsgesetz oder durch Vereinbarung mit den Bundesstaaten gleichmäßige Bestimmungen über die Vorbildung, technische Ausbildung und Befolgung der Zollbeamten getroffen würden.

Reichsschatzsekretär Hr. v. Stengel: Die Regelung der Vorbildung und Ausbildung der Zollbeamten ist nach Artikel 38 der Reichsverfassung übrigens Landesache. Eine andere Frage ist, ob nicht nach Inkrafttreten des specialisierteren neuen Zolltarifs eine gründlichere Ausbildung der Zollbeamten notwendig werden wird. Darüber wird sich jedenfalls, falls sich das Bedürfnis herausstellt, eine Einigung unter den Bundesregierungen leicht erzielen lassen.

Abg. Osel (L.) hält gleichfalls eine gleichmäßige Ausbildung der Zollbeamten für das wichtigste.

Abg. Dr. Müller-Sogon (fr. Sp.): Es ist interessant, daß von den Herren der Rechten jetzt der Gedanke einer Zollakademie aufgenommen wird. Ich kann allerdings Herrn Dröschler nicht die geistige Waterschaft für diesen Gedanken zuerkennen. In der Zolltarif-Kommission hat angesichts der ungeheuren Specialisierung des neuen Tarifs Herr Gothein allerdings scherzhaftweise bereits den Gedanken der Gründung einer solchen Zollakademie angeregt. Der Gedanke wird vielleicht ernsthafter erwoogen werden müssen, nachdem wir in der letzten Zeit Dinge in Bezug auf die Specialisierung erlebt haben, die wir uns nie hätten träumen lassen. In dem Zolltarif ist auf meinen Antrag die Specialisierung von Papp in gemeine und bessere Papp gestrichen worden.

In dem neuen Warenverzeichnis erscheint aber diese Trennung wieder. Es werden also hier einfach Beschlüsse des Reichstages als nicht existierend betrachtet. Wenn ich von den Angehörigen der Papierbranche richtig informiert bin, wenn wir also auch die Rede des Herrn Dröschler wohl nur als einen ad hoc gehaltenen Schwanengesang halten können, so werden seine Ausführungen doch ernsthafter Bedeutung beanspruchen dürfen.

Abg. Gothein (fr. Sp.) bedauert, daß das amtliche Warenverzeichnis nicht den Beteiligten Kreisen zugehe, ihm sei es nur unter der Bedingung striktester Geheimhaltung übermittelt worden.

Damit schließt die Debatte. Der Etat des Reichshayamts wird bewilligt.

Der Etat der Reichsschuld wird debattellos bewilligt, ebenso eine Reihe kleinerer Etatsreste.

Von der Zuzufuhrleihe (59 500 000 M.) hat die Kommission 42 000 000 M. durch Erhöhung der Einnahmen aus Zöllen z. und 17 000 000 M. durch Erhöhung der Matricularbeiträge gestrichen.

Reichsschatzsekretär Hr. v. Stengel:

Der Beschluß der Kommission ist in hohem Grade bedenklich. Die Kommission wollte einmal eine PreSSION auf die Einzelstaaten ausüben, um eine beschleunigte Inkraftsetzung des Zolltarifs zu erzwingen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe bereits gestern erklärt, daß die Zolltarif-Behandlungen Sache des Herrn Reichskanzlers und nicht der Initiative der Bundesstaaten sei, zweitens hält es die Kommission für grundsätzlich unzulässig, fortgesetzte Zuzufuhrleihen zu bewilligen. Ich stehe durchaus auf demselben Standpunkt, aber die Situation, in der wir uns jetzt befinden, ist eine ganz exceptionnelle. Angesichts des in kurzen zu erwartenden Inkrafttretens des neuen Zolltarifs ist an eine Eröffnung neuer Steuerquellen nicht zu denken; die Bundesstaaten sind an der Grenze dessen angelangt, was sie leisten können. Unter einer weiteren Belastung würden die ihnen überlassenen Kulturaufgaben schwer leiden, an deren gewissenhafter Erfüllung die Reichsgemeinschaft selbst das allerdringendste Interesse hat. Auch würden sie nichts für die mittleren und unteren Beamten thun können, deren Lage noch vielfach weitungünstiger ist als die der Reichsbeamten. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich nicht etwa nur um 17 1/2 Millionen, sondern dazu kommen die ohnehin zu bedenkenden 24 Millionen, also insgesamt 41 1/2 Millionen Matricularbeiträge. Außerdem sind die Einnahmen aus den Zöllen von der Kommission so erhöht worden, daß gar keine Aussicht mehr auf irgend welche Mehreinnahmen bleibt. In wesentlichen handelt es sich bei den 17 1/2 Millionen um die Veteranenbeiträge, die der Reichstag in patriotischer Begeisterung auf den allgemeinen Reichsfond übernommen hat, weil der Invalidenfonds diese Belastung nicht mehr zu tragen vermochte. Ich hoffe, daß jener patriotische Beschluß jetzt nicht in einen jähen Mißklang ausklingt. Der Beschluß der Kommission ist außerdem auch von hoher politischer Bedeutung. Und da komme ich auf den Standpunkt, den die Socialdemokratie in der Frage der Belastung der Einzelstaaten mit Matricularbeiträgen stets eingenommen hat. Ich erinnere an die programmatische Rede des Herrn Abg. Bebel in der Reichstags-Sitzung vom 11. Dezember 1900, wo er aus einem verwandten Anlaß folgendes erklärte: „Ich würde es wegen der Vereinfachung der Geschäfte nur als einen großen Fortschritt betrachten, wenn der Bundesrat nicht existierte, das heißt, wenn statt vieler kleiner Staaten ein einziges Reich, eine große Centralorganisation bestände.“ Das also ist das Ziel, wohin die Fahrt geht, Verstärkung der föderativen Grundlagen, aus denen das Reich und seine Verfassung beruht. Ich muß anerkennen, daß die Socialdemokratie nur zielbewußt vorgeht, wenn sie keine Gelegenheit vorbeiläßt, die sich ihr darbietet, die Belastung der Einzelstaaten mit Matricularbeiträgen zu steigern. Aber an die Mehrheit des hohen Hauses möchte ich jetzt noch die dringende Bitte richten, nochmals zu erwägen, ob sie nicht dem Kommissionsbeschluß die Zustimmung versagt. Wenigstens bitte ich Sie, durch Ihren heutigen Beschluß nicht etwa einer anderweitigen Regelung und einer Verständigung bis zur dritten Lesung Hindernisse in den Weg zu legen.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Ritter v. Burkhart: Der Beschluß der Kommission ist nahezu unheilvoll für die Bundesstaaten. Das Budget der Einzelstaaten ist darauf basirt, daß sie 24 Millionen Matricularbeiträge aufzubringen haben. Das bayerische Budget ist auf zwei Jahre fertig. Nun sollen plötzlich 17 Millionen mehr aufgebracht werden. Wie sollen diese gedeckt werden? Ein solches Vorgehen kann die Reichsverdrüsslichkeit vermehren. (Unruhe.) Der Betrag könnte ja allerdings durch größere Sparsamkeit aufgebracht werden. Die Gehälter der Beamten könnten gekürzt werden oder wir müßten die Ausgaben für die Landwirtschaft einschränken. (Weiterkeit.) Ich habe ja keine Hoffnung, daß heute schon eine befriedigende Lösung der Frage gefunden wird, glaube aber doch nicht, daß dieser Beschluß der Kommission auch in der dritten Lesung vom Reichstage angenommen werden kann.

Württembergischer Bevollmächtigter Ministerialdirektor v. Schneider: Die Einzelstaaten erkennen wohl ihre Zuzufuhrpflicht für Reichbeiträge des Reiches unbedingt an, aber man darf Finanzgrundzüge nicht schematisch anwenden, die gebotene Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten darf nicht außer acht gelassen werden. Die Mehrbelastung von 17 Millionen übersteigt das erträgliche Maß. Die Budgets der Einzelstaaten müssen in Verwirrung geraten. Redner verweist auf die Finanzlage Württembergs, die eine neue Belastung von 600 000 M. nicht ertragen könne. Der Sinn der Finanzreform ist doch, daß das Risiko der Einzelstaaten gemindert wird. Hier geschieht das gerade Gegenteil. Die Einzelstaaten haben jetzt schon bei den Stempelabgaben ein hohes Risiko, dem keine Möglichkeit eines Gewinnes gegenübersteht. Die Vermehrung der Matricularbeiträge verhindert in den Einzelstaaten die Befriedigung dringender kultureller Bedürfnisse.

Badischer Bevollmächtigter Ministerialdirektor Scherer schließt sich diesen Ausführungen an. Großherzoglich Sachsischer Bevollmächtigter Dr. v. Paulsen hofft ebenfalls, daß sich bis zur dritten Lesung eine andre Regelung in Bezug auf die Bestimmung der Matricularbeiträge finden wird.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Nachdem ich gestern für die Bundesstaaten gesprochen habe, fällt es mir schwer, nach den beweglichen Klagen der Herren Vertreter der Einzelstaaten doch für den Kommissionsbeschluß eintreten zu müssen. Es bleibt uns aber nichts übrig, als vorläufig diesen Beschluß anzunehmen. (Zuruf: Vorläufig?) Bewiß, ich hoffe allerdings, daß sich vielleicht noch ein beiderseitiger Weg finden wird, um von diesem Schritt, der für die Einzelstaaten hart ist, in irgend einer Form loszukommen und einen andern weniger harten und unsern Zwecken doch ebenso entsprechenden Weg zu finden.

Ich wundere mich nur, daß der am meisten beteiligte Staat, Preußen, sich bisher gar nicht geäußert hat. (Weiterkeit.) — Vor allem möchte ich mich dagegen wenden, daß der Grundsatz: „Keine Regel ohne Ausnahme“ auch da vorgebracht wird, wo es sich um Verfassungsbestimmungen handelt. Die Zuzufuhrleihe widerspricht dem Sinne und dem klaren Wortlaut der Verfassung. Ich bedauere, daß wir sie einmal in der Not bewilligt haben, aber wir dürfen daraus keine dauernde Einrichtung machen. Ich hatte gestern gesagt, daß sich siebzehn Millionen aus den Zöllen als Mehreinnahme ergeben würden. Heute hat aber der Reichsschatzsekretär erklärt, die Kommission habe diese Mehreinnahmen bereits so hoch angelegt, daß darüber hinaus nichts zu erwarten sei. So weiß ich augenblicklich kein andres Mittel, wenn ich auch gehen muß, daß die Einzelstaaten schwer belastet sind und daß die Reichstreue dadurch nicht gewahrt werden kann. Jedenfalls kann aber nur durch eine Verringerung der Zuzufuhrleihe Klarheit in unsere Finanzen gebracht werden.

Abg. Graf Schwerin-Löwis (L.): Es ist ja bedauerlich, daß der Kommissionsbeschluß notwendig geworden ist, aber die verbündeten Regierungen tragen selbst die Schuld an der Finanzlage, da sie nicht rechtzeitig für die nötige Deckung durch das Inkrafttreten des Zolltarifs gesorgt haben. Der Herr Reichsschatzsekretär hat zwar ausgeführt, daß die Handelsvertrags-Behandlungen Sache des Reichskanzlers seien, aber dieser wird sich doch jedenfalls in seinen Entschlüssen nach der Stellungnahme der Einzelregierungen richten. Ich weiß, daß gerade von einigen Bundesstaaten, deren Vertreter hier eben gesprochen haben, beim Herrn Reichskanzler Bedenken dagegen ausgesprochen sind, daß eine Kündigung der Handelsverträge erfolge, ehe neue Verträge zum Abschluß gebracht werden. (Hört! hört! rechts.) Es scheint, daß hinter den Coullissen eine Obstruktion gegen das Inkrafttreten des Zolltarifs getrieben wird, die zwar weniger geräuschvoll als die socialdemokratische, aber erfolgreicher ist. (Sehr richtig! rechts.)

Reichsschatzsekretär Hr. v. Stengel: Ich kann erklären, daß die möglichste Beschleunigung des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs dringend im Interesse der Reichsfinanzen liegt, und ich kann die Hoffnung aussprechen, daß wir den Etat des nächsten Jahres ja wohl werden abschließen können unter den Auspizien der Einführung des neuen Zolltarifs.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Meine Freunde werden für den Kommissionsbeschluß stimmen, weil die Zuzufuhrleihe gegen die Reichsverfassung verstößt. Eine Besserung der Verhältnisse ist nur zu erzielen durch einheitliche Reichs-Einkommensteuern, zu denen dann die Bundesstaaten Zuschläge erheben können, wobei die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesstaaten berücksichtigt werden würde. Die Herren Agrarier wollen jetzt einen Druck ausüben auf die Regierung, ihre Haltung ist diktiert aus ihrer politischen Ver Stimmung heraus. Wir haben ganz andere Ur sachen zu politischer Ver Stimmung, lassen uns aber dadurch in unserer Haltung nicht beeinflussen. (Zuruf rechts: Kanal!) Sie glauben doch nicht, daß uns die Kanalvorlage, die doch lediglich eine Verbeugung vor den Agrariern ist (Lachen rechts), geneigt machen könnte, der Regierung dankbar zu sein. Ich kann diesen traurigen Torso nur als einen Schlag ins Gesicht der liberalen Parteien ansehen und verziehe es nicht, wie eine solche Vorlage überhaupt eingebracht werden konnte. (Sehr richtig! links.) Herr Graf Schwerin-Löwis mag seiner Phantasie Jügel anlegen; wir denken gar nicht daran, hinter den Coullissen gegen die Handelsverträge zu arbeiten, wir wollen allerdings nicht, daß ganz unbrauchbare zu stande kommen. (Aha! rechts. — Große Unruhe.) Wir hätten auch gar nicht die Macht, ihren Abschluß zu verhindern, ich kann nur mit dem alten Wangel sagen: Majestät überschätzen mit.“ (Große Weiterkeit.) Sie haben allerdings Ur sache, das Märchen von der Obstruktion aufzuwärmen, denn dadurch, daß Sie alle möglichen Sachen, die mit dem Etat gar nichts zu thun haben, jetzt herangezogen (Große Unruhe rechts), ver schieben Sie sein Zustandekommen ins Unabsehbare. Sie wollen die Notlage der verbündeten Regierungen ausnutzen (Anbauernde große Unruhe und lebhaftes Zwischenrufen rechts), aber der Reichskanzler wird vielleicht endlich erkennen, welchen Dank er bei Ihnen erntet dafür, daß er den Antrag Kardorff sanktioniert hat, der auf Geschäfts-unordnungs-mäßigem Wege zu stande gekommen ist. (Lebhafter Beifall links. — Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen nicht sagen, daß ein Beschluß des Hauses auf geschäfts-unordnungsmäßigem Wege zu stande gekommen ist. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Es ist aber sehr wahr!)

Präsident Graf Ballestrem: Die Herren, die das rufen, machen sich mitschuldig. (Lebhaftes Sehr wahr! rechts. — Weiterkeit.)

Abg. Retzius (L.): Ich bin sonst mit meinem Kollegen v. Kardorff ganz einverstanden; aber ein so armes Land, wie meine Heimat Mecklenburg, kann höhere Matricularbeiträge nicht tragen, deshalb werde ich im Gegensatz zu meinen Freunden gegen die Kommissionsanträge stimmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Zwei Drittel aller Reden, die hier gehalten werden, entfallen doch auf die Linke. Ein so unterrichteter Mann, wie Herr Gothein (Lachen rechts), könnte doch wirklich wissen, daß die Not gerade in häuerlichen Ver sungen seit der Aera Caprivi ungeheuer gestiegen ist. Wenn wir die Kündigung der Weistbegünstigungsverträge verlangen, so thun wir es im Interesse des Deutschen Reiches, das abhängt von dem Weihen und Bedeihen der deutschen Landwirtschaft. Herr Gothein leugnet die Arbeit hinter den Coullissen; aber nicht der Handelsvertragsverein, sondern große Schiffreederei, die seine Tendenz verfolgen, haben großen Einfluß auf gewisse maßgebende Stellen, und dem ist es zu verdanken, daß die Handelsverträge noch nicht gekündigt sind. Herr Gothein vertut wieder den konsequenten Standpunkt. Da lesen Sie nur, was Ihr Freund Jaurès (Wider spruch des Abg. Gothein) ... Er steht Ihnen ja als Socialdemokrat

sehr nahe. (Große Weiterkeit rechts.) Jaurès sagt, daß jeder Scheffel Weizen aus dem Auslande bedeute, daß den einheimischen Arbeitern der Lohn dafür entgangen ist. Die Freihandelstheorie ist ja gänzlich veraltet. (Lachen links.) Wir haben ja kein andres Mittel, auf die Regierungen einzuwirken, daß sie Tausende vom wirtschaftlichen Verderben erretten, als daß wir die Matricularbeiträge erhöhen; und wenn die Regierung uns nicht positive Mitteilungen machen kann, wie weit sie mit den Handelsverträgen ist, werden wir auch in der dritten Lesung bei diesem Standpunkt bleiben. (Unruhe links.) Wir wollen einen Druck auf die Einzelstaaten ausüben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Gamp (Rp.): Der geringe sachliche Inhalt der Gotheinschen Rede ist ja offensichtlich. Ich weiß gar nicht, ob ich ihn noch Ernst nehmen soll. Er leugnet, daß er Obstruktion getrieben hat. Aber im Wahlkampf wurde das als sein hauptsächlichstes Verdienst gerühmt, daß, wenn man seine Reden zusammenrechnet, er mehrere Tage allein gesprochen hat. (Große Weiterkeit rechts.) Und daß er 200 Anträge gestellt hat. (Erneute Weiterkeit.) Er hat sich auch an allen von den Socialdemokraten beantragten namenslichen Abstimmungen beteiligt. (Wider spruch des Abg. Gothein.) Ah, so, Sie meinen, daß Sie hiebers nicht da wären. (Große Weiterkeit rechts.) Sie bleiben doch einer der energichsten Mitläufer der Socialdemokratie und wenn Sie auch das Weib haben, daß die Socialdemokratie Sie nicht anerkennt, so besteht doch im Grunde zwischen Herrn Partz und den Socialdemokraten nur der Unterschied, daß die Socialdemokraten den Partz haben, auszusprechen, was sie wollen, aber Herr Partz und Sie nicht! (Große Unruhe links.) Herr Gothein nennt keine Namen mehr; daran thut er sehr klug, denn als er einmal ein Dugend Parteigenossen namhaft machte, die 4—1/2 Proz. aus ihren Häusern herauswickelten, wollte es keiner wahr haben. (Große Weiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Ich soll also Socialdemokrat sein?! Mir ist vieles schon passiert, aber so etwas noch nie. (Weiterkeit.) Ich bin principieller Monarchist, halte die kapitalistische Wirtschaftsordnung für unbedingt notwendig; ich bekämpfe die Socialdemokratie principiell. (Lautes Lachen rechts.) Unsere Anschauungen sind principiell verschieden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Gamp hat uns Mangel an Mut vorgeworfen. Wir haben zur Genüge bewiesen, daß wir den Mut der Ueberzeugung haben, möchte es den Herren nun angenehm sein oder nicht. Mit meinen Parteigenossen, die Gutsbesitzer sind, liegt die Sache doch etwas anders, wie Herr Gamp hier erzählt hat. Er hatte einen Brief an diese Herren geschrieben, als Reichstags-Abgeordneter, Landtags-Abgeordneter und Geheimere Oberregierungsrat unterzeichnet. Diese Herren sind ganz stark gewesen über die Behauptungen. Sie haben sich gar nicht denken können, daß ein Reichstags-Abgeordneter, Landtags-Abgeordneter und Geheimere Oberregierungsrat (Weiterkeit) mir etwas untergeschoben konnte, was ich nie gesagt habe. Als ich den Herren das Stenogramm meiner Rede diktierte, waren sie ganz hoff, wie Herr Gamp so etwas hätte behaupten können, daß Herr Gothein so etwas behauptet hätte. (Weiterkeit.) Herr Gamp hat in dieser Sache wieder einmal Risiko gemacht. Ich soll Namen nennen, wenn aber Herr v. Kardorff dunkle Andeutungen macht über Personen, die ihren Einfluß an höchster Stelle gegen das Inkrafttreten des Zolltarifs geltend machen sollen, so ist das durchaus fair. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Ich finde es sehr erklärlich, daß Herr Gamp die Grenzlinie zwischen der Socialdemokratie und der freimüthigen Vereinigung etwas verwischt hat, in den Abstimmungen hier im Hause finden sich die beiden Parteien fast stets zusammen. Auch in seinen heutigen Bemerkungen über die Reichs-Einkommensteuer hat sich Herr Gothein wieder als Schrittmacher der Socialdemokratie erwiesen. Interessant war es mir, daß Herr Gothein die ihm in den Mund gelegte Aeußerung, es gäbe Landwirte, die vier bis fünf Prozent herauswickelten, für ganz ungläublich erklärte. Damit hat er doch die Notlage der Landwirtschaft zugegeben. (Sehr gut! rechts.) Herr Gothein hat die Kanalvorlage einen traurigen Torso genannt. Seine Freunde im Landtage aber werden zweifellos für diesen traurigen Torso stimmen. — Dem Herrn Reichsschatzsekretär möchte ich unterwidern, wir wünschen, daß der neue Etat bereits aufgestellt werden möchte unter den Auspizien des neuen Zolltarifs.

Abg. Gamp (Rp.): Ich will auf meine Kontroverse mit Herrn Gothein bei der Weichsillage heute nicht eingehen (Lachen links), bin aber bereit, das gesamte Material einem dritten Herrn, zu dem auch Herr Gothein volles Vertrauen hat, zur Prüfung zu übergeben. Ich schlage für diesen Zweck Herrn Bebel vor. (Weiterkeit.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Die Sache mit dem Stenogramm meiner Rede lag doch anders als Herr Gamp es darstellte. Ich hatte damals viel citirt, aber aus dem Kopf, und die Stenographen, die übermäßig angestrengt waren, hatten in der Annahme, ich hätte vorgelassen, viele Läden gelassen. Was unsre Stellung zur Socialdemokratie betrifft, so erinnere ich nur an unsre Haltung in Kolonial-, Militär- und Marinefragen. (Abgeordneter Bebel: Sehr richtig!) Mit dem letzten Vorschlag des Herrn Gamp bin ich einverstanden, es ist mir nur interessant, daß Herr Gamp, der mir nahe Beziehungen zur Socialdemokratie zum Vorwurf macht, gerade ein Mitglied dieser Partei für besonders geeignet als Schiedsrichter hält. (Weiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Kommissionsbeschluß in Bezug auf die Zuzufuhrleihe wird angenommen.

Es folgt der Etat des Bankwesens.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) tritt für höhere Befolgung der Reichsbankbeamten ein, damit nicht alle intelligenten Kräfte in die Privatbanken übergingen. Redner wiederholt seine bekannten Wünsche auf Erhöhung des Kapitals der Reichsbank.

Damit schließt die Debatte.

Der Berichterstatter Abg. v. Staudy (L.) bemerkt, daß Herr Dr. Arendt seine Wünsche bereits in der Kommission ausführlich entwickelt habe und daß sie dort vom Reichsbankpräsidenten eingehend bekämpft worden seien. Zu einer Abstimmung sei es nicht gekommen.

Der Etat für das Bankwesen wird bewilligt, ebenso der Rest der kleineren Etats und das Etatsgesetz.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet. (Bravo!)

Es folgen die Petitionen.

Abg. Bebel (Soc.) teilt als Berichterstatter mit, daß im ganzen 18 Petitionen eingelaufen seien, die sämtlich von Beamten der Reichs-Eisenbahnen herrühren. In der Budgetkommission hat der Regierungsbereiter erklärt, daß das Herausgreifen einer einzelnen Kategorie von Reichsbeamten, um ihre Einkommensverhältnisse zu verbessern, nicht angängig erscheine. Die Kommission hat beschlossen, die Petitionen, soweit sie sich auf die Verhältnisse der Lokomotivführer beziehen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, im übrigen aber als Material bei der zu erwartenden Revision der Gehaltsbezüge aller Reichsbeamten zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Dr. Paasche (natl.) berichtet als Referent über die telegraphische Petition der südafrikanischen Farmer. Die Kommission beantragt die Petition durch den Reichstagsbeschluß über die Entschädigungsvorlage der Regierung für erledigt zu erklären. Das Haus beschließt demgemäß. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Totalfabrikvorlage: Er schädigung für unschuldig erlittene Unter suchungschaft; Petition Schluß 6 1/2 Uhr.



# Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom Dienstag, den 3. Mai 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Sudde, Freiherr v. Rheinbaben, Möller.

Eingegangen ist ein 3 Millionen - Nachtragsetat zur Schaffung eines Grundfonds für die Kranken-Zuschüsse des neuen Eisenbahner-Verbandes.

Minister v. Sudde:

Ich will nur kurz einer Legende entgegenreten, die sich an diese Vorlage zu knüpfen beginnt. Es ist unbegreiflicherweise behauptet worden, daß diese drei Millionen in unzulässigem Zusammenstoß stehen mit dem ungarischen Eisenbahnerstreik. Ich möchte diese rein aus den Fingern gefundene Fabel aufs entschiedenste zurückweisen. Die Vorlage war geplant, ehe von dem Streik die Rede war. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzes betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen (Kanalarvorlage).

Minister v. Sudde:

Beim Beginn der Beratung über die ersten vier wasserwirtschaftlichen Vorlagen habe ich mich sehr kurz gefaßt, indem ich gleich ansühete, daß diese Vorlagen wohl keiner weiteren Erörterung bedürften. Die Hoffnung der Regierung hat sich hier auch voll erfüllt. Die Debatten sind in ruhiger und sachlicher Weise verlaufen, und dieser Verlauf läßt hoffen, daß auch die Debatte über das vorliegende Gesetz in sachlicher Weise erfolgen und die Vorlage erfolgreich verabschiedet wird. Was die Igl. Staatsregierung dazu thun kann, wird zweifellos geschehen. Selbstverständlich werden bei diesem Wasserstraßen-Gesetz mehr Meinungsverschiedenheiten hervortreten, da es sich hier nicht um die Befreiung von Gefahren handelt, die jedermann anerkennt, sondern um die Erfüllung von Verkehrswünschen. Ich glaube, daß sich trotz der Verschiedenheit der Meinungen in den vorliegenden Fragen, die ja zum Teil schon seit einer Reihe von Jahren schweben, eine Einigung erzielt werden lassen. Die Regierung hat die selber zum Ausdruck gekommenen Meinungsverschiedenheiten einer eingehenden Erwägung unterzogen und das Ergebnis dieser Erwägung liegt Ihnen im Entwurf vor. Ich hoffe, daß es mit diesem Gesetz ebenso gehen wird, wie mit den Nebenbahnen-Vorlagen, bei denen alljährlich bei der Kritik in der Regel scharfer verfahren wird in Bezug auf das, was in der Vorlage vermischt wird, als in Bezug auf den Inhalt selbst. Ich hoffe, daß schließlich die Wasserstraßen-Vorlage ebenso begeisterte Annahme finden wird wie die Nebenbahnen-Vorlage. (Heiterkeit.) Um dies zu erreichen, wird die Regierung bemüht sein, die Urkräfte der wesentlichen Bedenken, die früher gegen die Vorlage geltend gemacht worden sind, aus dem Wege zu räumen.

Sie belundet damit aufs neue und rückhaltlos, wie tief sie durchdrungen ist von der dringlichen Notwendigkeit, unsere Wasserstraßen weiter auszubauen. Ich hoffe, daß es nunmehr gelingen wird, die im Lande seit Jahren gewünschte Einigung über diese Vorlage endlich zu erzielen. So wie die Regierung den Wünschen des Hauses entgegengekommen ist, hofft auch sie auf ein Entgegenkommen, und ich möchte als Motto über unsere Verhandlungen schreiben: Vertrauen gegen Vertrauen!

Eine der wichtigsten Fragen, die zunächst zu entscheiden ist, wird die sein: Haben sich die Wasserstraßen im Zeitalter der Eisenbahnen nicht überlebt? In anderen Ländern hat man diese Frage jedenfalls verneint. Amerika hat neben einem ungeheuren Eisenbahnenetz auch große Wasserstraßen erbaut, in Frankreich ist erst vor kurzer Zeit wieder eine Vorlage, die 610 Millionen zum Ausbau des Wasserstraßennetzes forderte, vom Senat freundlich aufgenommen worden. Es sind dort alle Pläne ausgeführt, bei denen die Interessenten nicht 50 Proz. der Baukosten zu übernehmen sich verpflichteten. Eine Rentabilitätsberechnung ist vom Staate dort nicht verlangt worden. Ebenso sind in Belgien, Dänemark und Rußland in neuester Zeit neben den Eisenbahnen erhebliche Aufwendungen für Wasserstraßenbauten gemacht worden. Am besten prüft man solche Fragen, wenn man sich auf den Standpunkt des Gegners stellt. Wir als Eisenbahnminister fällt das nicht schwer. Ich will also annehmen, die Kanäle hätten sich im Zeitalter der Eisenbahnen überlebt, seien deren schädlichster Konkurrent. Aber wenn die erste Annahme richtig wäre, dann hätte der Verkehr auf den Wasserstraßen doch wenigstens nicht steigen dürfen. Statt dessen ist er viel stärker gewachsen als bei den Eisenbahnen, in den letzten 25 Jahren um das Vierfache. Sein Prozentsatz an der Masse der beförderten Güter ist in demselben Zeitraum von 21 auf 24 Prozent gestiegen, obwohl das Eisenbahnenetz, das Schienennetz, sich um 87 Proz. verlängert hat. Die Menge der 1904 zur Beförderung auf dem Wasserwege erwarteten Güter beträgt 15 Milliarden Tonnenkilometer. Die Steigerung des Verkehrs verteilt sich gleichmäßig auf alle Wasserstraßen und hat den Eisenbahverkehr nicht gehemmt, denn er hat sich in Deutschland so stark gehoben wie nirgends. Auch die neu angelegten Wasserstraßen weisen sofort einen starken Verkehr auf. Ich verweise nur auf den Main nach seiner Kanalisierung und den Oder-Spree-Kanal. Das wird auch immer so bleiben, denn gewisse natürliche Eigenschaften des Wassers sichern ihm gewisse Vorzüge. Wir gebrauchen auf dem Wasserwege etwa ein Viertel der Dampf- und die Hälfte der Menschkraft, die wir für den Schienenweg nötig haben. Dafür ist der Wasserverkehr langjamer, d. h. er hat Jüngerverlust zur Folge. So haben beide Beförderungsarten ihre innere praktische Berechtigung. Es wird darauf ankommen, einen gerechten Mittelweg zu finden durch Heransetzung der Kanalgebühren oder Herabsetzung der Gütertarife. Nun könnte man ja fragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Wasserstraßen in der jetzigen Zeit überhaupt abzuschaffen. Aber, meine Herren! das hieße doch Naturkräfte nicht dienstbar machen, die man dienstbar machen könnte, und das wäre ein unbearbeiteter Fehler. (Sehr richtig! links.) Selbst die Kanalgegner wollen ja die Flüsse regulieren, kanalisieren und so weiter. Damit sind sie schon im Gebiet der Wasserstraßen, und die bedenklichen Ungleichheiten werden nicht durch Verminderung, sondern durch Vermehrung der Wasserwege ausgeglichen. Nebenregulieren können sich natürlich nicht in einer Gegend alle Vorzüge vereinigen finden. Die Wasserwege haben auch weit über ihren eignen Wirkungsbereich hinaus Nutzen gebracht. Aus den Ihnen vorgelegten Arbeiten geht hervor, daß die Industrie oft auf großen Umwegen die Güter befördert, um die Wasserstraßen benutzen zu können. Wie wenig diese die Eisenbahnen schädigen, zeigt die beste Wasserstraße der Welt, der deutsche Rhein. Wir haben rechts und links leistungsfähige Bahnen mit einem ausgebauten Nebenbahnen- und Landstraßennetz. Die Eisenbahnen haben gegenüber der Konkurrenz des Rheins nicht einmal ihre Tarife herabgesetzt. Im Gegenteil hat der Rhein die Menschen zu Anhebungen angeregt. Diese haben das Verkehrsbedürfnis und dieses erst die Eisenbahnen geschaffen. Ich verweise Sie übrigens auch auf die großen hygienischen Vorteile des Ausbaues von Wasserstraßen, die bei der Rentabilität stets mit in Rechnung gezogen werden müssen. Kann man voraussetzen, daß irgend ein Eisenbahnminister und noch gar ein preussischer Eisenbahnminister, dem man immer Fiskalität vorwirft, den Bau von Wasserstraßen empfehlen würde, wenn die Rentabilität nicht genug gesichert wäre? Die Voranschläge meiner beiden Amtsvorgänger halte ich eher für zu schwarz gemalt, sie sind ein leuchtendes Zeichen für die altpreussische Gewissenhaftigkeit. In der Kommission werden Ihnen über diesen Punkt nähere Mitteilungen gemacht werden. — Daß eine Schädigung der Staatsfinanzen durch die geplanten Ausgaben nicht zu befürchten ist, wird Ihnen der Herr Finanzminister noch des näheren darlegen. Ich will nur zur Illustrierung unserer Finanzlage betonen, daß nach den neuesten der Eisenbahnen im letzten Jahre nicht wie vorausgesehen 1511 Millionen betragen, sondern 1514 Millionen, der Betriebsüberschuss beträgt nicht Millionen sondern 607 Millionen. Nach diesen glänzenden Er-

gebnissen werden Sie mich nicht für einen optimistischen Schwärmer halten können. — Nach allen diesen Ausführungen kann ich auf die Frage, ob Eisenbahnen oder Wasserstraßen, nur antworten: Eisenbahnen und Wasserstraßen. (Bravo! links.) Es handelt sich nun um die weitere Frage, welche Wasserstraßen sollen gebaut werden. Hier schlägt Ihnen die Regierung vor 1. den Schiffahrtskanal vom Rhein nach Hannover, 2. die Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, 3. die Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel und 4. die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Elbe bei Breslau bis Weichsel. Alles, was ich über Wasserstraßen ausgeführt habe, möchte ich vor allem angewandt wissen auf den Kanal Rhein-Hannover. Ich werde in der Kommission durch reichhaltiges statistisches Material und Karten nachweisen, daß eine Entlastung der Eisenbahn im niederrheinischen Industriegebiet nötig ist. Die Leiter des Bahnbetriebes im Ruhrgebiet sehen mit Sorge der weiteren Verkehrssteigerung entgegen. Abhilfe kann dort nur kommen, wenn ein dem Eisenbahnbetrieb eingegliedertes Verkehrsmittel eingeschoben wird.

Nehmen Sie die Vorlagen an, so wird sich daraus eine über Jahrzehnte hinaus fruchtbringende Erwerbstätigkeit einstellen. Die bewilligten Gelder kommen vorzugsweise nicht der Großindustrie, sondern den kleinen Industrien und namentlich der Landwirtschaft zu gute. Die Werke, die geschaffen werden sollen, sind nicht von vorübergehendem Wert, nicht Zubehörsbauten, sondern es sollen Versäumnisse früherer Zeiten nachgeholt werden, um uns den friedlichen Wettbewerb mit unsern Nachbarstaaten zu erleichtern. Die Regierung hofft mit Sicherheit, daß auch diese Vorlagen wie die bereits einer Kommission überwiesenen Hochwasserstraßen-Vorlagen recht bald zur Annahme gelangen. Geschieht dies, dann wird dieser Beschluß nach vielen Richtungen hin dem Lande und Volke zum Segen gereichen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. am Jahnhoff (C.): Es handelt sich um ein großartiges Bauwerk, das 290 Millionen Mark kosten soll. Aber Frankreich und Dänemark haben in den letzten Jahren über 200 Millionen Mark bewilligt. Immerhin erhebt sich hier die Frage, ob die Summe ziemlich hoch ist. Die technische Durchführbarkeit ist in Deutschland besser gesichert als in irgend einem anderen Lande. Die Steigungen sind überaus gering, die Strecke von Petersburg nach Hannover würde bei 108 Kilometer Länge nur eine Steigerung haben, wäre ein Wasserkanal im technischen Sinne des Wortes. — Der ausgesprochene Zweck des Kanalbaues ist die Verbilligung der Frachten, die anschließend der Wassergüter verarbeitenden Großindustrie zu gute kommt. Zweifellos ist bei der heutigen schnellen Verbreitung technischer Fortschritte über alle Länder die Verbilligung der Transportkosten das beste Mittel, die Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten. Zweifellos würde auch diese Seele der Industrie durch den Kanalbau sehr gehärtet, gefestigt werden. Aber die Industrie, die nicht so günstig liegt, wird dann sofort mit Anträgen auf Tarifverbilligung der Eisenbahnen kommen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich glaube, daß die Regierung sehr stark sein muß, wenn sie diesem Drängen sollte widerstehen können.

Aber ebenso wie die Beförderung der Industrieprodukte würde durch den Kanal die Einfuhr ausländischen Getreides gefördert werden. Da kann die Landwirtschaft erwarten, daß ihr entsprechende Schutzmaßnahmen zugesichert werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Entweder muß die Regierung der Landwirtschaft günstige Handelsverträge abschließen oder durch Kündigung der bestehenden die Landwirtschaft schützen. (Donnerndes Bravo! rechts.) Die neue Vorlage ist erst dadurch für uns diskutabel geworden, daß das Mittelgüterseht und die östlichen Straßen für 400 Tonnenschiffe, die westlichen für 600 eingerichtet sind. Denn so lange der Zusammenhang bestand, war die westliche Landwirtschaft aufs schwerste bedroht. Die Vorteile der früheren Vorlage konnten der östlichen Landwirtschaft nur auf Kosten der westlichen zugewendet werden. (Heiterkeit und ironisches Bravo! rechts.) Die Voraussetzung der alten Kanalvorlage, daß die Industrieprodukte des Ostens nach Westen geschickt würden, war deshalb falsch, weil es auch im Osten Industrie und im Westen Landwirtschaft giebt. Die Benachteiligung Schlesiens war die conditio sine qua non für die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Kanals. Seitdem das Prinzip der Kompensationen aufgestellt wurde, war der ganze Grundgedanke der Vorlage zertrümmert. Wenn Schlesien geschützt wurde, hatte das Rhein-Kohlenrevier keinen Grund, Kohlen nach Berlin zu schaffen und brauchte auch kein Weichsel. Das Kanalprojekt war in sich überwunden. Die neue Vorlage ist nun zweifellos besser als die alte, womit... ich... nicht... sagen... will (Stürmische Heiterkeit), daß sie schon nach unsern Wünschen ausgefallen ist. Sie ist infolgedessen besser, als die frühere Vorlage jene Verloppelung ganz heterogener Dinge brachte. In Rom waren solche loges saturas als unmoralisch verboten. (Große Heiterkeit.) Ein Mangel der Vorlage ist, daß die Strecke Fürstberg-Breslau nicht einmal für 400 Tonnenschiffe ausgebaut werden soll und daß wir keine sichere Nachricht haben, ob die Staatweiser wirklich brauchbar sein werden, oder ob die Oder wird kanalisiert werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) — Aber erörtert die einzelnen Vorlagen und stimmt den Vorlagen bezüglich der Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel sowie der Warte, ferner der Kanalisierung der Oder und der Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin zu. In dem Großschiffahrtsweg betont er besonders, daß nach Aufstellung seiner Partei die Verträge Berlin und Stettins hoch genug seien. Er fährt fort: Durch die Verbesserung der Warte wird übrigens die Einfuhr russischen Getreides, durch die Strecke Berlin-Stettin die englische Kohle erleichtert. Doch sind diese Nachteile gegenüber dem erwarteten Nutzen gering. Jedenfalls werden Schlesiens Abgeordnete der Vorlage nur zustimmen, wenn Schlesiens für den Großschiffahrtsweg vollkommen ausreichende Kompensationen erhält. (Große Heiterkeit und Bravo! rechts.) Es verlangt Kanalisierung der Strecke nach Fürstberg oder, falls das nicht ausführbar, Herabsetzung der Eisenbahntarife. (Anhaltende große Heiterkeit rechts.) Stettin ist durch zwei außerpreussische, aber deutsche Städte gefährdet! Sollen wir, um es zu retten, Schlesiens der ausländischen Konkurrenz preisgeben. (Sehr gut! rechts.)

Ich komme nun zu den Wasserstraßen des Westens, deren wirtschaftliche Unterlage das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist. Nach drei Richtungen kann das Kanalnetz ausgebaut werden, nach dem Rhein, der Nordsee und nach Osten, nach Hannover. Jedem des Kanals ist die billigere Heranschaffung von allen Waren und die billigere Wegschaffung der Kohle, deren Transportkosten sich etwa um 1 Mark pro Tonne ermäßigen würden. Ob das den Konsumenten zu gute kommt oder nicht, das wird wesentlich von der Haltung des Syndikats abhängen. Es wird deshalb notwendig sein, daß der Staat durch seine Organe Einfluß auf die Beschlußfassung der Syndikats gewinnt. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Denn wenn nur einzelne den Nutzen von dem Kanalbau haben sollen, dann können wir nicht alle Steuerzahler dazu heranziehen. (Wichtiges Bravo! rechts.) Die Wirtschaftlichkeit des Kanals beruht auf der Möglichkeit, Kohle, Eisenstein, Sandstein, Thon usw. zu Wasser bis nach Hannover zu befördern. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob das die Rentabilität des Kanals sichert. Ein großer Staatsmann hat bei dem früheren sicher unrentablen (Unruhe links) Mittelkanalbau gesagt: Die Rentabilität ist mehr Sache des Glaubens als des Wissens. (Große Heiterkeit rechts.) Die Beitragspflicht der Interessenten muß streng durchgeführt werden. Wenn Hannover nicht zahlt, wird man vielleicht Hamburg heranziehen müssen. (Allgemeine große Heiterkeit.) Gegen den früheren Mittelkanalbau haben wir entschiedenste Opposition getrieben, weil seine Folge eine vollkommene Pervertierung unserer Finanzen gewesen wäre. (Große Unruhe links.) Sie werden gleich die Gründe hören. (Große Heiterkeit links.) Es war nicht sowohl der Ausfall bei den Eisenbahnen, als die Kompensationen und die Kompensationen der Kompensationen, die wir fürchteten. Jetzt sind unsere finanziellen Bedenken bedeutend abgeschwächt. Aber wahrscheinlich haben unsere finanziellen Bedenken die Regierung dazu überzeugt, endgültig auf das Stück von Hannover nach der Elbe zu

verzichten. (Große Heiterkeit rechts. — Redner macht eine längere Pause; ein konservativer Abgeordneter ruft: Säh! Säh! wird aber von seinen Parteigenossen sofort durch entziffertes: Nein! nein! überhört.) Unsere Stellungnahme zu diesem Stück der Kanalvorlage wird wesentlich auch davon abhängen, ob wir in der Kommission davon überzeugt werden, daß der Gewinn zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden wird. Wird das nicht gesichert, so müssen wir bei unserer prinzipiell ablehnenden Haltung bleiben. (Hört! hört! rechts.)

Was bringt nun die Vorlage der Landwirtschaft? Zunächst scheint es zweifellos, daß sie die Lizenzen auf dem Lande vergrößert. Wenn die Regierung keine Abwehrmaßregeln dagegen vorschlagen kann, dann wird die Landwirtschaft auch diesmal die Vorlage wieder ablehnen müssen. Mit Recht beschwert sich auch das Land darüber, daß beim Ausbau des Kleinbahnnetzes zu langsam und kleinlich vorgegangen wird. Die Regierung hat es auch nicht für nötig gefunden, die Landwirtschaftskammern, die offiziellen Vertreter der Landwirtschaft der Regierung gegenüber (Sehr richtig! rechts) zu befragen. Mehr darüber will ich in der Kommission sagen. Vorläufig beantrage ich, die ganze Vorlage der Kommission zu überweisen und hoffe, daß wir dort doch noch zu einer befriedigenden Regelung gelangen. (Stürmischer Beifall im Centrum und rechts. Händeklatschen. Der Redner, der vom Platz aus spricht, wird von den umstehenden Fraktionsmitgliedern beglückwünscht.)

Präsident v. Kröcher:

Das Wort hat...

Abg. Dr. am Jahnhoff (C.):

Nach ein Wort über die Kanalisierung der Mosel und Saar! (Stürmische Heiterkeit.) Ich halte ihre Kanalisierung für dringend notwendig, nur das finanzielle Bedenken hält mich ab, sofort einen dahingehenden Antrag zu stellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.):

Nach den vorzüglichen Ausführungen des Vorredners kann ich es mir erlauben, noch einmal ausführlich alle unsere Bedenken gegen die Vorlage darzulegen. Ganz besonders bedenklich scheint mir das Projekt des Dortmund-Ems-Kanals und seiner Nebenkanäle. Wie wollen Sie die Weiser bei Wasser halten? Die Kanalisation von Minden bis Hameln nicht wenig, denn Bremen hat sich nicht wieder wie letztmal verhalten, die Weiser von Minden bis Bremen zu kanalisieren. Und ob die großen Staatweiser möglich sind, steht doch auch noch dahin. (Sehr wahr! rechts.) Das ganze Projekt ist total unrent und muß erst in der Kommission ausgearbeitet werden. Die militärischen Gründe würden doch nicht allein dazu führen, den Kanal überhaupt zu bauen. Nun räumt man der Vorlage nach, sie werde die Industrie dezentralisieren. Das heißt doch nur: sie in Bezirke bringen, die bisher von ihr frei waren. Die billigen Arbeitslöhne, die werden schon steigen, wenn erst die Nachfrage größer wird, und dann werden die Arbeiter nie wieder in die Landwirtschaft zurückkehren. (Sehr richtig! rechts.) Was wir am meisten fürchten, ist das System der Kompensationen. Sie haben ja ein klassisches Beispiel für diese Politik. Erst haben Sie hauptsächlich mit preussischem Geld den Nordostsee-Kanal gebaut, Hamburg, das keinen Pfennig gab, gefördert und Lübeck und Stettin geschädigt. Danach mühten Sie Lübeck durch einen Kanal entschädigen, gegen den meine Freunde ja gestimmt haben. Die Rostocker Stettins erkennen wir an und wollen ihm helfen. Aber schon meldet sich Schlesien und wird wieder seine Kompensationen verlangen usw. Ich kann auch nicht anerkennen, daß die neue Vorlage besser ist, als die alte, denn wenn das Teilstück bis Hannover gebaut wird, wird der Rest bald folgen. Ich habe auch schwere Bedenken, daß die finanziellen Grundfragen nicht stimmen. Ich fürchte, daß die von den Interessenten übernommenen Baukosten zu niedrig bemessen sind. Im Winter, wenn der Kanal gefroren ist, werden die Interessenten verlangen, daß die Eisenbahn eintritt, so das sich ermöglichen lassen wird, ist mir zweifelhaft. Die Regierung hat es unterlassen, die Reichsfinanzen sicher zu stellen. Sie hat bisher nicht die Handelsverträge gekündigt. Solange diese Finanzen nicht sicher gestellt sind, haben wir die ersten Bedenken. Die Landwirtschaft befindet sich in ärgster Not. Trotzdem wollen wir die Industrie nicht im Stich lassen. Wir werden deshalb in die Kommission gehen und die Vorlage so prüfen, so wir im Hande sind, nach noch näheren Aufklärungen unsere Bedenken zurückstellen und ob wir im Hande sind, der Industrie zu helfen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar

erklärt, daß die Regierung einen Voranschlag gemacht habe, der aufs sorgfältigste aufgestellt sei und nicht überdrückt zu werden braucht. (Die Ausführungen sind im einzelnen nicht verständlich, da sich die Mehrzahl der Abgeordneten unter großem Geräusch aus dem Sitzungssaal entfernte.)

Abg. Dr. Kewoldt (ft.):

Meine Parteifreunde sehen der Vorlage geteilt gegenüber. Wir nehmen aber an, daß die Regierung ihre frühere Maxime: Alles oder nichts! aufgegeben und den Satz nicht vergessen hat, daß die Politik die Kunst des Erreichbaren ist. Falls die Regierung aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt, so hoffen wir, werden wir zu einer Verständigung kommen. Bei dem Stück Dortmund-Ems, das die Regierung schon 1899 bekommen konnte, wird sich diese Verständigung zuerst erzielen lassen. Sehr schwer wird sich die Emscherthalbahn erledigen lassen. Wir glauben nicht, daß die Kanäle dem Staate Einnahmen bringen, sondern daß sie nur der Volkswirtschaft gebrachte Opfer sind. Die Hauptfrage ist die, ob die Ermäßigung der Frachten für unsere wirtschaftlichen Konkurrenzkampf so wertvoll ist, daß wir das finanzielle Risiko tragen können. Dabei handelt es sich noch darum, ob wir dieses Risiko überhaupt übernehmen können, denn so riskant, wie der Minister unsere finanziellen Verhältnisse geschildert hat, sind sie nicht. Ich kann der Staatsregierung nur wiederholen: Der gute Wille zur Verständigung ist da. Jeder Einzelne von uns wird so weit entgegenkommen wie er irgend kann. Wenn sich aber eine Mehrheit des Hauses nicht für alle und jeden Teil der Vorlage findet, so kann die Regierung versichert sein, daß das nicht Halsstarrigkeit ist, sondern daß eben das Pflichtbewußtsein eine Grenze zieht, über die hinausgehen keinem Abgeordneten zugemutet werden kann. (Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar

stellt der Kommission weiteres Material für die Rentabilität der vorhandenen und noch zu bauenden Kanäle in Aussicht.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit einer großen Zahl von Resolutionen, die zum Reichshaushaltsetat eingebracht worden sind. Zum Etat der Zuckersteuer hat der Abg. Göb v. Clendhagen beantragt, der Reichstag solle den Kanzler ersuchen, im Interesse der Hebung des Zuckerverkaufs dahin zu wirken, daß auf den deutschen Eisenbahnen im Inlandverkehr für die Beförderung von Rüben, Roh- und Verbrauchs Zucker allgemein der Specialtarif II, d. h. ein Vorzugs-tarif eingeführt werde. Abg. Göb begründet seine Resolution. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes, Dr. Schulz, plauderte recht interessant über die Geschichte der Tarifierung des Zuckers auf deutschen Eisenbahnen; die Frage soll die nächste Tarifkonferenz im Juni d. N. beschäftigen. Bei der Gestaltung der Induktionstransporttarife werden für die Eisenbahnverwaltungen keine finanziellen, sondern lediglich volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein. Abgeordneter v. Richtig v. Wies darauf hin, daß starke Interessengegenstände zwischen einzelnen Gegenden Deutschlands vorlägen, die in der händigen Tarifkommission schwerlich ausgeglichen werden könnten; der norddeutsche Zucker sei heute in Süddeutschland konkurrenzunfähig, da die Fracht zu hoch sei. Die süddeutschen Fabriken, z. B. die in Frankenthal in der Pfalz, könnten deshalb den Preis des Zuckers dauernd höher halten, als er in Norddeutschland sei.



Die Süddeutschen wollten deshalb von einer Herabsetzung der Tarife nichts wissen. Ministerialrat v. Geiger aus Bayern wies auf das Reservatrecht Bayerns in Fragen der Eisenbahntarife hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Resolution Gög dieses Reservatrecht aus Art. 48 der Reichsverfassung nicht berühren solle. Graf v. Oriola legte die Gründe der süddeutschen Fabriken gegen eine Herabsetzung des Zuckers, besonders gegen eine Gleichstellung des Rohzuckers und der Raffinade dar. Auch der württembergische Bevollmächtigte Schneider trat für die Interessen der 18 süddeutschen Zuckerfabriken ein. Der badische Bevollmächtigte Scherer machte darauf aufmerksam, daß die tarifliche Gleichstellung des Rohzuckers und der Raffinade mit billigen Raffinerieprodukten und Rohstoffen den Grundrissen des ganzen deutschen Tarifwesens widerspreche und deshalb bedenklich sei. Abg. Schmidt-Banzleben stellte sich auf den Standpunkt der Resolution Gög, begründete aber im Einverständnis mit dem ersten Antragsteller eine leichte Abmilderung: der Reichszucker soll erst durch die Deziarfizierung des Zuckers zu „erwägen“. Nach einer recht lebhaften Diskussion pro und contra, bei der die „Arbeiterinteressen“ eine sehr große Rolle spielten, erklärte der antisemitisch-bayernbündlerische Abgeordnete Dr. Wolff, die süddeutschen Bauern hätten kein Interesse am Getreidebau und hätten sich deshalb auf den Ribbenbau geworfen. (Das Verständnis, daß die süddeutschen Bauern kein Interesse am Getreidebau und damit an den Getreidezöllen haben, ist wertvoll. Red. d. „Vorw.“) Abg. Gög v. Olenhusen zog schließlich seine Resolution in Anbetracht des heftigen Widerstandes, den sie fand, zurück.

Eine zweite Resolution Gög v. Olenhusen forderte die Regierungen auf, den aus andern Stoffen als aus Rüben hergestellten Zucker sowie den Ribbenzucker zu besteuern. Damit soll besonders der aus Kartoffeln hergestellte und als Konsumzucker herausgebrachte Stärkezucker getroffen werden. Abg. v. Richthofen sah voraus, daß die Kartoffelinteressen sich gegen diesen Vorschlag wenden würden, obgleich man die Bedeutung der Kartoffelproduktion nicht überschätzen dürfe. Seiner Meinung nach verdiene die Zuckerindustrie den größeren Schutz; deshalb beantragte er eine Erweiterung der Resolution Gög, wonach auch Ribbenzucker und Ribbenzucker-alkohole der Zuckersteuer unterworfen werden sollten. Durch diese Maßregel würde die Marmeladenindustrie von der Verwendung von Zuckerzucker abgelenkt; ihr Produkt würde dadurch besser und der Konsum gehoben werden. Durch die bisherige Steuerfreiheit der Ribbenzucker (Stärke) würden die Reichsfinanzen erheblich geschädigt. Sachverständiger v. Stengel betonte, daß man hier einem Kampfe der Rübe und der Kartoffel gegenüberstehe. Da es sich um zwei agrarische Interessen handelt, so kann man sich denken, daß der Regierung nicht leicht fällt, sich für eine der beiden Interessengruppen zu entscheiden. Sie bezieht sich denn auch die Stellungnahme vor. Unterstaatssekretär v. Fischer legte dar, daß der Zuckersaft nur wenig zu Süßwaren, dagegen hauptsächlich von der armen Bevölkerung zum Ertrag von Butter und Schmalz verwendet werde. Wollte man die Produktion unter Steuerkontrolle stellen, dann koste das ungefähr soviel wie ein Komme. An sich werde allerdings die Besteuerung der Süßstoffe wohl mit Recht gefordert. Die Regierungen würden die Frage nochmals „näherzutreten“. Die Nationalliberalen wünschten ebenfalls eine erneute Prüfung der Frage; Abg. Reumer erhofft von der Bekämpfung der Zuckerzucker eine Aufklärung der deutschen Marmeladenfabrikation, die jetzt deshalb der englischen noch nachstehe, weil das Publikum meine, sie benutze schlechteren Süßstoff. Eine Besteuerung der Surrogate würde sie zur Verwendung von Zucker zwingen. (Einfacher scheint und die Aufhebung der Zuckersteuer zu sein, dann wird die Verwendung von Surrogaten schon aufhören! Red.) Die Hauptfrage der Resolution Gög-Richthofen wurden angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Die Centrumsabgeordneten Sped und Müller wollten durch eine Resolution die Härten des Sacharinzuges mildern. Eine Anzahl von Süßstoffbesitzern habe ihn nicht loswerden können; der Reichszucker solle jetzt dafür sorgen, daß sie das Sacharin an Apotheker oder an die konfessionelle Fabrik vorm. Häßberg u. List abgeben könnten. Der Unterstaatssekretär v. Fischer machte Bedenken dagegen geltend. Danach wurde die Beratung bis zum Mittwoch vertagt.

**Wahlprüfungs-Kommission.** Die Kommission prüfte am 3. Mai die Wahl des Abg. Dröschler, 2. medienburgischer Wahlkreis, Schwerin-Bismar. Bei der Hauptwahl wurden 23 578 Stimmen abgegeben, davon erhielten Groth (Soz.) 10 880, Dröschler (L.) 6732, Büsing (nat.) 6704, zerplittert 62; bei der Stichwahl erhielt Dröschler 11 730, Groth 11 607 Stimmen. Gegen die Wahl Dröschlers richtete sich ein Wahlprotest von sozialdemokratischer und nationalliberaler Seite, und zwar wendete sich der sozialdemokratische Protest sowohl gegen die Hauptwahl als gegen die Stichwahl, der nationalliberale nur gegen die Hauptwahl. Außerdem lag ein konservativer Gegenprotest vor. Beide Proteste bezogen sich zum Teil auf Verstöße bei der Hauptwahl, die auch der Wahlkommissar zum Gegenstand seiner amtlichen Bemerkungen über die Wahl gemacht hatte. Von den 144 als ungültig erklärten Stimmzetteln mußten zunächst eine Anzahl für gültig erklärt werden; allein das genügte nicht, die Stimmenzahl Büsings so zu erhöhen, daß er statt Dröschler in die Stichwahl gekommen wäre. Aber in zehn Ortschaften waren die Wählerlisten später als es § 8 des Wahlgesetzes vorschreibt, ausgelegt worden, in einigen Orten sogar kaum 14 Tage vor der Wahl. Die Kommission beschloß nach längerer Debatte, die einen prinzipiellen Charakter annehmen, die Wahl in diesen Orten zu kassieren. Dadurch erhöhte sich die Stimmenzahl für Büsing, während sie sich für Dröschler um circa 150 Stimmen verminderte. Sonach hätte nicht Dröschler, sondern Büsing mit dem sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl gelangen müssen. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission einstimmig, die Wahl für ungültig zu erklären. Sie unterließ es daher, die vorliegenden Proteste, die sich eben zum Teil auf die Bedenken des Wahlkommissars bezogen, weiter zu prüfen, da sie als sicher annehmen, daß das Plenum sich dem Beschlusse der Kommission anschließen werde.

Nächste Sitzung Mittwoch, 4. Mai.

## Gewerkchaftliches.

### Oberschlesien im Rheinland.

Wir hatten in Nr. 83 des „Vorwärts“ eine Aeußerung des hiesigen Delegierten auf dem rheinisch-westfälischen Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wiedergegeben, wonach der katholische Pfarrer in Weiden aus Anlaß der Gründung eines Ortsvereins in der Kirche bei der Predigt gesagt hatte: „Die Pest ist in Weiden eingedrungen; wer ihr anheimfällt, ist verloren!“ Darauf hat der Pfarrer Weiden in einer durch die gesamte Centrumpresse gehenden Erklärung erwidert, daß an der Notiz „nichts, aber auch gar nichts wahr“ sei; der Delegierte habe „keine Behauptung entweder ganz frei erfunden, oder allenfalls sich eins aufbinden lassen“. Die Centrumsblätter meinen dazu: „Es ist also nichts mit „Oberschlesien im Rheinland.“ — Das riskieren diese Blätter zur nämlichen Stunde zu schreiben, wo die in der Mandatsprüfungs-Kommission bezüglich der Wahl des Centrumsabgeordneten Edward Auchs im rheinischen Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel festgestellten skandalösen geistlichen Wahlbeeinflussungen durch die deutsche Presse gehen. Daß es ein Oberschlesien im Rheinland gibt, ist vor „Oberschlesien“ hundertfältig nachgewiesen worden. Was nach den Mandatsprüfungen jedesmal an ungläublichen Thaten der katholischen Geistlichkeit berichtet werden mußte, bleibt hinter den Vorkommnissen in Kopps Reich um nichts zurück. Zum Ueberflus aber ist der hiesige Gewerkscheinler in der Lage, seine Angaben völlig aufrecht zu erhalten. Er erklärt in einer

Zuschrift an den ultramontanen hiesigen „Vollstrecker“, daß ihm „eine ziemliche Anzahl Personen, welche dem betreffenden Gottesdienst beigewohnt haben“, seine Mitteilung bezeugen. Wichtig sei (was der Delegierte auch nicht behauptet hatte), daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht direkt genannt worden sind; aber aus den Umständen, wie sie damals in Weiden lagen, habe jeder aus dem Gefühl gehabt, daß mit dem Ausdruck „Pest“ nur diese Gewerkschaften gemeint sein konnten, zumal, da anschließend an die Aeußerung für die Hirsch-Dundersche Organisation Propaganda gemacht wurde und nur diese beiden Organisationen am Orte in Betracht kamen.“

### Berlin und Umgegend.

**Zur Lohnbewegung der Partikellager.** Die Partikellager haben in Ausführung ihres am Montag gefassten Beschlusses gestern früh die Arbeitgeber um Antwort auf die vorher schon geschehene Tarifeinreichung ersucht. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde der Kommission von 18 Firmen mit 208 beschäftigten Partikellagern gemeldet, daß die Inhaber ohne weitere Verständigung mit den anderen Firmen eine Zusage nicht geben könnten. Unter diesen Umständen ist es notwendig, den Zugang von Partikellagern von Berlin fernzuhalten. — Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Stuttareute!

Am 29. April wurde folgendes Circular an die Arbeitgeber verfaßt:

Laut Tarifvertrag vom 15. Mai 1903 treten mit dem 1. Mai d. J. einige Preiserhöhungen ein. Nämlich:

1. In Pos. 2 Abs. 2, laut welchem das Meter Getins nicht unter 37,5 Pf. anzusetzen ist.
2. In Pos. 21 Abs. 2, laut welchem das Meter Leise nicht unter 55 Pf. zu ziehen ist.
3. Bei Abschnitt Werkstattdarbeiten beträgt der Mindestlohn für Vieher 4,75 M., für Formner und Vieher 5,25 M.

Hierbei geben wir den Herren Arbeitgebern ergebenst Kenntnis.

Die Schlichtungskommission, gez. Böbling.  
Die Kollegen sind also verpflichtet, bei der kommenden Lohnberechnung darauf zu achten, daß diese minimalen Lohnerhöhungen eingehalten werden.

Wir erlauben nun förmliche Stuttareute Berlins, in allen Betrieben am Sonnabend, den 7. Mai nach der Lohnzahlung Vertretungsbesprechungen und Organisationskontrollen vorzunehmen, um über die Einhaltung des Tarifvertrages Rücksprache besonders mit den Werkstattdarbeitern zu pflegen!

Wo der Vertrag nicht eingehalten wird und wo sich die Kollegen des einzelnen Betriebes darüber einig geworden sind, da ist sofort der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen, um geschlossen für den Tarif einzutreten!

Gemeinschaftlich muß die Schlichtungskommission angerufen werden und gemeinschaftlich hat die Arbeit dann so lange zu ruhen, bis die Kommission gesprochen hat.

Die Ortsverwaltung des Centralverbandes der Stuttareute.  
Zentrale Berlin. Tel. Amt III. 1447.

### Deutsches Reich.

**Metallarbeiter.** Der Zustand in der Walterschen Fabrik in Mühlhausen (Thür.) ist zu Gunsten der Arbeiter entschieden und damit beendet. Die Beibehaltung der alten Accordhöhe und die Entlassung eines Meisters ist zugestanden worden.

**Maurer.** Sämtliche Maurer in Mühlhausen (Thür.) überreichten den Meistern ihre Kündigung, weil letztere eine Verringerung der Arbeitszeit und eine minimale Lohnerhöhung ablehnten. Sollten sich die Meister entschließen, im Durchschnitt allen Maurern 2 Pf. pro Stunde zuzulegen, so soll die Kündigung zurückgenommen werden. Andernfalls nimmt im Laufe der nächsten Woche der Streik seinen Anfang.

**Stadtverwaltung und Koalitionsrecht.** Unserm Parteiblatt in Aachen wird berichtet, daß den städtischen Straßenbau-Arbeitern bei Strafe der Entlassung die Mitgliedschaft zum Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter sowie jede Agitation für den Verband untersagt worden ist. Ausdrücklich wurde betont, daß diese Anordnung vom Bürgermeisteramt ausgehe. — Im hiesigen Stadtverordnetenkollegium hat das Centrum die Mehrheit. Man wird abzuwarten haben, wie sich die vorgebildete Arbeiter- und koalitionsfeindliche Partei dieser Gewaltmaßregel und Gefeßwidrigkeit ihres Oberbürgermeisters gegenüber verhält.

**Zur Lohnbewegung im Baugewerbe zu Königsberg.** Die Lage der Bauhilfsarbeiter ist ungünstig. Es haben erst 22 Firmen die Forderungen bewilligt. Zu den alten Bedingungen arbeiten noch 600 Arbeiter; zu den neuen arbeiten 250 und im Streit befinden sich 300. Es soll noch einmal eine Einigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen versucht werden. Dagegen ist die Lage der Maurer sehr günstig. Bewilligt haben 43 Firmen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 327 Maurer. Im Streit befinden sich 314 und abgereist sind 500 Maurer. Der erste Trupp der Italiener, 26 Mann stark, ist abgereist. Dagegen arbeitet der zweite Trupp, 64 Mann an der Zahl. Die Polizei trifft die unpassendsten Beschränkungsregeln, damit niemand mit den Italienern in Betätigung kommen soll. Maurer, die versucht haben, sich den Italienern zu nähern, sind verhaftet worden. Von und nach der Arbeit werden die Italiener unter starker polizeilicher Bedeckung in Journalisten transportiert. Dabei werden ganze Teile der Straßen für den Verkehr abgesperrt. Ja, man hat sogar, wie schon gemeldet, eine öffentliche Straße, in der sich einige Neubauten befinden, auf denen Italiener arbeiten, mittels eines Dreierzuges dem öffentlichen Verkehr entzogen.

Die Maurer befinden sich außerdem noch in Marienburg, Pöden und Jüterburg im Streit. Auch in Tappau droht ein Lohnkampf auszubrechen.

### Schwarze Listen.

Wie unser Bödiner Parteiblatt berichtet, hat auch der dortige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe aus Anlaß des Streiks der Erd- und Abbrucharbeiter schwarze Listen verfaßt. Das an die Mitglieder des Verbandes gerichtete Circular beginnt folgendermaßen: „Der Streik der Erd- und Abbrucharbeiter nimmt immer größere Dimensionen an, auch werden dieselben von den übrigen Arbeiterkategorien unterstützt. Wir richten deshalb an alle Arbeitgeber die dringende Bitte, bei jeder Neueinstellung darauf zu achten, daß keine streikenden Arbeiter eingestellt werden, und ersuchen höflich, sich hierbei der zugefügten Listen bedienen zu wollen; wenn keine Listen vorhanden, wolle man vor der Einstellung eine genaue Prüfung des Arbeitswunders vornehmen. Ferner möchten wir höflich bitten, überhaupt keine Arbeiter ohne Entlassungsschein einzustellen zu wollen. Obgleich ein Verzeichnis der Städte, wo zur Zeit gestreikt wird resp. Sperrten über Arbeitnehmer verfaßt worden sind.“ — Bei der Eigenart der Verhältnisse im Baugewerbe sind die erwähnten Entlassungsscheine, wenn den Unternehmern ihre Einführung gelingen sollte, weit schlimmere Waffen in den Händen der Scharfmacher, als die schwarzen Listen. Die Einführung dieser Entlassungsscheine zu hintertreiben, muß deswegen eine Hauptaufgabe der baugewerblichen Arbeiter sein.

Freilich berichteten wir gestern über einen Steinseherstreik in Czfurt. Es handelt sich dabei um eine Ortswechselung. Der Streik ist nicht in Czfurt, sondern in Czfurt ausgebrochen und haben wir davon bereits kurz Notiz genommen.

### Ausland.

#### Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Der sozialdemokratische Abgeordnete von Antwerpen, L. T. v. a. g. n. e., richtete am Freitag in der belgischen Kammer eine Interpellation über den Kampf in der Diamantindustrie an die Regierung. Er schilderte die Ursachen und das Entstehen des Streiks und wies auf das parteiische Verhalten der Polizei hin, die einen streikenden Holländer, weil er gefesselt hatte, wegen Schändung der Arbeitsfreiheit festnehmen ließ, während sie nichts unternimmt gegen jene Arbeitgeber, die andre Arbeiter, welche zu Verbandsbedingungen arbeiten lassen, arg mißhandelten. Tervogne schloß mit der Aufforderung an den Minister Francotte, zwischen den streikenden Parteien zu intervenieren.

## Aus der Frauenbewegung.

**Neu-Weissensee.** Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feiert sein erstes Stiftungsfest am Sonnabend, den 7. Mai, im Lokal „Zum Prälator“ durch Konzert, Theater und Gesang, wozu jeder Tanz. Billets à 30 Pf. sind zu haben bei Frau Demmig, Friedrichstr. 1, und Frau Weinede, Schönstr. 10. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Abendessen findet nicht statt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

**Rixdorf.** Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Rixdorf und Umgegend. Versammlung findet statt am 4. d. M. im Lokale von Thiel, Bergstr. 151. Referent Genosse Joh. Klein: Die Arbeiterwohnung. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

**Landmannschaft der Schledwig-Holsteiner.** Mittwoch, 4. Mai, abends 8½ Uhr: Versammlung der Schledwig-Holsteiner und Schledwig-Holsteinerinnen in G. Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75.

**Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands** (Mitgliedschaft Berlin). Mittwoch, den 4. Mai, abends 8½ Uhr in Wendts Klubhaus, Königsgraden 14a: Mitglieder-Versammlung.

**Berliner Frauenverein.** Donnerstag, den 5. Mai, abends 7½ Uhr: Sitzung im Victoria-Exercitium, Potsdamerstr. 39. Tagesordnung: 1. Der Internationale Frauenkongress. Referat von Frau Marie Schitt. 2. Geschäftliches. Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Achtung! Schlichtergesellen!** Mittwoch, den 4. Mai, abends 8½ Uhr: Große Versammlung des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin) im Lokale des Herrn Weller, Rosenfelderstr. 57. Tagesordnung: 1. Warum schlägt die Berliner Verbandschaft Verbandskollegen aus? Welche Stellung nehmen wir diesem Beschluß gegenüber ein? Referent: Kollege V. Densch. 2. Renouveau des Hauptvorstandes. 3. Die Lohnbewegung der Berliner Bäckergehlen und Gewerkschaftliches.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag), ist uns soeben die Nr. 10 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Artikel des Internationalen Bureau, — Aufsatz der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, Die Tätigkeit der badischen Fabrikinspektoren. Von E. E. — Agitation in den Domanen des Centrums. Von Louise Jick. — Aus der Bewegung. — Frauenklub: Der Achtundendtag. Von Karl Emald. — Rotzgeilheit: Soziale Gesehung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen. — Nachrichten zum Grimmschauer Kampf. — Frauenbewegung. — Literarisches.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die zweite Nummer seiner 21. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Wo ist der Admiral des Silken Ozeans?“ und „Der Herr auf seiner Scholle“, sowie die Illustrationen „Die arbeitserfreundlichen Kohlenbarone“, „Bei den Hereros“, „Der Ostelbier“, „Der Jücker schlägt die Mittel“, „Preussisch-deutsche Fremdenpolitik“, „Aus Ambrosius Rudelskapf Tagebuch“ und „Kaiserreden“ (mit dazu gehörigen Bildern). Außerdem enthält die Nummer die Fortsetzung der Serie „Bourgeois-Lippen“ von Edmund Ebel. Der textliche Teil bringt die Gedichte „Das Kohlenjubiläum“, „Mage der Abgelegten“, „Sechslacht“, „Das Recht auf Genuß“, „Deutsche Satorreer und Verchwörer“, „Wildes Werden“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Bruder Stanislaus Ultramontanismus in Oberhessen“ an den Bruder Viktorien Gershenfeld in Bayern“, „Der wagt, gewinnt“ (Eine Rai-Dumorelle), „Gammelschilde des Wegereichters a. D. Baurler in München“ und ein „Vorschlag in Güte“ (Kultur). Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Das Gewerbegericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Herausgeber: Dr. Jaström (Privatdozent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Reich (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 8 des 9. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Verbandsgerichten (Gitar, Alford, Hohlau a. E., Frankfurt a. M.), anderen deutschen Gerichten (Amtsgericht I Berlin), u. a.: Der Kommissionsbericht über die Kaufmannsgerichte, Von Stadtrat Dr. Reich. — Verfassung und Verfahren: Die bisherigen Erfahrungen mit der Berufungsmittel. — Resultate der Zwangsversteigerung aus Gewerbegerichts-Urteilen gegen Arbeiter. — Einigungsämter: Das Gewerbegericht München als Einigungsamt im März 1904. — Allgemeines: Petitionen zum Gewerbegericht betr. Kaufmannsgerichte.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jaström, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 15 des 7. Jahrganges unter anderem: Arbeitgeberbund und Arbeitsnachweise. Von Privatdozent Dr. J. Jaström. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Gewerkschaftliche Kongresse. — Bewegung von Arbeitern und Verfassungen. — Anträge im Reichstage. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Nachrichten des Arbeitsmarktes im Ruhr-Rheinland und Oberschlesien); Ströme und Erden (Nachricht im Zementgewerbe); Textilgewerbe (Nachricht des Geschäftsanges in Webereien. — Günstige Folgen der Baumwollharste für die Spinnereien. — Nachfrage nach Arbeitskräften im Chemieverkehr). — Statistisches Monatsmaterial: Internationaler Streikstatistik. — Börsenberichte. — Markenerlös der Landesversicherungsanstalten Januar bis März. — Haushaltssachen. — Konsum: Lebensmittelpreise im April. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Ergebnisse der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung.

Krause Macneuf. Der Kulturtraß. Betrachtungen eines Zukunftsmenschen über die Erde und das Treiben der Menschen. 116 Seiten. Berlin 1904. Druck und Verlag: J. Schöffer, Berlin SW., Alexanderstr. 105/106.

J. Hill, Rainthol, Rain und Rainshiffahrt. Ein Führer auf den einschlägigen Gebieten. Preis 1 M. — Dr. Moritz Wagner, Beiträge zur Frage der Arbeitslosenversicherung in Deutschland. Preis 2 M. — Wilhelm Naab, Handbuch zur Durchführung des Invalidenversicherungs-Gesetzes vom 18. Juli 1899. 2. Auflage. Preis 2 M. Sämtlich zu beziehen durch den Verlag der Arbeiterversorgung A. Trotschel, Oranienburg-Berlin, Gütstr. 5.

### Marktpreise von Berlin am 2. Mai 1904

nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidenten.			
*Weizen, gut D. Str.	17,25	17,22	8,00
mittel	17,19	17,16	1,80
gering	17,13	17,10	1,40
*Roggen, gut	13,00	12,99	1,60
mittel	12,98	12,97	1,80
gering	12,96	12,95	1,60
†Gerste, gut	14,20	13,10	2,60
mittel	13,00	11,90	3,60
gering	11,80	10,80	2,00
†Hafer, gut	15,00	14,10	3,00
mittel	14,00	13,10	3,00
gering	13,00	12,10	2,20
Milchstroh	4,16	3,82	2,00
Heu	7,50	5,00	3,00
Erbfen	40,00	28,00	1,40
Speisebohnen	50,00	28,00	1,80
Linien	60,00	25,00	15,00

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.



# A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17  
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STRASSE 1/2  
Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STRASSE 113  
Ecke Andreas Strasse

Soweit der  
Vorrat reicht!

Mittwoch

Donnerstag

Freitag

Sonnabend

Soweit der  
Vorrat reicht!

## Eiserne Möbel

Gartenstühle	1 <sup>60</sup> <sub>M.</sub>
Gartenbänke ca. 90 cm. lang	4 <sup>35</sup> <sub>M.</sub>
Fussbänke	68 Pf.
Gartentische viereckig, ca. 55x85 cm	6 <sup>60</sup> <sub>M.</sub>
Gartentische rund	3 <sup>25</sup> <sub>M.</sub>

## Congo-Möbel

Stühle	2 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>
Hocker	1 <sup>55</sup> <sub>M.</sub> 2 <sup>05</sup> <sub>M.</sub>
Fussbänke	85 Pf.
Tische ca. 42x75 cm.	5 <sup>50</sup> <sub>M.</sub>
Tische ca. 40x55 cm	4 <sup>25</sup> <sub>M.</sub>

## Sommerspielwaren

Botanisiertrommel	25, 35, 48 Pf.
Pflanzenstecher	5, 8 Pf.
Spaten	9, 15, 25 Pf.
Rechen	9, 15, 25 Pf.
Sandspiele	25, 48 Pf.

Tennisschläger	10, 25, 40 Pf.
Trudelfreifen	10, 18, 25 Pf.
Giesskannen	8, 15, 25 Pf.
Eimer	10, 15, 25 Pf.
Kegelspiele	48, 95 Pf.

## Feldstuhl



35 Pf.

Triumpfstühle	1 <sup>95</sup> <sub>M.</sub> 2 <sup>65</sup> <sub>M.</sub> 3 <sup>45</sup> <sub>M.</sub>
Feldstühle	35, 48, 60 Pf.
Rollschutzwände	□ Meter 5 <sup>75</sup> <sub>M.</sub>

Kinder-Sportwagen m. Schleif- rädern	3 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>
Kinder-Sportwagen m. Schleifrädern u. verstellbarem Fussbrett	5 <sup>75</sup> <sub>M.</sub>
Hängematten	95 Pf. 1 <sup>50</sup> <sub>M.</sub> 1 <sup>95</sup> <sub>M.</sub> 2 <sup>90</sup> <sub>M.</sub>

## Triumpfstuhl



1<sup>95</sup><sub>M.</sub>

## Wirtschaftsartikel

Giesskannen	28, 35, 42, 65 Pf.
Giesskannen weissblech	60, 75, 95 Pf. 1 <sup>35</sup> <sub>M.</sub>
Petroleumkocher 1 Loch	1 <sup>35</sup> <sub>M.</sub> 1 <sup>85</sup> <sub>M.</sub> 2 <sup>25</sup> <sub>M.</sub>
Petroleumkocher 2 Loch	3 <sup>85</sup> <sub>M.</sub> 4 <sup>50</sup> <sub>M.</sub> 5 <sup>50</sup> <sub>M.</sub>
Spirituskocher	25, 48, 85 Pf.
Gaskocher 1 Loch	65, 95 Pf. 2 Loch 6 <sup>50</sup> <sub>M.</sub> 7 <sup>50</sup> <sub>M.</sub>
Blumengitter	45, 65, 85 Pf.
Blumensprüher	28 Pf.
Stullenbüchsen	38 Pf.
Brotkapseln	1 <sup>35</sup> <sub>M.</sub> 1 <sup>45</sup> <sub>M.</sub> 1 <sup>55</sup> <sub>M.</sub>
Tablets	10, 12, 18, 24 Pf.
Bürstenbleche mit 6 Bürsten	1 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>
Plättbretter bezogen	2 <sup>25</sup> <sub>M.</sub>
Aermelplättbretter bezogen	48 Pf.
Glühstoff	Karton 28 Pf.

## Congo-Stuhl Congo-Tisch



2<sup>85</sup><sub>M.</sub>



5<sup>50</sup><sub>M.</sub>

Asbesteller	13 Pf.
Gazespinden	4 <sup>75</sup> <sub>M.</sub> 5 <sup>75</sup> <sub>M.</sub> 6 <sup>05</sup> <sub>M.</sub>
Badethermometer	20, 25 Pf.
Fensterklammern	4 Pf.
Tischtuchklammern	4, 6, 8 Pf.
Ausgusskorken	28, 42 Pf.
Esslöffel Britania	Dutzend 1 <sup>80</sup> <sub>M.</sub>
Theelöffel Britania	Dutzend 65 Pf.
Esslöffel Alpaca	Stück 30 Pf.
Theelöffel Alpaca	Stück 15 Pf.
Essbestecke	Paar 35, 42 Pf.
Bierfilze	4, 6 Pf.
Gläsersteller	18, 25 Pf.
Kaffeeseibe	5, 7, 8 Pf.
Kaffeeseibe verbleit	20 Pf.
Limonadenlöffel	7, 8 Pf.
Streichholzständer	35, 42 Pf.
Zeitungshalter	48 Pf.
Brot Schneidemaschinen	2 <sup>05</sup> <sub>M.</sub> 3 <sup>75</sup> <sub>M.</sub>
Messerputzmaschinen mit 2 Rädern	3 <sup>05</sup> <sub>M.</sub>
Zahnstocherbehälter	25 Pf.
Salz u. Pfefferstreuer	5 Pf.
Honigdosen mit Löffel	48 Pf.
Honiggläser	8, 10, 12 Pf.
Obstmesserständer mit 12 Messern	1 <sup>75</sup> <sub>M.</sub>

## Glas

Wassergläser gepresst	Stück 4 Pf.
Citronenpressen	Stück 9 Pf.
Liqueurgläser gepresst 1/2 Ltr.	Stück 6 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	3 Stück 20 Pf.
Bierbecher „Victoria“, geschliffen, 1/2 Ltr.	Stück 23 Pf.
Cristallbecher geschliffen	Stück 25 Pf.
Zuckerschalen gepresst	Stück 8 Pf.
Zuckerschalen geschliffen	Stück 33 Pf.
Butterbüchsen gepresst	Stück 15 Pf.
Sturzkarren farbig, mit Bild	Stück 38 Pf.
Compotschalen gepresst	Stück 8, 14, 28 Pf.
Compotschalen gepresst	Satz 3 Stück 43 Pf.
Fruchtschalen geschliffen auf Fuss	Stück 1 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>

## Steingut

Speiseteller flach und tief	Stück 7 Pf.
Kaffeeteller weiss	Stück 8, 10 Pf.
Deckelnäpfe weiss	Stück 25 Pf.
Salatschüsseln	Satz 4 Stück 33 Pf.
Salatschüsseln	Satz 6 Stück 95 Pf.
Vorratsstollen rot Fond	Stück 38 Pf.
Salz- und Mehlresten rot Fond	Stück 98 Pf.
Milchtöpfe blau Zwiebelmuster	1/2 Liter 55 Pf.
Speiseteller blau Zwiebelmuster, flach und tief	Stück 10 Pf.

Besondere Gelegenheit für Restaurateure

## „KRONENGLAS“

Bierseidel verschiedene Formen	1/4 Ltr. 18, 1/2 Ltr. 19, 3/4 Ltr. 21 Pf.
Weissbierpokale	1/2 Ltr. 22 Pf. 3/4 Ltr. 32 Pf.

## Weinglasgarnituren „Erna“

Rotweingläser	25 Pf.
Portweingläser	23 Pf.
Rheinweingläser	25 Pf.
Liqueurgläser	20 Pf.

## Kindersportwagen



3<sup>85</sup><sub>M.</sub>

## Porzellan

Kaffeetassen weiss	Stück 8 Pf.
Kaffeetassen bunt	Stück 15 Pf.
Obertassen fein dekoriert	Stück 12 Pf.
Zuckerboxen weiss	Stück 6 Pf.
Dessertteller dekoriert	Stück 15 Pf.
Saucières weiss	Stück 45 Pf.
Gemüseschüsseln weiss	Stück 60 Pf.
Milchtöpfe dekoriert	Stück 23 Pf.
Kaffeeseite 9 teilig	komplet 1 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>
Kaffeeseite 9 teilig, fein dekoriert	komplet 3 <sup>45</sup> <sub>M.</sub>

## Emaile

Eimer ca. 25 cm	65 Pf.
Wannen	98 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring	38, 48, 55 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	48, 60, 70 Pf.
Casserollen ohne Ring	33, 38, 48 Pf.
Casserollen mit Ring	48, 60, 75 Pf.
Milchtöpfe	48, 60, 80 Pf.
Durchschläge	38, 48, 60 Pf.
Wasserkessel	65, 85, 98 Pf.
Pfannen rund	25, 30, 33 Pf.
Brühsiebe	38, 48, 60 Pf.
Müllschaufeln	33, 48 Pf.
Waschbecken	48, 60 Pf.
Waschtöpfe	75, 95 Pf.
Wasserkessel dekoriert	1 <sup>85</sup> <sub>M.</sub>
Wasserkannen	95 Pf.
Toiletten-Eimer	3 <sup>25</sup> <sub>M.</sub>
Spucknapfe	22 Pf.
Deckelhalter	55 Pf.
Brotkapseln	1 <sup>05</sup> <sub>M.</sub>
Suppenterrinen	98 Pf.
Wasserleitungs-Schoner	D. R. G. M. Stück 1 <sup>35</sup> <sub>M.</sub>

## Kindersportwagen



5<sup>75</sup><sub>M.</sub>



Die Maifeier.

Ueber den Verlauf der Maifeier gehen uns noch zahlreiche Nachrichten zu, die alle erkennen lassen, daß die Feier allenthalben einen beachtenswerten Charakter trug und überall würdig verlaufen ist.

Provinz Brandenburg.

Treptow-Baumgartenweg. Die hiesigen Parteigenossen hatten ihre Maifeier in den Lokalitäten Neu-Livoli, Inhaber Preuß, Neue Krug-Allee 50, veranstaltet.

Nowawes. Die Maifeier verlief in würdiger und harmonischer Weise. Am Morgen spazierten nach Dreywitz beteiligten sich ca. 300 Personen. Der Nachmittag vereinigte die Genossinnen und Genossen in Verharbts Volksgarten, wo alle Plätze vollständig besetzt waren.

Alt-Mienitz. Am 1. Mai hielt der sozialdemokratische Wahlverein eine Versammlung ab. Genosse Philipp Bernstein aus Berlin hielt einen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai.

Rögnitz-Wusterhausen. Bei der heutigen Maifeier waren an 500 Personen anwesend, als Referent war Breslauer aus Niddorf erschienen.

Mühlentee, Bez. Berlin. In einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Feier am hiesigen Ort. Trotzdem der Umzug teilweise verboten war, verstanden es die Genossen doch, in geschickter Weise zu demonstrieren.

Schlachte Grabowsee. Trotzdem Gendarmen und Förster den Wald abpatrouillierten, gelang es uns doch, singend und geschloffen den Ort unserer Zusammenkunft ohne jede Störung zu erreichen.

Jossen. Die von den hiesigen Gewerkschaften arrangierte Maifeier, bestehend in Vortrag von Frau Kiesel, Konzert, Deklamation und Theater im hiesigen Lokale, welches der Feier entsprechend geschmackvoll dekoriert war, verlief in bester Weise.

Die Maifeier in Neuenhagen (Ostbahn) gestaltete sich großartig, gegen 400 Personen nahmen daran teil.

Oderberg (i. d. Mark). Vormittags hatten die Zimmerer eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Künke daselbst über die Bedeutung des Tages referierte.

Am Nachmittag des Tages hatten die Parteigenossen eine Feier im Schägenhause, welches ihnen zugesagt war, geplant. Da der Ort aber kurz vorher sein Lokal zurückgegeben hatte, so fand nur ein Ausflug statt.

Bernau. Vormittag Spaziergang der Gewerkschaften durch die Stadt nach dem Schägenhause; Beteiligung 400 Personen. Um 1 Uhr gab die Gewerkschaftsversammlung (500 Personen) im „Elysium“ Referat: Genosse Bierleuther-Paulson.

Kottbus. Früh 6 Uhr Spaziergang in die umliegenden Ortschaften; Beteiligung 600 Personen. Vormittags 11 Uhr Volksversammlung; Beteiligung ca. 600 Personen.

Neudamm. Auch hier, wo uns kein Lokal zur Verfügung steht, hatten sich gegen hundert Genossen mit Familie in dem 1/4 Stunden entfernt liegenden Dorfe Kersienbrügge zur Maifeier eingefunden.

Wdershof. Die Maifeier verlief hier in würdevollster Weise. Zwei vom Gewerkschaftslokale einberufene Versammlungen, an welchen ca. 300 Personen teilnahmen, verliefen ohne jegliche Störung.

Provinz Pommern.

Im Wahlkreise Randow-Greifenhagen fand die Maifeier statt in den Ortschaften Grabow, Bredow, Jälschow, Kemitz, Podesch und Zeseth.

Neckermünde. Es fand hier um 11 Uhr vormittags eine öffentliche Versammlung statt, die von ca. 300 Personen besucht war.

Provinz Posen.

Posen. Um 12 Uhr mittags fand eine öffentliche Versammlung im Sommerlichen Lokale statt, in der Genosse Rieplo über die Bedeutung des 1. Mai sprach.

In Rawitsch versammelten sich die Parteigenossen im Partikelal und hörten einen Vortrag des Genossen Löbe über die Bedeutung des 1. Mai an.

Provinz Sachsen und Thüringen.

In Ibersgedörfen bei Erfurt feierten diesmal die Genossen selbständig ihr Fest. Morgens gemeinsamer Spaziergang bei starker Beteiligung.

In Langensalza fand am Abend eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Rand-Erfurt das Referat übernommen hatte.

Die Mülthäuser Genossen fuhren morgens in einer Anzahl Wagen der elektrischen Straßenbahn nach einem im Walde gelegenen Vergnügungsortal, um sich bei Konzert zu amüsieren.

Am der Feier in Suhl beteiligten sich mehrere hundert Personen. Vormittags fand eine stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse Michalis-Erfurt das Referat hielt.

Die Genossen in Albrechts bei Suhl machten nachmittags einen Ausflug in die Berge, um mit den Genossen von Denshausen, Fierbau usw. auf dem „Alpenhof“ zusammenzutreffen.

Goldlauter und Heiderbach, zwei in höchster Lage des Thüringer Waldes belegene Dörfer, feierten gemeinsam ihre Maifeier. Im wahren Sinne des Wortes kann man von hier sagen, alles was Weine hatte, war am Plage.

In Schmalkalden fand die Feier unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Die Festrede hielt der Genosse Schnell-Erfurt.

Die Genossen von Weimar hielten ihr Fest in Ehringsdorf ab. Die Teilnehmerzahl betrug 1200. Festredner war Genosse Henn-Erfurt.

In Apolda fand die Vormittagsfeier im Gewerkschaftshause statt. Eine große Anzahl Genossen aus Buttstädt beteiligten sich mit am Fest.

In Eisenach waren 1800 Festteilnehmer anwesend. Genosse Leber-Jena hielt die Festrede. Im übrigen fanden Volksbesprechungen aller Art statt.

Mehrere hundert Genossen aus Bürgel fanden sich in der „Sonne“ zusammen, um das Maifest zu begehen.

Die Ilmenauer Genossen hatten gleichfalls mit Verböten zu kämpfen, trotzdem gestaltete sich die Feier zu einer imposanten. Spaziergang ins Ausland, Konzert und Volksbesprechung bildeten das Programm.

In Roda bei Elgersburg fanden sich am Abend die Genossen und Genossinnen zu einer Festversammlung zusammen, in der Genosse Wiche-Erfurt das Referat übernommen hatte.

Auch die Genossen von Jüterbohlen hatten wie alljährlich eine größere Feier veranstaltet. Festzug, Volksunterhaltungen und Ball. Die Festrede hielt Genosse Kiese-wetter-Ibersgedörfen.

Die Genossen aus Gesehenda, die in ihrem Heimatsorte als schwarzburgische Staatsangehörige keinen Saal zur Verfügung haben, müssen, wenn sie zu politischem oder gewerkschaftlichem Tun zusammenkommen, nach dem „Ausland“, dem gotthaischen Orte Gräfenroda, gehen.

In Krensdorf beteiligten sich am Morgen spaziergang 450 Personen. Am Nachmittag und Abend fanden die Festteilnehmer in den zur Verfügung stehenden Lokalen nicht alle Platz.

In Rühliges hatten sich 300 Genossen im „Grünen Grund“ zusammengefunden, um das Maifest zu begehen.

Die Genossen der beiden Schwesterorte Jella und Wehlis begingen eine gemeinsame Feier bei äußerster starker Beteiligung durch Konzert, Unterhaltung und Festrede.

Gera und Umgegend hielt in sieben sehr stark besuchten Versammlungen seine Maifeier ab. Am Nachmittag wurde in schlichter begeistertester Stimmung das eigentliche Fest abgehalten.

Wünsch, Sachsen-Meiningen. Verlauf der Maifeier großartig! Von mittag ab herrliches Sommerwetter. Maifestzug viel größer wie frühere Jahre.

Norddeutschland.

Kiel, 2. Mai. Die gestrige Maifeier in Kiel und der Umgegend gestaltete sich wieder zu einer imposanten Kundgebung der hiesigen Arbeiterschaft.

Lübeck. Die Maifeier nahm hier einen außerordentlich günstigen Verlauf. In einer am Sonnabendabend im Vereinshause abgehaltenen

Volksversammlung referierte der Genosse Th. Meyer-Hamburg. Sonntagnachmittag wurde ein Demonstrationzug, an dem sich 30 Gewerkschaften und Vereine beteiligten, nach dem Walddorfer Friedhof unternommen.

Hannover. In vier Lokalen fand unsere Maifeier statt. Das Wetter, welches bis 4 Uhr wunderschön war, schlug dann in ein Gewitter mit zweifelhaftem Regen um.

Hessen.

Die Maifeier in Mainz hatte in diesem Jahre eine besondere Bedeutung infolge der Einweihung der neuen Rheinbrücke, die am 1. Mai in Betrieb genommen wurde.

In Wiesbaden veranstalteten die Gewerkschaften einen Festzug durch die Stadt, der außerordentlich große Beteiligung aufwies.

In Birgden (Westerwald) fand eine von circa 300 Personen besuchte Versammlung statt, in der Genosse Wetters über die Bedeutung der Maifeier sprach.

In Großgerau nahmen 1500 Personen an der Maifeier teil. In Bürgel wurde dieses Jahr zum erstenmal eine Maifeier abgehalten.

Die Maifeier im Rheingau ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, überall in der schönsten und friedlichsten Weise verlaufen.

In den umliegenden Orten von Hanau beteiligten sich zumeist an der Maifeier in Hanau; die Orte im Wiesbadener Wahlkreise veranstalteten aus Mangel an Sälen Maiausschlüge.

Besonders schön und imposant werden jedes Jahr die Maifeiern in den benachbarten hessischen Orten gefeiert.

Wiesbaden. Da dieses Jahr das Maifest auf einen Sonntag fällt, so kann leider nicht festgestellt werden, ob auch in Wiesbaden der Fortschritt der Arbeiterrunde in Einklang steht mit der stetig fortschreitenden Erstarkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Bayern.

München. Da dieses Jahr das Maifest auf einen Sonntag fällt, so kann leider nicht festgestellt werden, ob auch in München der Fortschritt der Arbeiterrunde in Einklang steht mit der stetig fortschreitenden Erstarkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Das eigentliche Maifest fand dann heute nachmittags statt und war von dem herrlichsten Wetter begünstigt. Verschiedene Umstände haben die hiesige Parteileitung veranlaßt, dieses Jahr einen neuen Festplatz zu wählen.



Stunde noch nicht gekommen ist, den Park an eine Brauerei verpachtete. Mit dem Weltfest der Arbeit wurde nun der ehemalige prächtige Park dem öffentlichen Verkehr übergeben. Der Besuch des Festes war geradezu riesenhaft; die Zahl der Festgäste, die sich aus allen Kreisen der Münchener Bevölkerung rekrutierten, ist bei der enormen Ausdehnung des Parks auch nicht annähernd zu schätzen, läßt aber die aller früheren Jahre weit hinter sich. Auf dem Festplatz herrschte selbstverständlich musterhafte Ordnung und Disziplin. Bei dem Zusammenbruch eines etwas gar zu leicht gebauten Starnfels, auf dem sich etwa 60 Personen — meist Frauen und Kinder — befanden, ist glücklicherweise keine nennenswerte Verletzung vorgekommen.

Die Raifeier in Nürnberg verlief wieder in der glänzendsten Weise. Vormittags fanden fünf große Volksversammlungen statt, die sich eines massenhaften Besuches zu erfreuen hatten und in denen eine gleich lautende Resolution mit den bekannten Raifeorderungen einstimmig angenommen wurde. Außer dem Protest gegen den Kapitalismus und seine Auswüchse, gegen Militarismus usw. wurde Stellung dagegen genommen, daß durch die in Nürnberg bestehende Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts es den Arbeiterinnen verweigert ist, an den Versammlungen teilzunehmen. Wie man hört, hatten die Civil- und Militärbehörden wieder großartige Vorbereitungen getroffen, um die etwa ausbrechende Revolution niederzuschlagen, aber zum großen Schrecken aller Schornmacher kam nicht die geringste Unordnung vor und die Demonstration ging würdig vor sich. Nachmittags fanden in zwei Gartenlößalen Raifeiern statt, die ebenfalls massenhaft besucht und wie die Versammlungen vom besten Geiste getragen waren.

Zu einer großartigen Kundgebung gestaltete sich auch die Raifeier der Zürcher Arbeiterkraft. Die Versammlung machte sowohl durch ihren zahlreichen Besuch als durch ihren imposanten Verlauf den erhebendsten Eindruck, ebenso das nachmittägliche Raifeier. Gegen das vom Bezirksamt erlassene Verbot des vom Magistrat genehmigten Raifeierzuges wurde scharf protestiert. Auch hier verhielten sich die Demonstranten würdig und besonnen und die staatsrettenden Mächte brauchten nicht in Aktion zu treten.

Die Raifeier im übrigen Nordböhmen nahm ebenfalls, soweit bis jetzt Berichte vorliegen, einen glänzenden Verlauf. Besonders lothaler Beteiligung erfreuten sich die Feste in den Städten Prag, Pilsen, Brünn, Olmütz, Haidingfeld und Schweinfurt. In Schweinfurt hatte der Magistrat den Festzug gestoppt, während anderwärts überall die Behörden den Umzug des Staates befürworteten, wenn die Arbeiter in geschlossenem Zuge zum Festplatz marschieren würden. Der Schweinfurter Festzug hatte auf die Landbewohner so starke Anziehungskraft ausgeübt, daß sie sich scharenweise einfanden. Mancher neue Anhänger wurde unserer Partei dadurch gewonnen.

In Haidingfeld war der Festzug zwar auch verboten, aber unsere Genossen verstanden es doch so einzurichten, daß er thatsächlich stattfand. Als der Referent, Genosse Franz Schmitt, um 2 Uhr mit dem Zuge am Bahnhof ankam, wurde er von den Parteigenossen, die alle rote Abzeichen trugen, abgeholt, und unter Voranfuhr von Radfahrern marschierten sie in geschlossenem Zuge durch alle Straßen der Stadt. Aus allen Fenstern, mit Ausnahme der an den Häusern der Magistratsbesitzer, schaute alles riefig belustigt dem Zuge zu. Vor dem Hause des Bürgermeisters wurde Halt gemacht und ein schönes Lied gesungen. Der einzige Polizist, der sich unterwegs blicken ließ, schlug sich alsbald seitwärts in die Wäsche.

Die Frauen, die in ziemlich allen Versammlungen zahlreich vertreten waren, wurden überall von der Polizei ausgewiesen, weil die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Bayern so spitzfindig praxifiziert wird, daß die Raifeiere einfach als Veranstaltung eines politischen Vereins — hier der sozialdemokratischen Partei, — an denen Frauen und Kinderjährige nicht teilnehmen dürfen, betrachtet werden.

Auch in zahlreichen Landorten wurden Feste veranstaltet, die sämtlich den schönsten Verlauf nahmen.

Aus der Pfalz wird berichtet: Die Raifeiere nahm, vom herrlichsten Wetter begünstigt, allerorts einen prachtvollen Verlauf. Die Versammlungen in Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt, Speier, Kaiserslautern, Birmensfeld, um nur die Hauptorte zu nennen, waren außerordentlich stark besucht. Die Festlichkeiten, die meistens im Freien stattfanden, hatten einen unerwarteten Verlauf zu verzeichnen. So fanden sich beispielsweise auf der Nachmittagsfeier der Ludwigsbahner Arbeiterkraft, die auf einer Wiese in dem nahegelegenen Rheingönheim stattfand, über 10 000 Arbeiter mit ihren Angehörigen ein. Die Polizei hatte sämtliche Auf- und Umzüge, die für den Tag in den pfälzischen Städten geplant waren, verboten. Geschadet hat uns das Verbot nicht und den Oberen nützt es nicht.

### Württemberg.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Stuttgart fand nachmittags unter Vortritt herrlicher Schulpflicht ein Umzug statt, an dem sich etwa 4000 Personen beteiligten. Die Gewerkschaften führten ihre Fahnen und Standarten mit. Eine rote Fahne wurde dem Zuge vorangetragen. Gegen das vorige Jahr hatte die Polizei den Umzugsweg erheblich eingeschränkt und ihn vornehmlich an die Peripherie der Stadt gedrängt. Ein Gewitter unterbrach den Umzug. Abends fanden vier Versammlungen statt, die von mindestens 8000 Menschen besucht waren. In Cannstatt veranstalteten 2000 Personen einen Umzug mit Fahnen und Standarten. Die einzelnen Branchen hatten entsprechende Kostüme angelegt. Umzüge und Versammlungen wurden auch abgehalten in Heilbronn, Reutlingen und Esslingen. In Ulm war der Umzug polizeilich verboten worden. In ganz Württemberg wurden etwa 70 Versammlungen abgehalten. Die Beteiligung hat gegen früher erheblich zugenommen, was besonders in den Schwarzwalddörfern bemerkt wurde.

### Baden.

Mannheim, 1. Mai. Die Entrechtungs- und Vergewaltigungs-politik des Ministeriums der Freiheit und Gerechtigkeit hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Wie kaum jemals zuvor, war die heutige Raifeiere eine imposante Demonstration unserer werktätigen Bevölkerung gegen die politischen und sozialen Zustände des Kaiserstaates. Im ganzen liberalen Münsterlande, von Konstanz bis herab an die Neckarbindung, hatte die Kaiserliche Regierung wohl einem allgemein gültigen Verbot von Berlin aus folgend, ohne jede Ausnahme jede öffentliche Demonstration der Arbeiterkraft am 1. Mai verboten, selbst harmlose Familienausflüge ohne jede ausgesprochen propagandistische Tendenz waren dem ähnlichen Verbot zum Opfer gefallen. Hier in Mannheim, der Industriemetropole des badischen Landes, wo man sich einer besonders fürstlichen Polizei-Aufsicht erfreut, war der Arbeiterkraft nicht einmal gestattet worden, dem offiziellen Teil des Raifeierfestes ein Tanzergnügen folgen zu lassen, obwohl in den früheren Jahren die ähnlichen Veranstaltungen stets ohne jede Störung oder Ordnungswidrigkeit verlaufen waren. Diese offensichtliche Entrechtung der aufgestellten Arbeiterkraft trat so offen den Stempel einer bezwungenen Schornmacherregel, daß selbst in bürgerlichen Kreisen lebhaftes Mißfallen darüber geäußert wurde. Kein Wunder, wenn sie dann erst die betroffene Arbeiterklasse zu flammendem Protest auf die Beine rief. Die heutige Massenversammlung war ein lebendiges Zeichen dafür, wie sehr alle derartigen Polizeimaßnahmen in ihrer Wirkung genau ins Gegenteil umschlagen. Wohl 7000 Menschen, Frauen und Männer, füllten den Riesensaal des städtischen Hofgartens, des größten Saalabbaues des Reiches, als um 3 Uhr die Raifeiere der Arbeiterkraft des 11. badischen Reichstagswahlkreises eröffnet wurde. Alle Organisationen der Arbeiterbevölkerung, Arbeitervereine, Turn- und Musikvereine wirkten zusammen, um dem Feste die Weihe zu verleihen, Massengesänge und Solovorträge musikalisch veranlagter Genossen wechselten in bunter Folge ab. Den Mittelpunkt der Feier bildete die etwa 3/4stündige Festrede unseres Reichstags-Abgeordneten Dreesbach, der in kurzen, maßigen Sätzen die Bedeutung der internationalen Maidemonstration des Proletariates darlegte, dabei einen Rückblick auf das verfloßene Jahr des Wahlkampfes warf und mit dem Hinweis auf die sieghafte

Zukunft des sozialistischen Gedankens die Kiesenversammlung zu säkularisieren, begeistertem Beifall hinstieß. Mit dem Abingen der Arbeitermarke und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie schloß die imposante und eindrucksvolle verlaufene Massenversammlung. Das Ministerium Schenkell wird am Verlauf der Raifeiere wie ohne Zweifel auch der übrigen Feiern im Lande gesehen haben, wie sehr es mit der Auffassung auf dem Holzweg ist, als könnte mit polizeilichen Maßgebungen eine Bewegung wie die sozialistische unterdrückt werden.

Außerdem fanden im 11. badischen Reichstags-Wahlkreise in Rhein- und Ludwigs-Raifeiern statt. Zu diesen wie zu den Feiern in Karlsruhe, wo Expedient Pfeiffel, und in Pforz, wo Dr. Frank sprach, hatte Mannheim die Referenten gestellt.

### Ausland.

In Schweden war die Beteiligung an der Raifeiere stärker als je zuvor. Die gewaltigste und umfangreichste Demonstration war selbstverständlich die in Stockholm. Hier marschierten im Demonstrationzuge mit seinen 37 Musikkapellen 25 000 Menschen, darunter sehr viele Frauen, der Fahne des Allgemeinen Frauenklubs folgten allein 500 Frauen. Auf dem Sammelplatz, wo drei Rednertribünen errichtet waren, stieg die Zahl der Teilnehmer auf 40 000. Dort wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter Stockholms sich solidarisch erklären mit den Arbeitern aller anderen Nationen im Kampf für eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung und für den gesetzlichen Achtungstag, ferner aber protestieren gegen die politische Unmündigkeit, in der die Arbeiterkraft Schwedens noch immer künstlich erhalten wird, und gegen die daraus folgende Klassenpolitik, und von neuem die Forderung auf ein wirklich allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht erheben. — Die ganze Demonstration verlief in musterhafter Ordnung. Auch in allen anderen Städten Schwedens war, soweit bis jetzt Berichte vorliegen, die Teilnahme außerordentlich stark. So nahmen z. B. in Göteborg 10 000, in Malmö ebenfalls 10 000 Personen an der Demonstration teil. Es liegen außerdem bis jetzt aus 40 Städten und Orten Nachrichten über die Raifeiere vor. Sogar jenseits des Polarkreises hat sich die Idee der Raifeiere schon Bahn gebrochen: in Gallivare demonstrierten 800 Personen, in Kiruna, 20 Meilen über dem Polarkreis, sprach Frau Kate Dalström aus Stockholm vor 1200 Personen. Dort im äußersten Norden wurde ebenso wie in den übrigen Städten die oben erwähnte Resolution angenommen.

### Lokales.

#### Vom Berliner Wohnungselend.

In den Berliner Mietshäusern birgt sich, oft hinter einer Außen-seite, die nichts weniger als abstoßend ist, eine Hölle des trassesten Elends, hervorgerufen durch erbärmliche, in jeder Hinsicht ungenügende Räume, die den Namen einer Wohnung nicht verdienen, trotzdem aber als Wohnstätten benutzt werden. Den Proletariern, die in solchen jämmerlichen Räumen hausen müssen, kommt das Elend, welches ihnen die kapitalistische Ausbeutung des Wohnungswesens bereitet, oft gar nicht zum Bewußtsein, weil sie leider nie bessere Verhältnisse gekannt haben, und auch die Deffektivität erfährt nur selten einmal an der Hand besonders trasser Einzelsfälle etwas von der fürchterlichen Misere des großstädtischen Wohnungselends.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker hat sich ein Verdienst im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt erworben, indem er seit einigen Jahren die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Kassenmitglieder durch seine Krankenkontrollen feststellen läßt. Es ist jetzt das dritte Mal, daß der genannte Vorstand die Ergebnisse seiner Erhebung in sorgfältiger Bearbeitung der Deffektivität übergibt. Die soeben erschienenen, von Albert Kohn bearbeitete Wohnungs-Enquete für das Jahr 1903 bildet eine anschauliche Illustration zu dem Kapitel: Berliner Wohnungselend. Sie zeigt, daß der weitaus größte Teil der erkrankten Kassenmitglieder sich mit Wohnungen behelfen muß, die weit zurückliegen hinter den Anforderungen, welche die Hygiene an menschliche Wohnungen stellt.

Von den 12 934 Patienten (7124 männliche und 5810 weibliche) sind es 4800 Männer und 3944 Frauen, bei denen die von anerkannten Hygienikern aufgestellte Forderung: 10—20 Quadratmeter Bodensfläche für den Wohnraum, 20—25 Quadratmeter für einen Wohn- und Schlafraum nicht erfüllt ist. — Die Berliner Saupolizei-Ordnung schreibt als Mindesthöhe für Räume, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, 2,80 Meter vor. 2453 männliche und 1779 weibliche Kranke bewohnten Zimmer, welche niedriger sind als 2,80 Meter, ja 845 Männer und 560 Frauen bewohnten Räume, die noch nicht einmal 2,50 Meter hoch sind, und wie finden sogar Wohnräume, deren Höhe nur 1,60 Meter beträgt, in denen also ein Mann von mittlerer Größe nicht aufrecht stehen kann. — Mindestens 20 Kubikmeter Lufteraum für die Person ist eine anerkannte hygienische Forderung, die jedoch bei 4122 männlichen und 3187 weiblichen Patienten nicht erfüllt ist. 1420 Männer und 910 Frauen hatten noch weniger wie 10 Kubikmeter Lufteraum zur Verfügung. Das Elend, welches in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, erscheint noch trasser, wenn man bedenkt, daß es sich hier um leidende, oft mit anstehenden Krankheiten behaftete Personen handelt, die solche elenden Räume noch mit anderen Bewohnern teilen müssen, wodurch diese der Gefahr einer Ansteckung ausgesetzt sind.

Ein Bild entsetzlichen Elends entrollt sich vor unsern Augen, wenn wir erfahren, daß 263 kranke Männer und 148 kranke Frauen im Winter keinen heizbaren Aufenthaltsraum zur Verfügung hatten, daß 1062 männliche und 769 weibliche Kranke auf Räume angewiesen waren, in die das Tageslicht nur ungenügend Eingang findet, während 76 Männer und 36 Frauen sogar in fensterlosen Löchern hausten und 535 Männer und 312 Frauen in feuchten Räumen angetroffen wurden. — Nicht bedenklich ist es vom hygienischen Standpunkt aus, daß ein gemeinsames Klosett in 2432 Fällen von 11—40 Personen, und in 79 sogar von mehr als 40 Personen benutzt wurde.

Die angeführten Zahlen geben ein betrübendes Bild von den traurigen Wohnungsverhältnissen der Proletarier des Gewerbebetriebes, die Schattenseiten dieses Elendsbildes erscheinen aber noch dunkler durch eine Reihe von Einzelschicksalen, die durch statistische Zahlen nicht ausgedrückt werden können. Wir führen hier nur einzelne, ohne Wahl herausgegriffene Beispiele an: Ein lungenkranker Patient liegt in einem Raum, in den weder Licht noch Luft gelangt, da das kleine Fenster durch eine Mauer fast ganz eingebaut ist. — Ein Nebenleibender bewohnt eine schmutzige Kammer, durch Scheiben in der Thür dringt kein Lichtstrahl, der Raum gleicht einem Kerker. — Ein an Mandelentzündung erkranktes Mitglied wohnt in der Wölbung des Thortwegs. Der Raum ist nur 1,75 Meter hoch und hat keine Heizmöglichkeit, der als Küche benutzte Nebenraum ist noch niedriger.

Dem Bericht sind einige wiedergaben photographischer Aufnahmen von Wohnräumen der Kassenmitglieder beigelegt. Deutlicher als es Worte vermögen, geben diese Bilder den Eindruck menschenunwürdiger Wohnungen wieder. Der Bearbeiter der Statistik betont, daß bei der Auswahl dieser Elendsdarstellungen in Worten und Bildern keine Tendenz bestimmend war. Es sind nicht etwa besonders schlecht beschaffene Straßen- oder Stadtecke herausgegriffen; sowohl der Westen wie der Osten, die Peripherie wie das Centrum der Stadt sind berücksichtigt, und überall zeigt sich dasselbe Bild des Elends.

Was uns die Statistik der Orts-Krankenkasse der Kaufleute vorführt, ist nur ein kleiner Teil der menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse, welche in Berlin herrschen. Die Angehörigen anderer Berufe wohnen womöglich noch schlechter, sicher nicht besser, wie die im Handelsgewerbe Beschäftigten. Es wird noch manche Arbeit und mancher harte Kampf erforderlich werden, ehe Staat und Gemeinde ihre sozialen Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfüllen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl je eines Mitgliedes in den Ausschuss für die Wahlen von unbeforderten Gemeindebeamten. — Beschlußfassung über den Beginn und die Dauer der Sommerferien der Versammlung. — Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: Die Erwerbung von Straßenland vor dem Grundstück Lothringersstraße 1/7 und Brenzlauer-Allee 240, — den Neubau der Drahtenbrücke — und die Uebernahme der Grundstücks-Ver- und Entwässerungspolizei durch die Stadtgemeinde. — Vorlagen, betreffend: die Vornahme von Ersatzwahlen für die Einkommensteuer-Veranlagungskommission, — das Danischreiben des Magistrats in Kalesfeld für die Spende der Stadt Berlin, — den Verkauf einer Baumstange an der Großgörschenstraße — und den Abschluß eines Kaufvertrages über ein Grundstück in Kalesberge. — Berichterstattung betreffend die Wahl eines Bürgerdeputierten für die Gewerbe-Deputation und eines bürgerlichen Mitgliedes für die Ersatzkommission II. — Vorlagen, betreffend die Gewährung eines Ehrengehalts, — die Erledigung des Mandats des Stadtv. Leid.

Arbeiterklub in Theatern? Anscheinend veranlaßt durch interne Vorläufe in einem hiesigen Theater ist in der verfloßenen Woche sämtliche Theatern und großen Spezialitätenbühnen Berlins der folgende Fragebogen des königlichen Polizeipräsidiums, Abteilung I (Theater) zugegangen:

Die Direktion eruche ich ergebenst, mir über die nachstehend aufgeführten Fragen unter thunlichster Beschleunigung Auskunft zu geben.

1. Sind in dem dortheatigen Theater Gehaltsabzüge als Strafen für dienstliche Verfehlungen des künstlerischen und technischen Personals vorgezogen?

Bejahendenfalls:

Stehen die Strafen in einem bestimmten Verhältnis zur Lage und in welchem? Werden die Strafen von der Direktion allein oder von einer Kommission von Bühnengehörigen bezw. unter Mitwirkung einer solchen verhängt?

Welches ist der Verwendungszweck der eingegangenen Straf-gelder?

2. Ist das Verschreiten des Rechtsweges in Streitfällen unterliegt?

3. Werden den Bühnengehörigen, event. den Chormitgliedern die Kostüme geliefert?

4. Befinden sich in den von Ihnen abgeschlossenen Verträgen Bestimmungen, welche ein Witmachen von Proben vor dem Vertragszeitpunkt ohne Entschädigung verlangen?

5. Für wie lange wird Ihren Bühnenmitgliedern für den Fall einer Krankheit die vertragsmäßig festgesetzte Gage ganz oder teilweise fortgezahlt?

Der Beantwortung der Frage 1 bitte ich ein Verzeichnis der in den Monaten Januar bis 1. März d. J. einschließig verhängten Strafen beizufügen, in welchem angegeben sind die Namen der Verstraften, die Höhe und der Grund der Verstrafung.

Im Auftrage: v. G. Lafenapp.

Wenn die Behörde sich ernsthaft der Zustände in hiesigen Theatern annehmen will, so wird sie schlimme Dinge zu beseitigen haben. Zu wünschen wäre, daß sie nicht allein die Theaterdirektoren, sondern auch die Organisationen der Künstler und der Theaterarbeiter befragte.

Polizei und Strafenhändler. Ueber den neuen Entwurf der Polizeiverordnung betreffend die Beschränkungen in der Ausübung des Straßenhandels ist die Reichshauptstädtische Korrespondenz in der Lage, jetzt nähere Mitteilungen machen zu können. In der beigegebenen Begründung geht der Polizeipräsident grundsätzlich auf die Vorgeschichte dieser seit länger als drei Jahren schwebenden Angelegenheit ein und spricht sich ziemlich naiv über den Zweck aus, der mit den zahllosen Strafverfügungen gegen Straßenhändler herbeigeführt werden sollte. Der betreffende Satz lautet: „Auch noch so zahlreiche Verstrafungen aus § 88 der Straßenordnung sind, wie die hiesigen Akten unzweifelhaft ergeben, nicht imstande, die Straßenhändler zur Aufgabe ihres Gewerbes zu bewegen, und die Höhe der anstandslos bezahlten Straffsummen ergibt am besten, wie lohnend das Geschäft (trotz gelegentlicher Einschränkungen durch die Exekutivbeamten in Verkehrsinteressen) immer noch ist; dazu kommt, daß zahlreichere Händler von Unternehmern auf Provision zum Vertriebe von Waren im Straßenhandel angenommen und hierbei mehr oder minder ausbeutet werden, und daß in immer steigendem Maße die Festiger fester Verkaufsstellen sich genötigt glauben, ebenfalls ihre Waren auf Wagen zu laden und freizubieten, um der Konkurrenz des Straßenhandels die Spitze bieten zu können. — Danach sieht es so aus, als ob man am Alexanderplatz den Straßenhandel an sich schon für ein Verbrechen hält, das ebenso wie Mord und Totschlag durch harte Strafen ausgerottet werden müsse.“

Das Anwesen in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag hat eine weit größere Ausdehnung gehabt als jenes vom 14. April 1902, das nur Teile von Berlin traf und in der nächsten Umgebung von Berlin nur geringfügigen Schaden verursachte. Wie jetzt bekannt wird, hat die Gegend von Werder, Potsdam und Brandenburg an der Havel durch Hagelschlag strichweise großen Schaden erlitten. In Lindow bei Brandenburg schlug der Blitz spät abends in ein Stallgebäude ein, das dadurch eingestürzt wurde. Das Wohnhaus des Wägners B. konnte nur mit Mühe gerettet werden. Schließlich kam der Wollenbruch der Feuerwehr zur Hilfe. Auch im Süden und Osten von Berlin haben die Gewitter großen Schaden, namentlich an blühenden Bäumen verursacht. Am Montag war der Boden in den Gärten mit Blüten förmlich bedeckt. Da, wo es geschagelt hatte, waren nicht nur die jungen Blätter der Bäume, sondern auch die Saaten hart betroffen worden.

Das Gottesgericht. Eine sehr stimmungsvolle Einsendung bringt die „Deutsche Zeitung“ des alldeutschen Weltrederers Dr. Lange über die Raifeiere vom Sonntag:

„Von der Raifeiere“ — ein viel zu poetischer Name für das was er bezeichnet — habe ich nur wenig gesehen, nämlich nur den Schluß. Das wenige aber genügt vollkommen, um mein Innerstes zu empören: Kinder jeden Alters mit roten Laternen (sogar die Kerzen waren von dieser Farbe), auf denen in großen, geschmacklosen Lettern stand: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ Ja sogar das Bild irgend eines „roten“ Helms oder „Märtyrers“ war darauf zu sehen. Mit solchen unreifen Menschen, die sich nicht scheuen, eine reine Kinderseele zu vergiften, wird als mit Gleichberechtigten verhandelt! — Wie ein Gottesgericht schien mir da das reinigende Gewitter, vor dessen Gewalt jener Fiesling (ein Zeugnis von Dummheit und Gemeinheit) keinen Bestand hatte, vielmehr in der Gasse sein verdientes Ende fand.“

Bei dem Manne, der diesen Blödsinn seinem Leibblatt ferdient, hat's offenbar am Sonntag eingeschlagen. Es zeigt aber von einer sträflichen Oberbäuflichkeit in der Redaktionsleitung, daß Herr Dr. Lange nicht gemerkt hat, mit welchem bedauerlichen Opfer des „Gottesgerichts“ er es zu thun hatte.

Sommer-Sonderzüge werden, wie schon kurz mitgeteilt, auch in diesem Jahre zu ermäßigten Fahrpreisen zur Beförderung gelangen. Von zuständiger Seite wird uns über die Abfahrts- und Abfahrtszeiten, soweit dieselben bereits annähernd feststehen, folgendes mitgeteilt: „Früh- und Ferien-Sonderzüge werden abgefahren: 1. nach Hamburg, Kiel, Helgoland u. am 21. Mai, 9. und



16. Juli sowie am 18. August (ab Lehrter Hauptbahnhof am 21. Mai, 16. Juli und 18. August 8,20 Uhr nachmittags und 10,20 abends, am 9. Juli 11,28 vorm. und 10,26 abends); 2. nach dem Piesen-gebirge am 21. Mai, 9. und 15. Juli sowie am 18. August (ab Sörlicher Bahnhof ungefähr 8,12 vorm.); 3. nach Dresden und Schandau am 21. Mai, 10. und 16. Juli sowie 14. August (ab Anhalter Bahnhof am 21. Mai, 16. Juli und 14. August 2,10 nachm., am 10. Juli 7,15 vorm.); 4. nach Wien-Korndorfer über Dresden-Dresden am 16. Juli (ab Anhalter Bahnhof 2,10 nachm.); 5. nach München, Lindau, Ruffeln, Salzburg, Bad Reichenhall, Frankfurt a. M., Straßburg, Basel, Triberg etc. zu Beginn der großen Sommerferien sowie des ersten und zweiten Teils der Ferienferien (Abfahrtszeiten stehen noch nicht fest); endlich 7. nach Stuttgart, Ulm und Friedrichshafen in der zweiten Hälfte des Juli (Abfahrtszeit steht noch nicht fest). Jeder Sonderzug wird von der Igl. Eisenbahndirektion rechtzeitig vorher bekannt gemacht werden.

Die neueste Denkmals-Erhöhung im Tiergarten erfolgte gestern in Gegenwart des Kaisers. Ein „Jung-Wilhelms-Denkmal“, wie im angenehmen Deutsch ein Standbild genannt wird, das Wilhelm I. als Jüngling darstellt, ist auf der Weisen-Insel errichtet worden.

Gefunden wurde am Sonntag auf der Meißeler in der „Neuen Welt“ ein Selbstmörder mit kleinem Geldbetrag. Abzuholen in der Expedition Prinzessin 31.

An den Folgen von Unfällen sind wieder zwei Kinder gestorben. Der Kaufmann Freidank, der mit seiner Frau und drei Kindern bis zu 6 Jahren im vierten Stock des Hauses Markdorferstr. 105 zu Reinickendorf wohnte, holte am Sonntag das Mittagessen für seine Familie aus einer Gastwirtschaft, da seine Frau krank im Bett lag. Als er weggegangen war, stieg sein 3 Jahre altes Töchterchen Margarete auf das Fensterbrett, um einem Gärtner zuzusehen, der auf dem Hinterland des Grundstücks an der Anlage eines Gartens arbeitete. Das Kind verlor das Gleichgewicht und stürzte, während sich seine Geschwister bei der Mutter im Krankenzimmer befanden, in die Tiefe. Es zog sich einen Schädelbruch zu und starb, obwohl Freidank es sofort mit einer Droschke nach dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus brachte. — Die Frau des Schriftsetzers König aus der Rattenstr. 16 löschte vor einigen Tagen Milch, während sich ihr ungefähr 2 Jahre altes Töchterchen betrub bei ihr in der Küche aufhielt, und stellte dann den Topf auf den Tisch. Als sie nun an der Kochmaschine zu ihm hatte, tastete die Kleine hinter ihrem Rücken nach dem Topf und rief ihn um. Die heiße Milch ergoß sich über das Gesicht und die Arme und verbrannte sie so schwer, daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Dort starb sie jetzt an den Folgen der Verbrühungen.

Selbstmord eines Studenten. Der 23 Jahre alte Student der Chemie Rudolf Wittgenstein aus der Uhlendorferstr. 170, der Sohn eines Kaufmanns aus Wien, kam gestern abend um 9/10 Uhr in die Gastwirtschaft von Leberberg in der Brandenburgerstr. 13, wo er in den letzten vierzehn Tagen zwei Mal gewesen war, und bestellte Milch mit zwei Gläsern. Nachdem er eine Weile sehr verstört dagelesen hatte, ließ er dem Kellner eine Flasche Selters und einen Cognac geben und erbat sich dafür sein Lieblinglied „Verlassen bin ich“. Während der junge Mann dieses spielte, nahm der Student Chankali und sank rötend auf seinem Stuhl zusammen. Der Wirt holte drei Ärzte aus der Nachbarschaft, aber sie konnten nicht mehr helfen, der Vergiftete starb unter ihren Händen. Wittgenstein hinterließ zehn Abschiedsbriefe. Seinen Eltern schrieb er, daß er sich das Leben genommen habe, weil ein Freund von ihm gestorben sei. Ohne dem wollte er nicht länger auf der Welt sein.

Ein trauriges Nachspiel hat eines Liebesgeschichts gehabt, über die wir vor längerer Zeit berichteten. Der Buchhandlungsreisende Gustav Markgraf, ein Lehrling aus Königsberg, hatte ein Verhältnis mit der Goldschmiedstochter Maria Mittelstet aus der Böhmerstr. 42. Der junge Mann war verkommen. Er war erst Handlungsgehilfe, dann Speises- und Geschirrgutträger bei Wälinger, hierauf Verleihenleerer und endlich Buchhandlungsreisender. Als solcher unterhielt er 60 M. Aus Furcht vor Strafe wollte er sich das Leben nehmen und berebete das Mädchen mit ihm zu sterben. Nachdem er sich von dem Wochenlohn seiner Geliebten einen Revolver gekauft hatte, ging er mit ihr in ein Hotel in der Breslauerstraße und verlegte dort sie und sich selbst durch mehrere Revolverkugeln. Das Mädchen starb im Krankenhaus, Markgraf dagegen blieb am Leben, verlor aber durch einen Schuß in den Mund die Sprache. Nachdem er nach der Entlassung aus dem Krankenhaus eine Zeit lang auf der Präsentation in der Charité beobachtet worden war, wurde er in Untersuchungshaft gesetzt. Das traurige Geschick seiner Tochter ging Mittelstet so nahe, daß das Leben keinen Wert mehr für ihn hatte. Von Tag zu Tag grünte er sich mehr, auch die Zeit heilte seine Wunde nicht. Gestern morgen machte er in seiner Wohnung durch Gift seinem Leben ein Ende.

Neber den Verbleib des seit mehreren Tagen vermißten Fräulein Germaine Burdo-Rothorn fehlt trotz eifriger Nachforschungen der Behörden bisher jede Spur. — Die trostlose Mutter, welche der Überzeugung ist, daß ihre Tochter in einem Anfall von Schwermut planlos unterirrt, bittet dringend, von jedem, auch dem geringsten Anhalt, der zur Ermittlung der jungen Dame führen könnte, nach ihrer Wohnung — Roßstraße 56 — Nachricht zu geben. Fräulein Burdo-Rothorn, eine schlank Erscheinung mit dunklem Haar und schwarzen Augen war mit einem kurzen, braunen Saletot, gelbem Strohhut mit schwarzen Sammtband, schwarzem Rock und grau und schwarz gestreifter Bluse bekleidet. Demjenigen, der den Aufenthaltsort der Verschwindenden so nachweist, daß sie in Empfang genommen werden kann, wird eine Belohnung von 200 M. zugesichert.

Im Berliner Buchgewerbesaal, Friedrichstr. 231, ist zur Zeit eine Sammlung modern ausgestatteter Buchseiten, sowie Arbeiten der Steglitzer Werkstatt und moderner Buchdruck von Walter Dittlieb und Lucian Bernhardt ausgelegt. Der Buchgewerbesaal ist täglich von 11—2 Uhr mittags geöffnet; es heißen den Besuchern die Fachzeitschriften und die Bibliothek der Berliner Topographischen Gesellschaft zur Verfügung frei.

Theater. Die erste Aufführung des Lustspiels „Die Thranen der Thranen“ im Schiller-Theater O. mußte wegen Erkrankung des Herrn Reich Piegel, der eine der Hauptrollen spielen sollte, um einige Tage hinausgeschoben werden. Freitag und Sonnabend wird daher „Ein Duell“ und „Ein Sonnenstrahl“ wiederholt. — Im Belle-Alliance-Theater finden nur noch drei Vorstellungen vom „Hochsturz“ statt. Die Eröffnung der Sommerferien für das Theater erfolgt Sonnabend, den 7. Mai, mit der Feste „Kamrad Lehmann“, die nach einem älteren französischen Stoffe von Jean Aron und Leopold Elz verfaßt ist. Sämtliche Gesangsstücke zu den Complots und Liedern rühren von Alfred Schönfeld her; Julius Einödhofer hat die Musik komponiert. Die nächste Aufführung von „Charles Tante“ findet Sonntagvormittag 8 1/2 Uhr statt. — Hedwig Wangel, die seit mehreren Tagen durch Indisposition an der Ausübung ihrer künstlerischen Thätigkeit behindert war, tritt heute wieder im Neuen Theater als Mälerin in „Kabale und Liebe“ auf und wird am Freitag im Kleinen Theater wieder die Titelrolle in Erich Schallers Komödie „Des Pastors Nichte“ spielen. — Im Central-Theater gelangt am nächsten Sonntag nachmittags das bekannte Schauspiel „Trilby“ mit Frä. Paula Worm in der Titelrolle zur Aufführung. Die Regie führt Herr Ferdinand Worm. Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr wird „Der Sonnenvogel“ gegeben.

Circus Busch. Nun kann „der Berliner“ in die Sommerfeste — sofern er Zeit und Geld dazu hat, denn jetzt hält ihn keine Pflicht mehr. Die große Frage, die auf der Hochbahn, der Elektrischen und auch im Omnibus seit Wochen die Gemüter von „ganz Berlin“

beschäftigte, ist gestern abend entschieden worden. Sieger in den Ringkämpfen ist nach 1/2stündigem Kampfe Koch geblieben. Und da der Sieger in diesem Kampfe ein Deutscher ist, ist ja wohl auch die „nationale Ehre“ gerettet. Freilich — auch sein Gegner Oberle war ein Deutscher, so daß nach der Seite hin die Gefahr nicht allzu groß war. Auf alle Fälle zeigte die Periode der Ringkämpfe, welche tüchtiger — Geschäftsmann Herr Direktor Busch ist und wie gut er seine Berliner kennt!

## Aus den Nachbarorten.

### Regelung des städtischen Submissionswesens in Charlottenburg.

Der Charlottenburger Magistrat teilte der Stadtverordneten-Versammlung einen Beschluß betr. die Regelung des Submissionswesens mit. Als Grundgesetz für die Verbindung ist die öffentliche Ausschreibung nach wie vor als Regel an die Spitze gestellt. Daneben ist die engere, sich nur an gewisse Unternehmer wendende Ausschreibung sowie die freihändige Vergebung zugelassen. Als für engere Ausschreibungen geeignet sind Vergebungen kleineren Umfangs bis zu 3000 M. und solche in eiligen, dringlichen Fällen anzusehen. Doch soll hierbei auf einen Wechsel der Aufzufordernden und auf eine angemessene Beteiligung von Charlottenburger Unternehmern Bedacht genommen werden. Für die Zuschlagserteilung gilt der Grundsatz, daß den Zuschlag derjenige Unternehmer erhält, dessen Angebot das wirtschaftlich vorteilhafteste ist; unter sonst gleichartigen Angeboten soll dem eines Charlottenburger Unternehmers vor dem auswärtigen Unternehmer der Vorzug gegeben werden. Ausschließen müssen alle diejenigen Unternehmer, denen es entweder an der erforderlichen Erfahrung und Sachkenntnis fehlt oder die sich in unlauterem Wettbewerb über die gesetzlich verbürgten Rechte ihrer Berufsgenossen hinwegsetzen bezw. in jäckentloser Ausnutzung der Arbeitskraft die Preise derart drücken, daß ihre Preisforderung in offenbarem Mißverhältnis zu Arbeit und Lieferung steht. Zu dieser Art von Unternehmern sind solche zu rechnen, bei denen ein genügender Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß die von ihnen in ihrem Betriebe gezahlten Löhne hinter den üblichen Löhnen zurückbleiben. Einfacher wäre es gewesen, der Magistrat hätte in alle Verträge die anständige Lohnklausel aufgenommen, so daß nur diejenigen Unternehmer berücksichtigt würden, die die zwischen den Arbeiterorganisationen und den Unternehmerorganisationen ihres Gewerbes vereinbarten Arbeitsbedingungen erfüllen.

Deputationsmitglieder sind von der Beteiligung an solchen Arbeiten und Lieferungen, welche die betreffenden Deputationen vergeben, ausgeschlossen. Nach wie vor aber ist es zulässig, daß Mitglieder der Verwaltung, seien es Magistratsmitglieder, seien es Stadtverordnete, städtische Arbeiten übernehmen. Die Vorschläge bleiben in dieser Beziehung also hinter denen anderer Gemeinden zurück.

Aus den Vorschriften über die Erfüllung, sowohl über die Abnahme als über die Zahlung, haben wir die Streik-Klausel heraus. Der Magistrat nimmt hier anscheinend einen neutralen Standpunkt ein; in Wirklichkeit aber hält er es mit den Unternehmern. Statt die Streik-Klausel einfach zu verwerfen, behält sich die Verwaltung, falls während der vertraglich festgesetzten Ausführungsfrist ein Streik eintritt, vor — abgesehen von den Fällen höherer Gewalt — darüber zu entscheiden, ob bezw. inwiefern eine Verlängerung der festgesetzten Fristen nach Lage der jeweiligen Verhältnisse erfolgen soll. Zur Begründung wird geltend gemacht, daß, soweit der Streik im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs sich als höhere Gewalt darstellt, die Folgen desselben lediglich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zu beurteilen seien. Soweit das nicht der Fall sei, bestehe darüber in den verschiedenen Gruppen der interessierten wirtschaftlichen Vereinigungen und Interessenten ein lebhafter Streit. Während die Arbeitgeber weitgehende Konzessionen hinsichtlich der Einhaltung der Lieferfristen und sonstigen Vertragsbedingungen bei jedem Streik verlangen, wofür das Gewerbe des betreffenden Unternehmers betroffen habe, protestierten die Arbeiter und deren Vertreter umgekehrt gegen jedes derartige Entgegenkommen der Behörde als eine Begünstigung des Unternehmers. Der Magistrat halte es für richtig, in diesem Streit keinerlei grundsätzliche Stellung zu nehmen, sich vielmehr für jeden einzelnen Fall — unter objektiver Würdigung der mannigfachen Entwicklungs-vorgänge derartiger Zustände und nach Maßgabe des Interesses der Stadtgemeinde als Vertragspartei — seine Entscheidung vorzubehalten. Das kommt, wie gesagt, in der Praxis auf eine Begünstigung des Unternehmers hinaus, wie denn überhaupt die Vorschläge jeden Arbeiterkampf vermissen lassen und weit hinter dem zurückbleiben, was von den Arbeiterklassen gefordert wird und in anderen Gemeinden längst bewilligt ist.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung wählte am Montag in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat den Stadtverordneten-Vorsteher Dehne zum Provinziallandtags-Abgeordneten und überwiegt Johann eine Eingabe der Turnerschaft Schöneberg um Ueberlassung einer Turnhalle gegen Entschädigung des Petitioners auszuweisen. — Die bereits auch von uns erwähnte Angelegenheit betr. die Erbauung einer breiteren Unterführung der Hauptstraße unter der Ringbahn wurde nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen. — Andre Hohenzollern-Schule, die schon seit langem ein Schmerzenskind der Verwaltung ist, soll wiederum einer Reorganisation unterzogen werden. Die Leitung soll künftig nicht mehr von einem, sondern von zwei selbständigen Direktoren geführt werden. Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn dadurch die Aufgaben einer höheren Schule leichter und besser gelöst werden. Der Ausschuss für die geringe Schülerzahl der Hohenzollernschule ist aber bereits ziemlich hoch; er beträgt für diesen Etat fast 72 000 M., 13 000 M. mehr als im Vorjahre. Der Magistratsantrag wurde ohne Diskussion angenommen, doch soll ein Programm über die äußere Gestaltung vorgelegt werden. — Allmählich kommen auch bürgerliche Vertreter, sobald es sie selbst berührt, dahinter, wenn die Festlegung einer Wahlzeit nicht ihren Interessen entspricht. Auf der Tagesordnung stand nämlich noch die Wahl von Beisitzern für einige erledigte Mandate der ersten und zweiten Abteilung. Die Wahltermine sind bereits zum 5. Mai festgesetzt. Stadtv. Lessig beantragte nämlich, da die Wahlzeit von 11—2 Uhr nicht genüge, dieselbe zu verlegen oder auszudehnen, um den Beamten dieser Abteilung eine Wahlbeteiligung zu ermöglichen. Der Antragsteller monierte auch, warum hier nicht (in der I. Abteilung) eine Teilung in zwei Bezirke vorgenommen sei, da die erforderliche Anzahl Wähler vorhanden wäre. Unsere Parteigenossen waren selbstverständlich für eine Erweiterung der Wahlzeit im angegebenen Sinne, und Genosse Käter verlangte mit Recht eine solche für alle Abteilungen. Der Antrag Lessig wurde freilich gegen unsere fünf und zwei bürgerliche Stimmen abgelehnt, nachdem der Bürgermeister (zum wiederholtenmal?) eine Verdrückung für spätere Wahlen zugesagt hatte. — In die Tiefbau- und Kanalisations-Deputation, in der wir bisher unvertreten waren, wurde zum erstenmal Genosse Wämmer gewählt, nachdem auf unsere Einsprüche gegen eine weitere Verneuerung durch einen bürgerlichen Stadtverordneten und Vorschlag eines Socialdemokraten in die hiesige Deputation unser Parteigenosse Käter in der Minderheit blieb. — Die Sommerferien wurden wieder für die Monate Juli und August festgelegt.

Der Stadtverordnete Dr. Richter hat nun definitiv sein Mandat für den neunten Bezirk niedergelegt. Unter Führung gewisser Kreise hatte sich im vorigen Jahre das Bestreben geltend gemacht, für das Gastwirts-gewerbe an Orte eine besondere Krankenkasse zu gründen. In verschiedenen Wahlen hatten sich auch die hiesigen kommunalen Körperschaften mit der Angelegenheit zu befassen, ohne indes zu einem für die „Gründer“ befriedigenden Resultat zu gelangen. Der Magistrat hatte vielmehr den Ausschuss des Gewerbeausschusses zu einem Gutachten über die Errichtung einer solchen Kasse aufgefordert, die nur einer Anwartschaft gegen die hiesige gemeinnützige Orts-Krankenkasse zu entsprechen hätte. Der Ausschuss sprach sich seiner Zeit, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab, für Errichtung aus, und auf Grund dieses Gutachtens glaubten die Leiter der Bewegung ihre Absicht erreicht zu haben. Die Regierung hat jedoch zum Leid-

wesen der bürgerlichen Herren Gastwirte dem Antrag derselben die Genehmigung verweigert. Eine Zersplitterung der Krankenkassen kann auch nicht im Interesse der Versicherten liegen.

Schöneberg. Eine Stadtverordneten-Neuwahl für die dritte Abteilung hat nun doch im neunten Bezirk stattgefunden. Wie wir seiner Zeit mitteilten, hat der bisherige bürgerliche Inhaber des Mandats, Dr. Richter, die Stellung eines Leiters der städtischen Volksschule übernommen und muß demzufolge eine Nachwahl erfolgen. Selbstverständlich werden nun, um einen der übrigen durchzubringen, unsere Gegner den von ihnen inapp behaupteten Bezirk mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln für sich zu sichern suchen. Bei den Ergänzungswahlen im Jahre 1901 hatten wir infolge von Doppellandidaturen den Bezirk mit nur einer Stimme Minorität verloren, und das Resultat wäre damals schon zu unseren Gunsten ausgefallen, wenn es nicht durch Ungültigkeitserklärung von gegen vierzig Stimmen, herbeigeführt durch Mißverständnisse in der Stimmabgabe, und verlustig gegangen wäre. Da nun die im vorigen Jahre aufgestellten Wählerlisten zur Vermutung gelangen, inzwischen aber durch Umläge verschiedene Änderungen eingetreten sein werden, so möchten wir die Parteigenossen schon jetzt darauf aufmerksam machen, bald nach Ausschreibung des Wahltermins die Wählerliste nachzugehen, damit uns diesmal keine Stimme verloren geht. Zum neunten Bezirk gehören folgende Straßen: Albert-, Eber-, Feurig-, Frey-Kreuz-, Gustav Freitag-, Huhlow-, Herbert-, Mag-, Prinz-Georg-, Tempelhofstraße und Kaiser Wilhelmplatz.

Köpenick. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde endgültig beschlossen, die Kanalisation nach dem Tremsystem einzuführen. Die Baukosten in Höhe von 1 182 050 M. sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Durch Ortsstatut soll für die bebauten Grundstücke Anschlußzwang an die städtische Kanalisation angeordnet werden, auch soll der Magistrat berechtigt sein, einem Gewerbebetrieb den Anschluß an die Kanalisation ganz oder teilweise zu verweigern oder Vorreinigung vorzuschreiben, wenn durch die Aufnahme des Gewerbetreibers der Betrieb oder Klär-erfolg gefährdet wird. Die Unterhaltungs- und Betriebskosten der Kanalisation sollen zu einem Drittel durch die Hausbesitzer nach dem kubischen Inhalt ihrer Wohngebäude, zu einem Drittel durch Kommunalsteuern und zu einem Drittel durch die Gewerbetreibenden nach der Maße der Abwässer aufgebracht werden. Auch wurde beschlossen, die Regenentwässerung unterirdisch durchzuführen.

Ein Antrag unserer Genossen wollte für diejenigen Gemeindefunktionäre, die durch Beschluß der städtischen Behörden der Seminar-Unterrichtsschule überwiesen wurden, die durch die Umschulung erforderlich gewordenen Schulbücher auf Kosten der Stadt angeschafft wissen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, denen sich noch zwei bürgerliche zugesellten, abgelehnt.

Beim Verkauf der Schönholzer Heide ist die Gemeinde Nieder-Schönhausen um die Umschulung gekommen. Der Fall kam in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen anlässlich der geplanten Einführung einer Grundwertsteuer zur Sprache. Es wurde lebhaft darüber geflagt, daß die Vorwerke neuerdings nur wenig an Umlastener einnehmen, obwohl umfangreiche Gelände ihre Besitzer wechseln und der Bebauung erschlossen werden. Die Verkäufe erfolgten nämlich nicht mehr direkt, sondern durch Abtretung eines Schluffcheines oder die Erwerbverträge liehen sich von dem Verkäufer als Verkaufsbemittler bezw. Generalverkäufer anstellen und brachten auf diese Art die Gemeinden um ihre Umlastener. Leider habe auch der Postfiskus die Schönholzer Heide nicht direkt an Borch u. Co. verkauft. Trotzdem die Firma in Wahrheit das Terrain gekauft habe, bleibe der Postfiskus formell Eigentümer des großen Geländes. Dabur sei die Gemeinde Nieder-Schönhausen um die ihr zukommende Umlastener (1 Proz. von 6 Millionen) von 60 000 M. gebracht worden. Dagegen müßten unbedingt entschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Die Hauptkassanten liehen jahrelang Gemeindefunktionäre, um später dann nach dem Gesetz die Grund- und Gebäudesteuer wegschleppen zu können, hätte dann die Gemeinde noch eine jährliche Mehreinnahme von über 20 000 M. Der Antrag wurde einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

In Wilmersdorf hielt die Gemeindevertretung nach den Neuwahlen ihre erste Sitzung ab. Die neu- und wiedergewählten Gemeindeverordneten wurden durch den Gemeindevorsteher in ihre Ämter eingeführt; bei dieser Gelegenheit wies das Oberhaupt des Dries von neuem auf die Stadtverordnungsfrage hin. Dann wurde die Regulierung des Ludwig-Ritzplatzes beschlossen, bei dem ein Enteignungsverfahren in Betracht kommt, ferner soll die Brandenburger Straße vom Reichsbahnhof Platz bis zur Fontänenstraße reguliert werden. Den Nikolai-Platz will man als Schmutzplatz herrichten. Für den Neubau des Kinderheims und der Leichenhalle wurden insgesamt 2080,72 M. bewilligt, die „Wilmersdorfer Nachrichten“ sollen mit einem Zuschuß von 200 M. unterstützt werden.

Wilmersdorf. Die heute fällige Versammlung des Wahlvereins fällt aus und wird an einem noch bekannt zu gebenden Tage abgehalten.

## Vermischtes.

Die Foden. Im Dorfe Bronsko bei Schmiedel sind in der Familie eines Vergärteilers, der vor vier Wochen aus Bessarabien zurückgekehrt war, die schwarzen Foden ausgebrochen. Bisher sind zwei Personen gestorben. Zwei andre Personen sind erkrankt. Die mit den Kranken in Berührung gekommenen Personen sind sämtlich isoliert.

Der 10. Internationale Kongress gegen den Alkoholismus wird im nächsten Jahre in Budapest abgehalten werden. Das Organisationskomitee, das unlängst unter dem Vorsitz des Bürgermeisters der Haupt- und Residenzstadt Budapest, Johann Galmos, seine erste Sitzung abhielt, hat eine besondere Vorbereitungs-kommission gewählt, deren Präsident Hofrat Dr. Otto Schwarzer de Babercz und deren Sekretär Dr. Philipp Stein ist. Die Vorbereitungs-kommission ist bereits mit den herborgeragenden Vertretern der Wissenschaft in Verbindung getreten. Für das Bureau des Kongresses wurde eine geeignete Räumlichkeit im Central-Haus zur Verfügung gestellt; alle Aufschriften sind zu richten an das Bureau des 10. Internationalen Kongresses gegen den Alkoholismus, Budapest IV, Körponti várasháza.

Ein furchtbarer Hagelsturm hat die Stadt Hildville in Texas verheert. Die Schloffen, die bis zu zehn Zoll Umfang hatten, durchschlugen die Dächer der Häuser. Die Obis- und Weizennte ist völlig vernichtet.

## Briefkasten der Redaktion.

Waffler. Vom deutschen Mail gilt, was Heinrich Heine vom deutschen Sommer sagt: Er ist ein grün angelegelter Winter; das einzige reise Ob, das wir haben, sind gebrauchte Kessel. — 9. 101. Rein. — 26. 100. Der Holzmarkt erscheint in Dusseldorf, „Das Holz“ in Berlin, Spichernstr. 22, im Verlag von E. Hopf u. Co. — 23. 10. 1. Rein. 2. Ja. — 6. 1. Eine solche „Formel“ giebt es leider nicht. Die Berechnung muß Fall für Fall vorgenommen werden. 2. Antwort im juristischen Teil. — Tiergarten. Nebenfalls ein privates Zeichen der Politik. Uns nichts Räuberis darüber bekannt. — Frohe. Die Werke beider Autoren können Sie in jeder größeren Buchhandlung, z. B. in Magdeburg bestellen. Ueber 3. beschaffen Sie sich vorher eine Biographie, damit Sie wissen, was Sie lesen oder kaufen wollen. Ueber 3. lesen Sie den Brief Stromsch in Nr. 24 der „Neuen Zeit“ nach. — 21. 1000. Gänzlich.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 2 Uhr.

100. Rein. — Gewerkschafts-Kasse. 1. War die Verkaufseinheit engagiert und über die Kündigung nicht vereinbart, so liegt ihr eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten zu.



Nach allerdings bestellener, aber zutreffender Ansicht kann bereits vor Eintritt der Stellung gekündigt werden. Der Verkäufer steht demnach ein Anspruch auf Gehalt bis zum 1. Oktober zu. 2. Wenn diese Zeit die polizeilich dort gestellte Sonntags-Arbeitszeit ist, so, sonst nicht. — **Veteranen.** Ihre Anfrage ist im Briefkasten vom 14. April dahin beantwortet, daß nach dem Gesetz ein bedürftiger Kriegsteilnehmer eine Bekleidung von jährlich 150 Mark zu zahlen ist. — **A. K. G., Gladbach.** Der Inhalt des Testaments ist nach Ihrer Darstellung nicht anfechtbar. — **V. J. 76.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Strafanträge und Strafanzeigen können sowohl an die Staatsanwaltschaft wie an die Polizei gebracht werden. — **Jda 100.** Nein, die einfache Anzeige ist aber ration. — **H. J. 62.** Nein. — **V. S. 46.** Bis am 19. Mai kann die sechsmonatliche Kündigung erfolgen. — **H. J.** In beiden Fällen empfiehlt sich die Angabe einer Darlegung des Sachverhalts. — **V. M.** Nachteile erwachsen der Frau nicht. Sie hätte den Vorteil leichter Legitimation zur Führung der

gemeinsamlichen Angelegenheiten und zur Vertretung ihrer Kinder. — **H. 19.** Im Streitfall hätte der Richter zu entscheiden, was unter Beobachtung von Treu und Glauben unter „Umgebung“ zu verstehen sei. Richten Sie nach dem Vertrag ab, so sehen Sie eine bestimmte Entfertigung in dem Vertrag vor. — **H. 26. 10.** Ohne Kenntnis Ihres Vertrags und des genauen Inhalts der mündlichen Abrede ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. — **Max 004.** Eine Begnadigung ist auch zu lebenslänglichem Justizstrafeurteilen gegenüber möglich. — **H. V. 1. Rein. 2. Jo. St. Ruffe.** Sie müssen schleunigst gegen die zweite Veranlagung unter Darlegung, daß Sie an Ihrem Wohnort bereits Steuern, reklamieren. — **000.** Zu einer Antwort verpflichtet ist die Ständesdeputation nicht. Im Kuratorium befinden sich von den Stadtverordneten nur Langens, Liebenow, Sack und Seeger. — **W. 23.** Nein. — **H. 2. 100.** Eine Bureauverwalterin gilt als Gewerbebesitzerin. Wird sie grundlos entlassen, so steht ihr eine Entschädigung für 14 Tage zu. —

**Q. 24. 1 und 2:** Nein. Beschweren Sie sich nachträglich bei der Gefängnisdirektion. — **G. P. 39.** 1. Die Verpflichtung zur Mitgliedschaft besteht. 2. Das Mitglied brauchen Sie nicht zurückzugeben. — **V. S. 79.** Das formelle Recht der Beschwerde (beim Bezirkskommando) steht Ihnen zu. Jedes ist es fraglich, ob die Eheverlöbten, zumal nicht erkrankt ist, ob Ihnen an Lösung und Gebährnissen in der Ehe 30 Pfennig weniger ausbezahlt ist, als Ihnen zusteht. — **Zwei Wettende.** Wähler für den deutschen Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat. — **V. S. 24.** Lassen Sie sich nicht durch die Frau Direktor hindern. Klagen Sie beim Amtsgericht schleunigst auf Zahlung Ihrer Forderung. — **W. 2.** Die Luftlinie dürfte zweifels 5 Kilometer bei weitem übersteigen. Der größte Durchmesser von Berlin nach Süden ist 9,25 Kilometer, von Westen nach Osten 10,05 Kilometer. — **H. Bohl.** 1. Zwischen 40 und 60 Mark monatlich. 2. Ist nicht pflanzbar. 3. Bei der vereinigten Amtshilfe, Militär- und Bauhilfe.

**Theater.**  
Mittwoch, den 4. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Der fliegende Holländer.  
Neues Operntheater. Das große Licht.  
Deutsches. Rose Bernd.  
Berliner. Al-Haidelberg.  
Festung. Das Wunderkind.  
Wehen. Spalanz.  
Central. Der Sonnenvogel.  
Volk-Mittelpunkt. Der Hochtourist.  
Neues. Kabale und Liebe.  
Anfang 8 Uhr:  
Kleines. Nachtschl.  
Residenz. Die 300 Tage.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Uriei Acosta.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)  
Der Geizige. Eingeb. Kranke.  
Trianon. Das erste Gebot. Hieraus:  
Der Dieb.  
Carl Weiss. Der Totschläger.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Wierwöl. Ein tolles Jahr.  
Cafu. Jährliche Verwandte.  
Specialitäten.  
Winter-Garten. Specialitäten.  
Nyoko. Liebesgötter. Specialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Passage-Theater. Specialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
4 Uhr: Von der Zugspitze zum Bahnhofs.  
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater.**  
Heute 7 1/2 Uhr:  
Der Sonnenvogel.  
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.  
Paula Worm a. G.  
Morgen und folgende Tage: Der Sonnenvogel.  
Sonntagvormittag 3 Uhr: Trilby.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Sonnenvogel.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Kabale und Liebe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Pelles und Melisande.

**Residenz-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Abends 8 Uhr:  
Die 300 Tage.  
(L'enfant du miracle.)  
Schwan in 3 Akten von Paul Gavault und R. Chaze.  
Deutsch von Alfred Palm.

**Metropol-Theater.**  
Der grösste Erfolg dieses Jahres:  
Ein tolles Jahr.  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Ranchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Debüt der neuen Mal-Specialitäten.  
9 Uhr:  
Liebesgötter.  
Im dritten Bild:  
Der Götterzug  
und die  
Sensations-Apotheose:  
„Im Tempel der Glückseligkeit“.  
Der Sommergarten ist eröffnet!  
Von 6 Uhr ab: Gartenkonzert.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.  
Abends 8 Uhr:  
Das erste Gebot.  
Hieraus: Der Dieb.  
Carl Weiss-Theater.  
Bürgerliches Schauspielhaus.  
Große Franzfurterstr. 132.  
Der Totschläger.  
Pariser Volksstück in 5 Akten von Emile Zola.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Der Totschläger.  
Sonntagabend: Vollvorstellung.  
Halbe Preise: Zwei Frauen.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
Uriei Acosta.  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Hans Rosenhagen.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Ein Duell.  
Vorher: Ein Sonnenstrahl.  
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
Der Geizige.  
 Lustspiel in 5 Aufzügen von Rollé.  
Hieraus: Der eingeb. Kranke.  
 Lustspiel in 3 Akten von Rollé.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Das grobe Hemd.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Das grobe Hemd.  
Vorher: Ein Sonnenstrahl.

**Brauerei Friedrichshain.**  
Friedrichshain (Delonon: E. Hermann), am Königsthor.  
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlin.  
Heute sowie folgende Tage auf kurze Zeit:  
**Konzert von Johann Strauss aus Wien**  
Dirigent der 1. und 2. kaiserlichen Hofkapellen mit seiner gesamten Kapelle.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reinerker Platz 1. Hof.

**Urania. Kleines Theater.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 4 Uhr im Theater (kl. Preise):  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
8 Uhr:  
Die Insel Rügen.  
Sternwarte  
invalidenstr. 57/62.  
P. CASTAN'S PANOPTICUM.  
Friedrichstr. 163.  
Die zusammengewachsenen Schwestern.  
Der Weltfriede.  
? Das delphische Orakel ??

**Casino-Theater.**  
Lothringersstr. 37. Hof. 8. Sonntag 7 1/2.  
Das neue glänzende Mai-Programm.  
Neu! Les Aleros - Satanello-Trio.  
Kern mit seinem Hund als Witzler.  
9 1/2 Uhr: Jährliche Verwandte.  
Sonntagvorm. 4 Uhr: Jährliche Verwandte.  
Gebrüder Herrnsfeld.  
7. Mai. Theater. 7. Mai.  
Die in München und Wien mit sensationellem Erfolge aufgeführte Novität: „Der Dorfplarrer“ (Reperioir-Theater).  
Vorverkauf d. Plätze ab heute.  
Belle-Alliance-Theater.  
Belle-Alliancestr. 78. Hof. 7 1/2. Ufr.  
Jean Kran und Alfred Schönfeld.  
Heute bis inkl. Freitag:  
Der Hochtourist.  
Sonntagabend 8. erstmalig: Kam'rad Lehmann.  
Sonntagvorm. 8 1/2. Ufr.: Charleys Tanto.  
W. Noacks Theater.  
Direktion: Robert Oll.  
Brunnenstrasse 16.  
Heute: Geschlossen. Sonntagabend, den 7. Mai: Letzte Wochenendausstellung vor Pfingsten: Minna von Baranheim. Ehren- und Vergünstigungen haben 3. letztemal Gültigkeit.

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntag 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Das glänzende Mai-Programm:  
**Paul Coradini**  
Tanz-Komiker.  
**John Siems**  
Münzen- und Karten-Manipulator.  
14 erstklassige Nummern.  
Reichshallen.  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß: Neu!  
Cirkus Lenz und Cirkus Pusch.  
Anfang: 8 Uhr.  
Wochentags 6 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**WINTER GARTEN**  
Tortajada Spanische Sängerin und Tänzerin.  
De Vry's Phantasmagorien.  
Hansi Reichsberg Operetten-sängerin.  
Soeurs Salonne Trapez-künstlerinnen.  
Gebrüder Schwarz Parodisten.  
Kinora Moulin Equilibrist. Scene.  
De Nohry Pariser Sängerin.  
Die Blumenkönigin Tansdivertissem.  
Die Wesperts Akrobaten.  
Robinson Baker-Trio Springer.  
Paul Conchas Der Armeo-Herkules.  
Biograph.  
Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr. Cerutti.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Nach jeder Sottee:  
**Tanz.**  
Victoria-Brauerei  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.  
Anf.: 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Bons haben Gültigkeit.  
Dr. Schünemann  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntag 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Das glänzende Mai-Programm:  
**Paul Coradini**  
Tanz-Komiker.  
**John Siems**  
Münzen- und Karten-Manipulator.  
14 erstklassige Nummern.  
Reichshallen.  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß: Neu!  
Cirkus Lenz und Cirkus Pusch.  
Anfang: 8 Uhr.  
Wochentags 6 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Oll.  
Brunnenstrasse 16.  
Heute: Geschlossen. Sonntagabend, den 7. Mai: Letzte Wochenendausstellung vor Pfingsten: Minna von Baranheim. Ehren- und Vergünstigungen haben 3. letztemal Gültigkeit.  
Passage-Theater.  
Anfang: Sonntag 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Das glänzende Mai-Programm:  
**Paul Coradini**  
Tanz-Komiker.  
**John Siems**  
Münzen- und Karten-Manipulator.  
14 erstklassige Nummern.  
Reichshallen.  
Stettiner Sänger  
Zum Schluß: Neu!  
Cirkus Lenz und Cirkus Pusch.  
Anfang: 8 Uhr.  
Wochentags 6 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**Verband der Tapezierer.**  
Filiale Berlin.  
Donnerstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Fenecke in, Alte Jakobstraße 75:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Beratung über unsere Beitrags-Einfassung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
Da in dieser Versammlung weittragende Beschlüsse zur Abstimmung kommen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
177/0\*

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Heute, Mittwoch, 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 (Saal I):  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Zadek über: „Arbeitszeit und Gesundheit“. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.  
Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
177/0\* Die Ortsverwaltung.

**Vereinigung d. Maler, Lackierer, Anstreicher.**  
Filiale Berlin.  
Donnerstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Gebäuden, Reuthstr. 19/20:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kasienbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Regen Besuch erwartet [107/17] Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Mittwoch, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15:  
**Branchen-Versammlung der Parkettleger**  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Vertrauensleute über den Stand unserer Bewegung. 2. Beschiedenes.  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
83/12 Die Kommission.

**Verband der Schneider u. Schneiderinnen**  
Filiale Berlin.  
Mittwoch, den 4. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Link über: „Stand der Arbeiter-versicherungs-Gesetzgebung“. 2. Abrechnung vom ersten Quartal 1904. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung.  
Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Das Mitgliedsbuch legitimiert.  
Angenehmer Erwerb für Damen.  
In allen Dingen Damen gesucht, welche ein Atelier für praktische Damenschneideri, Schnittz, u. Zuschneidestück nach der neuen leicht lesbaren gezeichneten Triump-Methode eröffnen wollen.  
Untericht und Anleitung hierzu gratis.  
Margar. Neugebauer, Dresden, Lindenaustr. 14, I. Tel. 33.  
Größtes Atelier in Dresden. 100/2

**Naturheilverein Reform, Kuranstalt Köpenickerstr. 72. 11-1, 6-7.**  
**Männer-Vortrag**  
morg. Donnerst. Alexanderstr. 27c, Engl. Gart., 8 1/2  
**Ursachen und Folgen der Neurasthenie**, erklärt an gr. farb. Lichtbildern v. prof. Naturheill. Grandmann. Eintr. nebst Vorkauf 20 Pf.  
**Königstadt-Kasino**  
Polymarktstr. 72. Cafe Alexanderstraße.  
Täglich:  
Grosse Specialitäten-Vorstellung.  
**Papas Zahnschmerzen**  
Schmerz mit Gefang.  
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntagabend, Sonntag: **Tanz.**  
Anfang der Vorstellung: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.  
Bei günstiger Witterung finden die Vorstellungen im Garten, bei ungünstiger im Saale statt.  
Wissen Sie es schon  
dass Arconafahrer die besten & billigsten sind  
Wo sie 50-100 Mk. sparen, zu lassen Sie Ernst Machnow's Arconafahrer! Wollen Sie jährlich 10, Leichtigkeits- viele 100 Mk. verdienen, so kaufen und verkaufen Sie im Kreise Ihrer Freunde und Bekannten Ernst Machnow's Arconafahrer. Verlangen Sie zu Ihrer Orientierung ein neues reich illustriertes Hauptkatalog für Wiederverkäufer. Derselbe wird gratis und franco zugesandt.  
Ernst Machnow, Berlin N. Arconaplatz 1.

**Wer billigt Tapeten**  
1 Rolle v. 10 Pf. an  
in jedem Genre, wie hochlegant, neuesten stilvoll, kaufen will, ver-lange den Gratis-katalog von  
Chr. Hartmann,  
Tapeten-Versand-haus Gandersheim

**Schlosspark Wilhelminenhof Obersee.**  
Station Nieder-Schöneweide.  
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:  
**Grosser Elite-Ball.**  
Kaffeebüchse v. 2 Uhr an geöffnet.  
Hochspannung. Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fennel. (401/2)

**Achtung, Vereine!**  
**F. Scholz's Festsäle**  
mit Garten u. gr. Theaterbühne  
74 Gr. Frankfurterstr. 74  
empfehlen sich d. Vereinen zu Sommer-festen, Theater-Vorstell. u. and. Vergnügungen. Berich. Sonntagabend frei.  
Sonntag: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr.

**Verband der Kupferschmiede Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Am Montag, den 2. Mai, verstarb unser lieber Kollege  
**August Hoffmann**  
im 50. Lebensjahre an Brustkur.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am 5. d. Mts., nachm. 3 Uhr vom Moabit-Krankenhaus nach dem Heiland-Kirchhof in Wlängensee statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Der Filialvorstand.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands.**  
Ortsliche Verwaltungsstelle Berlin.  
Am Donnerstag, den 28. April, starb infolge Unfalls unser treues Mitglied  
**Heinrich Dittelbach.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr von der Halle des Schöneberger Friedhofes, Rag-strasse, aus statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

**Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe unermessliche Frau und meine innigstgeliebte Schwester**  
**Marie Hartstock,**  
geb. Ganschow,  
nach kurzen schweren Leiden am 1. Mai im Krankenhaus Urban verstorben ist.  
Der trauernde Gatte  
Gallo und Geschwister.  
Die Beerdigung findet am 5. Mai von der Weidenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes aus statt.

**Allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der U. C. G., Kfr. Binder und dem Arbeiter-Gesangverein „Nord“ sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank für die Aufmerksamkeit und rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, am Sonntag, den 1. Mai.  
Der trauernde Gatte Otto Mehlung.**

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle und herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders sage ich allen Freunden, Bekannten, seinen Kollegen aus der Fabrik, besonders dem Verein Heiligkeit für die Kran- spenden meinen herzlichsten Dank.  
Die Familie Reindrecht.  
10305 Reppen.

**Dankfagung.**  
Für die herrliche Teilnahme und die reichen Straßenspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders, des Bräuers  
**Max Eichler**  
sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Central-Verband deutscher Brauer- u. Arbeiter, Zweigverein Berlin, Sektion I unsern innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
10305

**Steppdecken**  
kauft man am preis-würdigsten nur direkt in der Fabrik, 72 West-straße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.  
C. Grodzmandel, Berlin 14.  
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

**Steppdecken**  
**Gelegenheitskauf.**  
Kattun, buntfarbig 2,05  
Wollafas, alle Farben 4,05  
Similiseide, alle 6,00  
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 etc.  
Special-Haus  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstrasse 158.



Der Pommerbank-Prozess.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung teilte Landgerichts-Direktor Heidrich die aus Straßburg vom vorigen Kreisrat eingegangene Depesche mit. Sie geht dahin: Angeklagter Hanel ist augenblicklich nicht reise-verhandlungsfähig, noch etwa zwei bis drei Wochen wird er wieder soweit hergestellt sein.

Staatsanwaltschaftsrat Veed: Ich bitte in die Verhandlung einzutreten und die Verhandlung gegen Hanel abzuwickeln. Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß auf zahlreiche an Herrn Hanel zu richtende Fragen nicht verzichtet werden kann. Damit mögen die Fragen genau fixiert und Herr Hanel darüber kommissarisch vernommen werden.

Zustizrat Broner: Es ist nicht einzusehen, welchen Zweck das vom Staatsanwalt vorgeschlagene Verfahren haben sollte. Der Gerichtshof würde ja den ganzen Pommerbank-Prozess noch einmal ganz aufrollen müssen, wenn gegen Hanel allein verhandelt werden muß. Namens der gesamten Verteidigung muß ich betonen, daß es uns ganz ausgeschlossen erscheint, ohne Herrn Hanel zu verhandeln. Es müßte denn ein Schnellbahnverleß mit Straßburg mit 210 Kilometer-Geschwindigkeit eingerichtet werden und dies würde auch nicht ausreichen. Gerade der Verlauf der vorigen Verhandlung hat gezeigt, daß ohne Hanel absolut nicht verhandelt werden kann.

Rechtsanwalt Chodziesner: Es liegt doch auch noch die Thatsache vor, daß der Staatsanwalt eine 30 Blatt starke

anfertigt hat, die dem Angeklagten Schulz erst am vorigen Sonnabend zugegangen ist. Darin sind mancherlei ganz neue Dinge berührt und auch ein Gutachten der Handelskammer über die Angemessenheit der Entschädigung der Sanierungskommission enthalten. Auch in dieser Nachtragsanfrage spielt Herr Hanel eine Rolle.

Vorsitzender Landgerichts-Direktor Heidrich: Die Nachtragsanfrage zerfällt in zwei Teile, der erste Teil enthält neue Thatsachen und es wird sich darum handeln, ob darüber sofort zu verhandeln sein wird.

Rechtsanwalt Chodziesner: Wir können eine Erklärung darüber nur abgeben, wenn wir die Nachtragsanfrage genau geprüft haben werden.

Zustizrat Dr. Sello: Meinem Klienten Herrn Baurat Wohl ist die Nachtragsanfrage bis jetzt überhaupt noch nicht zugegangen. Der Herr Staatsanwalt hat sie bisher nur einigen Angeklagten und Verteidigern zugeföhrt. Den Angeklagten muß lokalweise ein ausreichendes Spatium gewährt werden, um sich auf die Nachtragsanfrage vorzubereiten.

Rechtsanwalt Dr. Berthauer bittet die Frage, ob die Anklage gegen Herrn Hanel zu trennen ist, nicht nach der Frage der formalen Zulässigkeit zu entscheiden, sondern sich davon leiten zu lassen, daß man materiell die Wahrheit erforschen sollte. Wenn man einen unbefristeten Mann, der gerichtlicher Sachverständiger war, anklagen will, so muß man im Interesse der Rechtspflege wie der Angeklagten, die sich auf die Taten dieses gerichtlichen Sachverständigen gestützt haben, doch dem letzteren Gelegenheit geben, seine Taten vor Gericht zu verteidigen und zu rechtfertigen.

Staatsanwaltschaftsrat Veed: Daß die Nachtragsanfrage den Angeklagten Wohl und Hanel nicht zugegangen ist, hat darin seinen Grund, daß noch nicht genügend viel Exemplare fertig gestellt waren. Die Zustellung an die Angeklagten Wohl und Hanel ist sofort am Sonnabend verfügt worden. Aus den Sachen, die in der Nachtragsanfrage stehen, soll übrigens gegen die Angeklagten Wohl und Hanel ein Vorwurf der Strafbarkeit nicht hergeleitet werden, es soll nur ein Schlaglicht darauf geworfen werden, wie die Taten angefertigt worden sind. Es bleibt doch bestehen, daß Herr Hanel in ein gewisses Stadium verfallen zu sein scheint, es ist doch zweifelhaft, ob er in drei Wochen wieder hergestellt sein wird, und so würde eine Verlegung einer solchen ad calendarum graecis gleichkommen.

Zustizrat Dr. Sello: Wir fürchten nicht so sehr wirkliche Thatsachen, sondern gerade die Schlaglichter, und gerade dagegen sich intensiv zu verteidigen ist das vitalste Interesse der Angeklagten.

Nach kurzer Beratung verläßt der Vorsitzende: Der Gerichtshof ist vollständig davon durchdrungen, daß er von der materiellen Verhandlung der Sache nicht einen Augenblick absehen will. Wenn wir vor einer ganz neuen Verhandlung stehen würden, würde es nicht zweifelhaft sein, daß wir vertagen. Da wir aber eine zweite Verhandlung haben und die in Frage kommenden Thatsachen in der vorigen Verhandlung in aller Ausführlichkeit schon behandelt sind, so müssen wir abwarten, ob ein zwingender Grund zur Vertagung sich herausstellt. Wahgebend müssen die ärztlichen Atteste sein, daß Herr Hanel sehr krank und nicht abgeholt ist, soam er wieder hergestellt ist. Mit dem „Wohlbehalt“ dürfen wir nicht rechnen. Wir müssen abwarten, ob uns ein bestimmter, zwingender Fall zur Vertagung nötig. Ein solcher liegt bis jetzt nicht vor. Der Gerichtshof hat daher beschlossen,

in die Verhandlung einzutreten

und die Verhandlung gegen Herrn Hanel böllig abzutrennen. Was die Nachtragsanfrage anbelangt, so wird abzuwarten sein, was in dieser Beziehung geschehen soll; dabei ist doch zu erwägen, daß diese Verhandlung nicht zwischen heute und morgen beendet sein wird. Beschränkt soll die Verteidigung keinesfalls werden. Vor dem belichtenden Material braucht sich die Verteidigung nicht zu sehr zu fürchten. Es ist bekannt, in welchem umfangreichen Maße dies in der vorigen Verhandlung ins Feld geführt worden ist und der Gerichtshof hat doch im Widerstrech mit aller Welt den Beschluß geföhrt, der die vorige Verhandlung beendete. Der Gerichtshof hatte damit gezeigt, daß ihn das Vernehmungsmaterial nicht irgendwie bestimmt hat. Im allgemeinen mögen die Angeklagten folgendes beachten: Bei den in Frage stehenden Taten handelt es sich der Hauptsache nach darum, welchen Wert die Grundstücke zur Zeit der Beleihung gehabt haben. Wenn die Anklage ihnen vorwirft, daß sie „spekuliert“ haben, so ist dies nur dahin zu verstehen, daß sie die Grundstücke mit Rücksicht auf eine von ihnen zu erwartende spätere Wertsteigerung zu hoch beiliehen haben. Sie dagegen wollen nachweisen, daß die Grundstücke einen höheren Wert gehabt haben, als die späteren Taxatoren behaupten. Nun muß ja eine Aktiengesellschaft verdienen, eine Hypothekendarlei hat aber ganz besondere Vorschriften zu beachten. Es scheint doch, daß die Sachverständigen der Schutzschrift diesen Standpunkt nicht immer kritisch beachtet, sondern immer ein spekulatives Moment hineingetragen und damit gerechnet haben, daß es mit der Zeit diesen und jenen Ertrag bringen werde. Wir können nun nicht vielleicht zwanzig Jahre warten, um zu sehen, ob die Grundstücke wirklich so viel wert sein werden. Es erübrigt sich also vielfach eines Nachweises, daß sie nach Ihrer Meinung richtig „spekuliert“ haben, und in dieser Beziehung könnte die Beweisführung abgelehrt werden. Es handelt sich im wesentlichen darum: ob Sie durch Ihre Beleihungen den Stand der Bank gefährdet haben, die Kosten der Sanierung u. dergl. kommen dabei nicht in Betracht. Ihre Fall liegt doch anders als der Sandensche Fall, und es würde sich empfehlen, nicht unnütze Weiterungen zu machen. Daß das Gericht nicht voll auf dem Umfang der Anklage gestanden hat, hat es doch schon in der vorigen Verhandlung gezeigt.

Bei der hierauf folgenden Erörterung der persönlichen Verhältnisse der Angeklagten, die schon in der vorigen Verhandlung ausführlich behandelt worden sind, betont der Angeklagte Schulz, daß er kein

gesamtes Vermögen der Bank verpfändet habe, mit Ausnahme einiger Gebrauchsgegenstände. Einen Offenbarungseid habe er nicht geleistet, keine Verfaan, gegen die die Bank mit allen unberechtigten Zwangsmaßnahmen vorgegangen sei und noch immer vorgehe, er ins Ausland gebracht, um sie vor

diesen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Grundsätzlich sei es, wenn behauptet werde, er habe seiner Frau eine große Vermögenssumme mitgegeben. — Präsi.: Es wird vermutet, daß Sie noch ein großes Vermögen hinter sich haben? — Angell. Schulz: Das ist absolut unwahr. Ich habe den Prozeß bisher nur durch die Unterstützung von Verwandten führen können. Von einer Seite, die ich nicht nennen darf, ist mir eine große Summe zur Verfügung gestellt worden, die inzwischen durch den Prozeß aufgefressen worden ist. Neuerdings hat meine Frau gegen Verpfändung von Policen zc. ein Darlehen von 130 000 M. aufgenommen, welche Summe auch schon zum großen Teil für diesen Prozeß aufgewendet worden ist.

Rechtsanwalt Chodziesner macht darauf aufmerksam, daß bis jetzt noch keinerlei zivilgerichtliches Urteil vorliegt, welches den Angell. Schulz zu irgend einer Zahlung verurteilt. Alle Zwangsmassregeln, die seitens der Bank gegen Herrn Schulz und seine Ehefrau unternommen worden sind, beziehen sich lediglich auf Sicherheitsanprüche.

Staatsanwalt Veed: Andererseits sind aber einige Klagen des Angeklagten Schulz gegen die Pommerbank abgewiesen worden. Nach meinen Informationen ist übrigens Frau Kommerzienrat Schulz inzwischen hier in Berlin eingetroffen.

Angellagter Schulz: Das wäre eine ganz infame Lüge, wenn irgend einer behauptete, daß meine Frau hier gewesen sei.

Staatsanwalt Veed: Ich habe meine Nachrichten natürlich aus einer amtlichen Quelle und ich bitte den Herrn Vorsitzenden, dem Angeklagten klar zu machen, daß er mit seinen Ausdrücken nicht über das zulässige Maß hinausgehen darf.

Präsi.: Der Angeklagte ist wohl davon ausgegangen, daß es sich um eine Privatquelle handle.

Angellagter Schulz: So ist es!

Der Vorsitzende geht mit den Angeklagten nun kurzweilig die einzelnen Abteilungen der Anklage, die Verhältnisse bei der Pommerbank, die Geschäftsführung, die Bilanzen, die Verhältnisse zur Preußischen Hypothekendarlei, zur Immobilien-Verleihbank, zur Firma Schumacher u. Co. zc. durch, wobei die Angeklagten ganz kurze, mit ihren Behauptungen in der vorigen Verhandlung im ganzen übereinstimmende Angaben machen und sich weitere Auslassungen für später vorbehalten.

Es werden bei dieser Gelegenheit auch die „Sekreten Ausgaben“ berührt, und es wird hervorgehoben, daß in der vorigen Verhandlung die Bücherrevisoren festgestellt haben, daß für einen Teil der gebuchten sekretären Ausgaben die Belege fehlen. — Angell. Schulz bemerkt hierzu, daß die Belege verloren gegangen sein müssen. Er könne aber nach seinen aufgefundenen Notizen ganz genaue Angaben über jeden einzelnen Posten machen, würde dies aber ungern thun, um nicht unnützlich Personen bloßzustellen. Er behalte sich seine Entschlüsse in dieser Beziehung vor.

Auch die Erwerbung und Ausstattung des Direktorialgebäudes wird gestreift. — Rechtsanwalt Chodziesner: Es ist absolut nichts Ungewöhnliches, daß große Banken vornehme Repräsentations- und Geschäftshäuser erwerben resp. errichten. Neuerdings hat die Preussische Pfandbrief-Bank bekanntlich das letzte Vorstige Palais als Geschäftshaus erworben. — Staatsanwalt Veed: Die Preussische Pfandbrief-Bank kann das jedenfalls auch. Bei der Pommerbank kam es aber nur darauf an, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. — Angell. Schulz: Das trifft nicht zu. Das Bankgebäude stand sehr billig zu Buch.

Die Verrechnungen der Angeklagten dauern fort. Wir werden auf die Verhandlungen im allgemeinen nur summarisch und insoweit zurückkommen, als das öffentliche Interesse es erfordert.

Am Mittwoch findet eine Sitzung nicht statt, um der Verteidigung und den Angeklagten Zeit zu noch erforderlichen Arbeiten zu lassen, die Verhandlung wurde auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlwerks-Verband und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“.

Die Leiter des Stahlwerks-Verbandes scheint die Aufnahme, die ihre internationalen Kartellierungsbestrebungen in England und den Vereinigten Staaten von Amerika finden, arg beschimpft zu haben. Besonders ärgert sie allem Anschein nach die von englischen Blättern aufgestellte Behauptung, in der englischen Geschäftswelt sei es ein offenes Geheimnis, daß der deutsche einheimische Eisenmarkt sich keineswegs in gesunder Lage befinde. Gerade jetzt, wo die großen Industrieunternehmen Rheinland-Westfalen und die hinter ihnen stehenden Großbanken in Mächtig auf allerlei geplante geschäftliche Transaktionen ein verstärktes Interesse daran haben, daß vorläufig gutes Vorkommen bleibt, sind derartige Behauptungen doppelt unangenehm. So wird denn die unter dem Einfluß der Syndikatsleiter stehende Presse vorgeschickt, nicht nur um die widerpensigen englischen und amerikanischen Stahlproduzenten abzurufen, die so wenig Verständnis für das Liebeswerben des Stahlwerks-Verbandes haben, sondern um zugleich die belebende Wirkung des Stahlwerks-Verbandes auf den deutschen Eisenmarkt in den rosigsten Farben zu schildern.

Krüher war es die „Kölnische Zeitung“, die meist zu solchen Veröffentlichungen ausersehen wurde; neuerdings wird ihr aber von der „Rheinisch-Westf.“ mehr und mehr der Rang abgelassen, die bald Anspruch darauf haben wird, nicht nur mehr bloß als spezielles Vertrauensorgan der Röhlsenschen zu gelten, sondern zugleich auch als offizielles Vereinsblatt des Stahl-Syndikats. In einem „Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt“ betitelten Artikel beginnt das Blatt mit folgender schönen Einleitung:

Die Hoffnungen, die man allenthalben auf den guten Einfluß gesetzt hatte, den der Stahlwerksverband auf dem Eisenmarkt ausüben würde, haben sich in hohem Maße erfüllt. Der letzte Rest von Mißtrauen, den das Fernbleiben des „Höhrig“ vom Verbande bei vereinzelten Interessenten hervorrief, ist geschwunden und Zuberfälligkeit in eine nimmermehrige stetige Entwicklung unres heimischen Marktes bricht sich immer mehr Bahn. Die unmittelbare Folge ist ein lebhafteres Geschäft auf fast allen Gebieten und namentlich in Halbzweig, ein Umstand, der seinerseits wiederum auf einen stärker hervorbreitenden Inlandsbedarf zurückzuführen ist. Die glückliche Lösung der noch schwebenden Verhandlungen für Bleche und Walzdraht dürfte jetzt nur noch eine Frage der Zeit sein und der Umstand, daß auch in diesen Fabrikaten das Geschäft sich wesentlich gebessert hat, spricht dafür, daß man in den beteiligten Kreisen mit einer befriedigenden Lösung rechnet. Mit stützenden Momenten hat man also kaum noch zu rechnen und die Marktlage hat denn heute auch ein recht günstiges Aussehen. Ueberall greift der Stahlwerksverband bereits fördernd und ausgleichend ein, um die Interessen-gemeinschaft nach Möglichkeit zu mildern und durch seine Organisation keine Störungen in den Beziehungen zwischen Werken, Händlern und Verbrauchern hervorzuufen.

Dann heißt es weiter nach einem Citat aus der „St. James Gazette“:

Man sollte meinen, daß bei solcher Sachlage und der mächtigen Konkurrenz der deutschen geeinigten Werke gerade die Engländer ein Interesse daran haben müßten, sich mit den Deutschen zu verständigen. Jedemfalls hat der deutsche Stahlwerksverband, wenn es für ihn auch erwünscht wäre, für gewisse Anstufcharaktere eine internationale Verständigung herbeizuföhren, keine Veranlassung, den englischen oder gar den amerikanischen Werken nachzulaufen, wie das

englische Blatt anzunehmen scheint. Die deutschen im Stahlwerksverbande geeinigten Werke bilden einen viel bedeutenderen Nachfaktor auf dem internationalen Markte als die nicht geeinigten englischen Werke, zumal England keine Stellung im Weltmarkte immer mehr an Deutschland abgetreten hat und heute eigentlich nur noch in der Röhlsenausfuhr eine führende Rolle spielt. Dem amerikanischen Stahlwerk nachzulaufen, hat der Stahlwerks-Verband aber erst recht kein Interesse, denn der amerikanische Markt hat heute schon die Bedeutung verloren, die ihm ängstliche Gemüter noch Ende vorigen und Anfang dieses Jahres glauben beimesen zu müssen.

Thatsächlich hat der Konsum des deutschen Inlandsmarktes an Eisen- und Stahlprodukten in den letzten Monaten im Vergleich zu demselben Zeitraum des Vorjahres nicht unbedeutend zugenommen, wenn auch der Stahlwerks-Verband mit dieser Erscheinung nur recht wenig zu thun hat. Soweit also die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von einem lebhafteren Geschäft auf dem Inlandsmarkte spricht, hat sie nicht ganz unrecht; sie vermag nur hinzuzufügen, daß dafür der Export ständig abnimmt. Nach der Anfahrstatistik des letzten Quartals hat zum Beispiel der Röhlsenexport nach England nur 42, nach Amerika nur 501 und nach Belgien nur 27 811 Tonnen betragen gegen 5285 resp. 29 355 und 30 163 Tonnen im ersten Quartal des Vorjahres. An Eis- und Winkelseisen gingen in den Monaten Januar-März dieses Jahres nach Belgien 57,15 (127,44), nach England 208,24 (394,74), nach Amerika 12,74 (35,57) Tonnen. In Eisenbahnschienen sank die Ausfuhr nach Belgien auf 13,63 (54,00), nach England auf 63,80 (137,72), nach Amerika auf 24,88 (240,94) Tonnen. An Röhlseneisen, Röhlschienen wurden ausgeführt nach Belgien 283,67 (337,18), nach England 593,61 (1 091,66), nach Amerika 126,14 (179,80) Tonnen.

Recht interessant ist aber das Jugendbildnis, daß die vereinigten deutschen Werke auf dem internationalen Markt den englischen und amerikanischen Werken überlegen sind. Zur Zeit der Zolldebatten im Reichstage las man in der Syndikatspresse andre Behauptungen. Damals wurde heilig und teuer verköhrt, die deutsche Eisen- und Stahlindustrie werde von der amerikanischen und englischen Industrie vernichtet werden, wenn sie nicht in ihrem Bestande fürsorglich durch hohe Zölle geschützt werde. Und zu den „ängstlichen Gemütern“, die damals in erster Reihe mit der „amerikanischen Gefahr“ manupulierten, gehörte neben der „Post“ und den „Berliner Neuesten Nachrichten“ die ehrfame „Rheinisch-Westfälische Zeitung“.

Verlockung zur Spekulation in südafrikanischen Minenanteilen. Seitdem die englische Regierung der Einfuhr chinesischer Kulis in die südafrikanischen Minengebiete zugestimmt hat, versuchen einzelne englische Spekulationsfirmen und ihre deutschen Agenten unter Hinweis auf diese Thatsache, das deutsche Publikum zum Ankauf von südafrikanischen Minenpapieren zu verlocken. Da bei der geringen Fähigkeit der Summen, auf welche meist diese Papiere lauten, die Gefahr besteht, daß auch Bessere gestellte Arbeiter, die sich ein kleines Vermögen erworben haben, durch die schönen Verprechungen zum Ankauf solcher Werte verleiten lassen könnten, möchten wir hiermit raten, die Hände von derartigen Sachen zu lassen. Meist sind es nicht die Besseren, sondern die geringwertigsten Minenanteile, die in dieser Weise angeboten werden. Die Minen, auf die sie lauten, sind oft noch gar nicht angefangen und es muß erst noch viel Geld in sie hineingesteckt werden, ehe sie Erträge abwerfen.

Der Ankauf des Bergwerksbesitzes der Aktiengesellschaft „Alfaden“ durch die „Hibernia“ bildete den Gegenstand einer vorgestern abgehaltenen Hauptversammlung der letztgenannten Gesellschaft, in der 27 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 10 874 000 M. vertreten waren. Der Ankauf von „Alfaden“ wurde einstimmig genehmigt und die vom Vorstand der „Hibernia“ zu diesem Zweck beantragte Erhöhung des Aktienkapitals um nominell 2 1/2 Millionen Mark auf 58 1/2 Millionen Mark gutgeheißen. Von den neuen Aktien werden der Aktiengesellschaft „Alfaden“ 1 500 000 M. überlassen, die vom 1. Januar 1905 in vollem Umfange dividendenberechtigt sind. An Stelle der Vergütung für 1904 wird von der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ ein fester Betrag von 30 000 M. an die Aktiengesellschaft „Alfaden“ gezahlt. Die übrigen 1 000 000 M., welche für das Jahr 1904 nur bis zu 4 Proz. Dividende erhalten und vom 1. Januar 1905 ab voll dividendenberechtigt sind, werden von dem Bankhause S. Wiedersheim und der Berliner Handelsgesellschaft zu Berlin zum Kurse von 175 Proz. unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre übernommen.

Die Beteiligung „Alfaden“ beim Kohlsyndikat beträgt 850 000 Tonnen, die letztjährige Förderung 277 673 Tonnen. Durch ihren Ankauf steigt die Beteiligungsziffer der „Hibernia“ auf 5 416 500 Tonnen. Von den beiden Schachtanlagen „Alfaden“ soll der eine Schacht sofort stillgelegt werden, der andre aber einstweilen noch in Betrieb bleiben.

Mosel-Kanalisation. Der Vorstand des Verbandes für Kanalisation der Mosel und Saar hat an das preussische Abgeordnetenhaus die telegraphische Bitte gerichtet, zu beschließen, die königliche Staatsregierung zu eruchen, einen Gesetzentwurf betreffend die Kanalisation der Mosel und Saar dem Landtage so bald vorzulegen, daß die Rollenbung der Mosel- und Saar-Kanalisation gleichzeitig mit der Fertigstellung des Hannover-Rhein-Kanals gewährleistet wird.

Englische Baumwollbau-Veruche in Westafrika. Die Vorgänge auf dem amerikanischen Baumwollensmarkt und die dadurch verursachte Erschütterung der Baumwollindustrie von Lancashire haben in England zu Erwägungen geführt, wie man sich mehr als bisher von der amerikanischen Produktion emanzipieren könne. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, ist zwischen dem Kolonialamt und dem „Verein für englischen Baumwollbau“ auf drei Jahre ein Abkommen geschlossen worden, wonach der Verein jährlich 30 000 Pfund Sterling für die Entwicklung des Baumwollbaues in Westafrika zahlt. Die Kolonien Lagos, Sibirigeria und Sierra Leone erhalten je 10 000 Pfund Sterling. Die drei Kolonien ihrerseits steuern auf diesem Kapital jährlich zusammen 6500 Pfund Sterling bei. Die Regierung stellt dafür dem Verein Landgebiet zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. Der Eisenbahnverleß wird in der ersten Zeit frei sein, und die Dampfschiffahrtsgesellschaft Elder, Dempster u. Co. hat sich erboten, vorläufig eine gewisse Quantität Baumwolle frei zu transportieren. Der Verein für Baumwollbau verwendet ferner in den ersten fünf Jahren jeden etwaigen Profit auf die Weiterentwicklung des Anbaus.

Witterungsübersicht vom 3. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Mai 1904. Meistlich kühl, vielfach heiter, jedoch unbedeutend mit einzelnen Regenschauern und teilweise frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



